alaska

[design by markovits]

Alles wird endlich wie bisher!

Staat, Macht und Neoliberalismus

Zeitschrift für Internationalismus Heft 222

Oktober 1998
DM 8,-

Hochwohlgeschätzter Durito!

Überschwang, ja, es ist der Überschwang, der mich packt heute. Endlich wird alles wie bisher! Wir haben alle, in den langen schwarzen Jahren, darunter gelitten, daß alles nicht mehr so war wie früher. Das wird jetzt alles anders.
Aus den ungezogenen Türken werden gezogene, wer nicht gezogen ist, wird weiter abgeschoben. Aus der Atomindustrie wird eine Atomindustrie in Abwicklung. Und die Arbeit natürlich. Diese Wahl ist ja mit der schrecklichen Drohung gewonnen worden, daß ganz viele Leute Arbeit bekommen werden, ohne zu sagen, zu welchen Bedingungen. Deshalb wird jetzt auch die Zuständigkeit für die Sozialhilfe vom Gesundheits- ins Arbeitsministerium verlegt, denn gesund müssen die SozialhilfeempfängerInnen ja nicht sein, Arbeit brauchen sie. Der Mensch braucht nämlich kein Geld, welch schnöder Materialismus, sondern einzig und allein Arbeit, sagt Schröder.
Aber die Stimmung wird gut, Durito, die Stimmung! Es wird mehr legale Drogen geben, das ist auch was Schönes. Politik wird ab sofort nicht mehr verdrossen, sondern genossen, denn zum erstenmal ist eine Regierung abgewählt worden, und das ist Demokratie, jawohl. Und mit dem weiblichen Gemäkel ist endlich auch Schluß. Wir erinnern uns noch an die irritierende Bemerkung von Geri, Victoria, Emma und den beiden Mel's, Margeret Thatcher sei das erste Spice-Girl gewesen. Ja, da hatten sie wohl recht, jetzt hat sich's nämlich ausgespicet, wenn man sich in den Reihen der staatlichen Würdenträger umsieht, und das muß so sein. Gibt es denn eine Frau, die so aussieht wie Johannes Rau? Oder wie Wolfgang Thierse? So viel Versöhnen? So viel Würde? So viel Ossi?

editorial:

Nein nein, Durito, ganz schlecht ist das alles nicht. Gut ist zum Beispiel, daß die neue Regierung kein Geld hat. Ein Segen ist das. Stell dir vor, was die alles machen würden, wenn sie Geld hätten - den Transrapid würden sie bauen und ein, zwei, viele Expos schaffen, aber das geht ja nicht, glücklicherweise. Ich fürchte nur, sie werden sich noch einiges ausdenken, wie sie Geld beschaffen könnten. Aus dem Schließen von Steuerschlupflöchern ist nämlich noch keine Regierung reich geworden, das liegt so in der Natur von Schlupflöchern.
Ich weiß ja nicht, ob der Subcommandante dem Fischer schon geschrieben hat, ob er ihm auch ein paar Tornados schickt. An Menschenrechtsverletzungen ist in Chiapas ja kein Mangel, da könnten wir nach Serbien doch auch mal Mexico City bombardieren. Es ist ja schade, daß es das mit den Kanonenbooten nicht mehr gibt, die hatten so klingende Namen früher, die könnten heute dann "Spirit of 68" heißen oder "Marsch durch die Institutionen".
Hier wird jetzt alles so, wie es bisher hätte sein sollen, aber irgendwie nicht geklappt hat. War überfällig, finden alle. Aber warm anziehen ist angesagt.
Es grüßt dich, mein lieber lakandonischer Käfer und Ritter, deine treue Freundin

alaska

inhalt:

DEBATTE

Iris Bockermann
Wir sind auch bereit! 4
Feministischer Minimalismus der Macht

Hans Hansen
der Staat - die Macht - die Linke 8
Über linkes Staatsverständnis und die Kritik des Anti-Nationalen

Frank-Oliver Sobich
Neoliberalismus? 13
Zur Kritik einer falschen Kritik

Hans-Peter Krebs
Kohl ist weg - keep cool now 18
Veränderte Koordinaten für linke Politik

Christoph Spehr
Warum gibt es nie Pudding? 22
Postsozialismus für Vierjährige, Teil 1

THEMEN

TIPP-EX
EXPO NO - Denn die Welt sieht anders aus! 26
EXPO-NO-SERIE-TEIL-3: Bundesweiter Aufruf

Blue 21
Als Tiger losgesprungen, als Bettvorleger gelandet 31
Zur Kritik des entwicklungspolitischen Memorandum '98

Haidy Damm
Atomstaat und Grundrechte 35
Zu den politischen Auswirkungen der Atompolitik

KONTEXTE

Katharina Walgenbach
"Whiteness" und Weiblichkeit 39
Zur Konstruktion des "Weißseins"

Bernd Hüttner
ID-Verlag wird 10 Jahre 43
Eine Gratulation

BUKO Termine, Protokolle 44

MAILBOX Berichte, Aufrufe 49

SHORT CUTS Rezensionen, Impressum 52

Wir sind auch bereit!

Feministischer Minimalismus der Macht

IRIS BOCKERMANN

"Würden Frauen die Machtfrage stellen, würden sie keine Artikel schreiben. Sie würden die Hände in den Schoß legen und den lieben Gott einen guten Mann sein lassen (welche Gestalt er immer inzwischen hat).
Stattdessen reißen sie sich (weiterhin) einen Fuß aus. Einen? Nein. Zwei, drei, vier, fünf, alle. Sie geben ihr Letztes, damit die Macht funktioniert - inzwischen auch noch ihre Kritik."(Gerburg Treusch-Dieter, 1990)

Einmütig wird seit Wochen eine neue Ermächtigungswelle der WählerInnenschaft propagiert und als selffullfilling prophecy ist sie denn auch vonstatten gegangen. Der Akt des Abwählens von Kohl und Konsorten nach vier Legislaturperioden ist vollbracht. Sich endlich dessen entledigen zu können, was zuvor mit eben denselben demokratischen Mitteln gewählt wurde, erfüllt viele mit selbstgefälliger Zufriedenheit, Siegesstimmung, hämischer Freude und euphorischer Aufbruchsstimmung. Eine Welle von Aufatmern, hervorgegangen aus der Aufkündigung eines Vertrauensverhältnisses wegen grober Täuschung, schaut hoffnungsvoll auf Zukünftiges. Um es mit Giddens zu sagen "Die Politiker tun so, als könnten sie eine Wende zum Besseren herbeiführen, und wir tun so, als glaubten wir das." (Anthony Giddens, 1997)
Das kleine Einmaleins der frauenpolitischen Forderungen ist schon weit vor dem 27. September am Bodensatz der patriarchalen Verhältnisse angekommen bei der Frage: „Was wählen wir denn?". Eine EMMA-Umfrage hat ergeben daß 14 % der/ihrer "fortschrittlichen, emanzipierten" Befragten zu einer Frauen-wählen-Frauen-Option tendieren unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Frauen wählen Frauen, egal welche politischen Inhalte sie vertreten, hauptsache das Geschlecht stimmt. 64% würden ihre Kandidatinnenwahl dann aber doch von der Parteizugehörigkeit abhängig machen." (EMMA Sep./Okt. 1998, Seite 42) Die andere Variante betrifft die Koalitionsverhandlungen von rot-grün. Wenn es schon keine feministischen bzw. frauenpolitischen Inhalte und Forderungen gibt, um die gerungen werden muß und darf, weil sie einer Festschreibung in einem Vertrag bedürfen, so streitet mann und frau sich darum, ob wenigstens zwei Frauen an exponierter Stellung Männerpolitik repräsentieren können. Eine dritte Variante ist das Orakel: daß bei einer ein Drittel-Besetzung von Posten, Amt und Würden sich klimatisch und inhaltlich für Frauen vieles zum besseren entwickeln würde.

Frauen versuchen aktuell die augenfällige und ohrenbetäubende Konspiration männerbündlerischer Konstituierung zu durchschauen und zu verstehen. Dabei verharren sie in ihren Einschätzungen und Statements oftmals darauf, daß es nicht gelangt hat. Bemängelt wurde unter anderem die abwartende Haltung der Politikerinnen bezüglich des anstehenden Wahlsieges, denn wer nicht an den Sieg geglaubt hatte oder erst Sicherheit und Bestätigung im Rücken braucht um politisch tätig zu werden, sei einfach noch nicht so weit. Desweiteren wurde der Vorrang der Sachthemen und das Aussitzen der Personalfragen kritisiert, denn soviel Stringenz und vertrauensvoller Glaube an die vereinbarten Abläufe und Tagesordnungspunkte zahlt sich in politischen Räumen nicht aus. Aber wer hätte durch zuviel demokratisches Aushandeln die schnellsten Koalitionsvereinbarungen in der Geschichte der BRD, zeitlich und auch in der symbolischen Aussage, in Frage stellen mögen. Das Prinzip der demokratischen Beteiligung und Aushandlung ist aktuell weit weniger gefragt für einen Willensbildungsprozeß, als Konformität bzw. die Bereitschaft dazu, dem liegt ein höchst populistisches Verständnis von Regierungsfähigkeit zugrunde.

Gänzlich diskreditiert wurden die Politikerinnen, als mit Bekanntgabe der vielen männlichen Vertreter der politischen Zunft Frauen keine "Rolle" für Amt und Würden mehr spielen sollten. Nach kurzem Erstaunen und Empörung über das skandalöse Übergehen der Frauen, einem eiligst zusammenberufenen überparteilichen Frauentreffen, begann das Suchen und Fordern von mehr geschlechtlicher Repräsentanz in der Politik. Nein, nicht Repression ist patriarchales Mittel zur Stabilisierung der politischen Hegemonie, in dieser Situation bewiesen die Männer Feinfühligkeit, indem sie interessiert und "offen" nach Namen, Qualifikationen und Ansehen von Politikerinnen fragten. Nach bereitwilliger Auskunft gab es dann Diskussionen über Beschmutzung von Ämtern und deren auserkorenen männlichen Vertretern, über die Unwürdigkeit von Quotenkrücken für Frauen. Die Gefährdung der Koalitionsverhandlungen durch Frauen, durch ihre scheinbar mangelnde politische Einlassungsbereitschaft im Allgemeinen mit Blick auf das Ganze, waren aber tagespolitische Nebenschauplätze. Frauen-Bündnisse und Netzwerke, Sabotage und Verweigerung hat es nicht gegeben. Übrig blieben nur Feststellungen darüber, daß der politische Ablauf und seine Männer unterschätzt wurden, daß zur "rechten" Zeit nur wenige Frauen bereit und formiert waren und daß sie es beim nächsten Mal besser machen wollen. Das kleine Einmaleins der hegemonialen Ordnung

sagt dazu: "Wir werden sehen." Hier hat sich ein sich neutral gebährdender bzw. geschlechtsblinder Schleier über die hegemoniale Ordnung und die konfligierenden Interessen gelegt.
Ein besonderes Schlaglicht auf die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung des hegemonial strukturierten Geschlechterverhältnisses werfen die Koalitionsvereinbarungen im Einzelnen. Fundamentale Gesellschaftskritik an allen patriarchal strukturierten Lebensbereichen und deren Zurückdrängung spielt weder im aktuellen Tagesgeschäft noch in den auf "Innovation" und "Gerechtigkeit" ausgerichteten Konzepten der Regierungsparteien eine Rolle. Die formal-rechtliche Gleichstellung ist ein Papier ohne die Unterschrift der hegemonialen Ordnung, denn patriarchale Repression ist heute nicht mehr Mittel der Durchsetzung. Diese läuft subtiler ab.

Dennoch haben sich 30 Jahre Frauenbewegung und frauenpolitische Forderungen im neuen Koalitionsvertrag zwar nicht niedergeschlagen, aber doch niedergelegt in Form einer gerechteren Verteilung und mehr Zugangsrechten, in römisch acht *Aufbruch für die Frauenpolitik*.
Der frauenpolitische Aufbruch liest sich relativ weich, d. h. in wenigen Teilen verbindlich und konkret, angesichts anderer Bereiche, in denen die Ergebnisse auf sechs Pfennige schon festgelegt werden konnten.
Die Gleichstellung von Mann und Frau soll wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt gemacht werden. Dies liegt an der unabweisbaren Feststellung, daß die Existenz eines formal-rechtlich verankerten Gleichberechtungsparagraphen nicht wie gewünscht auch die Vermittlungsarbeit zwischen Männern und Frauen übernommen hat. Eine "Effektivierung" dieses Paragraphen soll der mangelnden Einlassungs- und Umsetzungsbereitschaft nachhelfen.
Frauen wird im Koalitionsvertrag die "Angleichung" versprochen. Mehr *Chancen für Frauen* auf dem Ausbildungs- und Arbeitssektor, so daß sich das Verhältnis der Verteilung und Bezahlung von Arbeit horizontal und vertikal verändern soll. Die Einführung von *verbindlichen Regelungen der Frauenförderung* (auch für die Privatwirtschaft) wird zugesichert. Wie widerspenstig und zäh sich die gesellschaftlichen Praxen der "unverbindlichen" Frauenförderquote bewegen, haben die roten und die grünen Männer schon par exellance gezeigt.

Eine jahrzehnte dauernde frauenbewegte Unruhe hat Gesellschaft, Ökonomie und Politik davon überzeugen können, daß ein diskriminierender Ausschluß von Frauen den Erfordernissen der Gegenwart sozial, kulturell, ökonomisch und politisch, nicht förderlich ist. Ausgerechnet in dem Moment, wo es nach einem langen Ringen um die gesellschaftlich getragene und politisch forcierte Durchsetzung der gleichwertigen Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt geht, sind aber leider nicht mehr genügend interessante, bezahlte Arbeitsplätze da.
Geschaffen werden soll Arbeit stattdessen durch die Verbilligung von Arbeit. Da Vollbeschäftigung aber schon lange ad acta gelegt ist, und sich der prekäre Job zu einem "Normalbeschäftigungsverhältnis", insbesondere für Frauen, entwickelt, sitzen Männer in Zukunft nicht zu Hause, weil Frauen die Chance gegeben wurde, sondern es wird von beiden gesellschaftlichen Gruppen längerfristig ein höherer Arbeitseinsatz abverlangt. Das bringt das Festhalten an der neoliberale Orientierung und Organisierung von Arbeit und deren Verbilligung mit sich. Mensch sieht sich einfach nur seltener, frau sieht mann seltener nach Feierabend auf dem Sofa sitzend sich um die Kinder kümmern. Die existierenden prekären bzw. zu schaffenden und zu vergebenden Jobs sind mittelfristig an dem Leitbild der Frauenarbeit orientiert, ungesicherter Arbeitsplatz mit zeitlicher Flexibilität und wenig Geld, da

diese Jobs zur Existenzsicherung immer nur einen kleinen Beitrag leisten.
Schröder ist mit dem Versprechen angetreten, "seine" Leistungen an der Arbeitslosenstatistik messen zu lassen, er hat nicht gesagt "wie", und es trifft im Zweifelfall die Männer ebenso hart, wahrscheinlich aus dem persönlichen Empfinden heraus härter. Das wird sich dann als frauenpolitischer Fortschritt feiern.

Die Bereiche Arbeit und Familie bleiben im Koalitionsvertrag auf ihren angestammten patriarchalen Plätzen, sie werden getrennt abgehandelt. Dieses ist im wirklichen Leben aber wenig praktikabel. Es finden sich unter römisch sieben *Sichere Zukunft für die Familien*, die notwendigen und völlig überfälligen Maßnahmen für berufstätige Menschen mit Kindern, wie *ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung* für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was eine *angemessene Altersvorsorge* für die erziehenden Personen ist, bleibt noch unklar, dennoch wird sie zugesichert. Rentenrechtlich sollen Frauen einen eigenständigen Anspruch erwerben können. Der Fokus des Rentenrechts spiegelt aber nicht ein langes erfülltes arbeitsreiches Leben wieder, sondern macht sich fest, an der Anzahl der Arbeitsjahre gekoppelt an den Verdienst. Beide Punkte sind nicht das, was Frauen in der Regel biographisch vorweisen können. Denn die Diskriminierungen am Arbeitsmarkt sind trotz hoher Qualifikationen in Ausbildung und Studium signifikant, die Bezahlung gering, und Familienarbeit bis auf ein paar Mark für die Verfügbarkeit der Mütter Privatsache.

Die neue Familienpolitik erfordert einen so spitzen Bleistift, um die steuerlichen Einsparungen nebst Kindergeld hinter dem Komma mit den vielstelligen Kosten abzugleichen, daß mensch nur zu dem Schluß kommen kann: "Aber das wäre doch nicht nötig gewesen."
Sehr weit vor wagt sich die Regierung bei den „neuen" Familienformen: *Gleichstellung der Familienformen ... Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit.* Das kenne ich bisher nur aus den Praktiken der Sozialämter, die gerne mal in WG's vorbeischauen, um Kühlschränke mit der Anzahl der gemeldeten Personen abzugleichen und sich sehr für die finanzielle Gleichstellung `eheähnlicher Verhältnisse´ interessieren.
Diese Entwicklung muß vor allen Dingen auch vor dem Hintergrund der jetzigen Diskussionen über die Herausnahme der Arbeitslosen- und Pflegeversicherung in eine Steuer-Aufgabe, zugunsten der Senkung der Sozialbeiträge gesehen werden. Nur Bedürftige sollen nach diesem vorläufigen Konzept wohlfahrtsstaatliche Leistungen erhalten. Bedürftigkeit ist ein dehnbarer Begriff, der auch Einsichtnahme des Staates verlangt. Und da werden Lebensabschnittsgefährten schnell zu klassischen Alleinernährern, denn von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe sind in weit stärkerem Maße Frauen betroffen. Sozialhilfe von Frauen begründet sich zumeist aus Familienarbeit, für die sich Männer nach wie vor nur wenig verpflichtend zuständig fühlen. Frauen verlieren durch die Einbeziehung des "weiteren" Familienkreises über die finanzielle Lage und Bedürftigkeit ihre eigenständigen Anspruchgrundlagen auf Geld. „Rechtssicherheit" heißt das heute.

Weiterhin ist ein *Aktionsplan* gegen *"Gewalt gegen Frauen"* geplant. Massenhaft geschlagene Frauen in Frauenhäusern können jetzt darauf hoffen, das aus Familienstreitereien strafrechtlich verfolgte Ehemänner und Freunde werden. Gewalttätige Männer haben in dieser Gesellschaft, die von feingliedrigen, physischen, psychischen und strukturellen Dominanz-Mechanismen zur Durchsetzung von Interessenlagen durchdrungen ist, eine starke Lobby. Reihenweise wächst eine Generation schlagender und vergewaltigender Männer nach. Im Gegenzug für Frauen wird beabsichtigt, *Gewalt vorzubeugen*, und sollte es doch einmal passieren, *größtmöglicher Schutz und Hilfe.*
Gewaltätige Männer sollen nun die *"verpflichtende Möglichkeit"* eines sozialen Trainings ("Schlagen ist doof") bekommen. Ein geeignetes Druckmittel ist noch nicht entwickelt.

Desweiteren sollen Frauenhausbewohnerinnen in Zukunft die *Möglichkeit einer vereinfachten Wohnungszuweisung* erhalten. Frauen müssen bisher ihre häusliche Umgebung in einer Notsituation verlassen. Sie haben dann den Status der Alleinerziehenden ohne Wohnung mit Frauenhausadresse, also dem sichtbaren Stigma der familiären Instabilität. Eine fast unüberwindliche Hürde bei potentiellen ArbeitgeberInnen und VermieterInnen stellt somit familiärer Alltag für Frauen dar.
Nach einer *strafrechtlichen Verbesserung der Definition Menschenhandel* sollen *spezifische Merkmale von Frauen- und Kinderhandel* erfaßt werden. Ein wichtiges Mittel zur Ermittlung und Verurteilung von "Tätern" ist die *Aussetzung der Abschiebung* bis zum Verhandlungsende bei Gericht. Hierfür soll ein eigenes ZeugInnenschutzprogramm entwickelt werden.
Daß aber die Gründe und Ursachen für Menschenhandel nicht im Transport und Einsatz von Menschen für Schwarzarbeit und sexuelle Ausbeutung über nationale Grenzen hinweg liegen, bleibt unangetastet. Eine strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel wird diesen aber keineswegs beenden. Es schiebt die Probleme in Form von Menschen nur von Ort zu Ort ohne Perspektive.
Auch Prostituierten wird *eine rechtliche und soziale Verbesserung ihrer Situation* in Aussicht gestellt. Präzisiert wird dies aber nicht weiter. Es ist davon auszugehen, daß die Regierung sich am SPD-Parteiprogramm orientiert und die Aufhebung des rechtlichen Status der "Sittenwidrigkeit" durchsetzt. Denn eine "sittenwidrig" abgefragte Dienstleitung diskreditiert heute auch die Freier. Und hier gibt sich mann ganz offen und modern. Damit wäre dann auch ein stückweit die Doppelung der Moral, nämlich die halblegale berufliche Ausübung als Selbstständige mit zu versteuernden Einnahmen, ein stückweit abgebaut. Auch das Verklagen und Eintreiben von Geldern von säumigen Freiern wäre nach bestehendem Vertragsrecht für Prostituierte dann möglich.
Ob die zwangsbehördlichen Gesundheitschecks nebst Zeugnissen (wie in Niedersachsen) ganz abgeschafft werden, ist die Frage. Für die Anerkennung von Prostitution als Berufbezeichnung, Ausbildungsort nebst AngestelltInnenverhältnis gibt es wahrscheinlich keine ausreichende Lobby. Wozu auch, denken sich die Freier?

Zugesichert wird ausländischen Ehegattinnen nach zwei statt bisher vier Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht, wenn sie in einer unerträglichen Lebenssituation leben. Geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe sollen ebenso Gehör und ihre gesetzliche Umsetzung finden.

Warum haben Frauen heute scheinbar nichts mehr Substantielles in die Waagschale zu werfen, außer das scheinbar unabweisbar richtige Geschlecht?
Für den gesellschaftspolitischen Umbau der Ökonomie, der Kultur und des Sozialen wird eben ein stückweit "Gleichheit" und "Gerechtigkeit" gebraucht und da tut Förderung für die Integration *des geistigen Potentials und der Kreativität der Frauen für Wirtschaft und Gesellschaft* nur gut. Mensch muß sich vergegenwärtigen, daß der sogenannte "Frauenpolitische Aufbruch" sich ausschließlich auf eine gerechtere Verteilung und mehr Zugangsrechte von benachteiligten Frauen bezieht. Das *große gesellschaftliche Reformprojekt* der Bundesregierung, nämlich *die Gleichstellung von Mann und Frau wieder voranzutreiben*, ist das Einverständnis, das kein Wandel stattfinden darf und soll. Es dient lediglich der Stringenz und Stabilisierung der Verhältnisse wie sie sind.
Denn von der einen oder anderen Hinzufügung, das es zu beachten und zu integrieren gilt ohne an die Ursachen heranzugehen, können frauenpolitische Forderungen nicht zu anderen Praxen führen, als die dominanten Machtverhältnissen mit Angleichung und Teilhabe noch zu verfestigen.

Es scheint so, als haben sich die Frauen, zum trampen bereit, an den Wegesrand gestellt mit einem Pappschild vor der Brust: „Wir sind auch bereit!" Dazu die Kleine Psychologie des Trampens: Um zu trampen, bedarf es einer gut frequentierten Autostrasse bevorzugt mit Beleuchtung und Haltebucht oder Parkplatz. Es bedarf weiterhin eines ansehnlichen, vertrauenswürdigen, gepflegten Äußeren. Sperrige Gegenstände oder viel Gepäck sollten nicht mitgeführt werden, da die Bereitschaft der Mitnahme mit dem Aufwand korrelliert. Der Komfort und die Etappenziele sind vorweggenommen, bis auf kleinere Pinkelpausen. Es erfordert ebenso eine hohe Einlassungsbereitschaft und Sozialkompetenz auf den Fahrer, die Fahrerin.

Anmerkung:
Die kursiv gestellten Textpassagen sind den Koalitionsvereinbarungen entnommen, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 22.10.98.

Literatur:
Gerburg Treusch-Dieter: Von der sexuellen Rebellion zur Gen- und Reproduktionstechnologie. 1990, S. 125
Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Theorie. 1997, Seite 15

der STAAT die MACHT die LINKE

ÜBER LINKES STAATSVERSTÄNDNIS UND DIE KRITIK DES ANTI-NATIONALEN

HANS HANSEN

DIE STAATSLEERE LINKE

Die Linke steht vor dem Problem trotz einer theoretisch zunehmend differenzierteren Analyse der Verhältnisse politisch zunehmend bedeutungsloser zu werden. Dies geht einher mit einer Desorientierung in Bezug auf gesellschaftlich wirksame Interventionsmöglichkeiten und Teilbereiche überwindene Perspektiven. Statt neue Impulse antipatriarchaler oder antirassistischer Theoriebildung und ihrer bereits vorhandenen Praxis zusammenzuführen und zu einer kritischen Fortentwicklung linker Politik insgesamt zu nutzen, kommt es zu isolierten und oftmals eindimensionalen Ansätzen. Es gibt allenfalls noch eine politische Taktik, politische Strategien, die gesamtgesellschaftlich mittelfristige Handlungsoptionen entfalten, sind der Ausnahmefall. Sicher ist dies nicht nur ein hausgemachtes Problem, sondern auch Ausdruck des politischen Drucks, dem die Linke, durch die Veränderungen der sozialen und ökonomischen Bedingungen ausgesetzt ist, doch kann dies letztlich keine Entschuldigung sein und von einer selbstkritischen Reflexion freisprechen.
Ein Defizit der Linken der 90er, das für diese Situation von zentraler Bedeutung ist, ist ihr fehlender Staatsbegriff. Besser gesagt mangelt es nicht an Begrifflichkeiten zur Bezeichnung des Staates, denn davon gibt es eine Unmenge, vom sehr weit gefassten "Schweinesystem", dem "Bullenstaat" bis hin zu nicht aus dem Tierreich entlehnten Eigennamen wie dem "Überwachungsstaat". Einen wirklichen politischen Gehalt haben diese Begriffe in den aktuellen Debatten jedoch kaum. Woran es vielmehr mangelt und zwar auch bei den meisten, die einen theoretisch entwickelten Staatsbegriff benutzen und beispielsweise vom "Bürgerlichen Staat"oder dem "Atomstaat" sprechen, ist eine umfassende Kritik des Staates als solchem, die in demselben mehr als nur ein neutrales Herrschaftsinstrument sieht oder sich lediglich auf einen politischen Teilbereich bezieht.
Einen Einschnitt erfuhr die linke Staatskritk mit der Rekolonisierung des DDR-Staatsgebietes 1989 und dem im Folgenden erstarkenden Rassismus. Mit der Parole 'Nie wieder Deutschland' formierte sich zusammen mit unterschiedlichen Teilen der radikalen Linken die antinationale Strömung. Mit dieser Strömung wurde indirekt die Kritik am Staatswesen in den Vordergrund linker Debatten und konkreter Politik gebracht. In Wirklichkeit fällt jedoch bei ihr die Nichtbefassung mit Staatskritik bzw. ihre Diffusität der Linken am gewichtigsten auf die Füsse. In der antinationalen Strömung kommen sowohl die fehlende strategische Option und Handlungsperspektive als auch ein zu kurz greifender Staats- und damit letztlich Gesellschaftsbegriff zusammen. So geht mit den überfälligen Kritiken der Antinationalen an der linken Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus und den nationalistischen Grossmachtansprüchen Deutschlands, ihre politische Überbewertung des Nationalismus einher. Dies kann im schlechtesten Fall bis hin zur Quasi-Proklamation eines neuen Hauptwiderspruchs und der Feststellung gehen, dass linke Politik in Deutschland erst wieder möglich wird, wenn die deutsche Nation nicht mehr existent ist. In erster Linie muss Nationalismus jedoch in seiner Funktion als Legitimationsideologie des Staates und Ausdruck des Rassismus als Herrschaftsverhältnis gesehen werden. Dies macht ihn als Katalysator politischer Entwicklungen wichtig, darf aber keinesfalls dazu führen ihn zum Problem an sich zu machen.
Notwendig sind vielmehr Ansätze, die über die Betonung der Analyse eines Teilbereichs hinausgehen und versuchen verschiedene Aspekte linker Theorie und Praxis zusammenzubringen in Hinblick auf die Entwicklung strategischer Perspektiven. Die Auseinandersetzung mit dem Staatsverständnis der Linken und dem Staat als Teil der Herrschaftsstrukturen und gesellschaftlicher Prozesse ist dazu gut geeignet.

DER CHARAKTER DES STAATSWESENS

Der Staat ist in zweierlei Hinsicht keine charakterlose Projektionsfläche gesellschaftlicher Entwicklungen. Zum einen ist er selbst Teil gesellschaftlicher Dynamik und dementsprechend auch Ausdruck der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse darin. Zum anderen ist er, jenseits aller historischen Diskontinuitäten in der Gestaltung der Staatsgebilde, durch bestimmte Wesensmerkmale gekennzeichnet. Der Staat ist in diesem Sinne also tatsächlich kein Instrument, sondern vielmehr eine spezifische Herrschaftsform, die nicht von den ihr eigenen Inhalten und deren jeweiligem historischen Ausdruck zu trennen ist.
Schlicht gesagt hat der Staat Ruhe und Ordnung herzustellen. Eine Feststellung, die bei genauerer Betrachtung sehr schnell ihre Schlichtheit verliert und deutlich auf den Herrschaftscharakter des Staates verweist. In Staaten gibt es keine freie Kommunikation zwischen den Subjekten. Staaten sind immer auf eine Ausgrenzung nach aussen und eine Hierarchisierung nach innen aufgebaut, verbunden mit einem Staatsziel, das den übergeordneten Ordnungsrahmen definiert. Um diese Ordnung, die sich ent-

lang der dominanten Macht- und Interessensverhältnisse organisiert, durchzusetzen, bedienen sich Staaten immer wieder der gleichen Muster.
An dieser Feststellung ändert sich zunächst einmal auch nichts bei Einbeziehung der diversen Modernisierungen von Herrschaft und den tatsächlich vorhandenen Freiräumen der Subjekte. Sicher ist es heute keineswegs so, daß die Mehrzahl der Staatsziele in den Metropolen mit direkter Gewalt durchgesetzt werden müßten, hier sind Integrations- und Disziplinierungsmechanismen mindestens gleich bedeutend. Dennoch gibt es auf mehr oder weniger bewußter Ebene auch für nicht Marginalisierte eine beständige Konfrontation mit dem staatlichen Ordnungsrahmen und mit der Androhung von Sanktionen.
Das sogenannte staatliche Gewaltmonopol und die Idee der Gewaltenteilung ist in diesem Kontext nicht mehr als eine Irreführung. Der Staat sichert nicht nur seine eigenen Zugriffsmöglichkeiten und Machtkompetenzen ab, sondern schafft durch seine Reglementierung des Sozialen und der Bekämpfung von Widerstand eine der notwendigen Grundlagen zur Durchsetzung der Herrschaftsverhältnisse. So darf im Hinblick auf die Staatskritik nicht nur die offene Staatsgewalt in ihrer direkten - Polizei,... - oder indirekten Form - Gesetze,... - betrachtet werden. Wichtiger noch ist die Frage danach inwieweit der Staat durch seine Disziplinierungs- und Kontrollfunktionen die Herrschaftsstrukturen bis in den Alltag hinein stützt. Für die Rassismus-Diskussionen heisst das beispielsweise, dass staatlicher und sogenannter alltäglicher Rassismus gar nicht sinnvoll voneinander getrennt zu diskutieren sind.
Staatliche Ordnungen bauen immer auf den Herrschaftsverhältnissen und ihren Spaltungen auf. Ganz gleich, ob es um das antike Griechenland, den Staat der Französischen Revolution, oder die heutigen Demokratien westlicher Prägung geht, so etwas wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gibt es immer nur für einen mehr oder weniger grossen Kreis , nie für alle.
Die obigen Ausführungen machen deutlich, dass der Staat keineswegs nur der 'Agent des Kapitals 'und bestimmter dominanter Eliten ist. Es handelt sich also vielmehr um eine Art Interessensgeflecht, das den Staat ausmacht, als um das eine klar und verschwörungstheoretisch zu umreissende Interesse. Patriarchale und rassistische Strukturen sind ebenso prägend wie die Wesensmerkmale, die seinen spezifischen Charakter als Herrschaftsform begründen.
Der zentrale Charakter jeden Staates ist die Kontrolle der Bevölkerung. Hierin drückt sich seine patriarchale Herrschaftsfunktion an erster Stelle aus. Zentrales Ziel ist die Beherrschung der Gebärfähigkeit von Frauen und die Ausrichtung des Reproduktionsbereiches auf die Verwertungsfähigkeit der Menschen, die so ihre Subjektivität verlieren. Woran der zweite Wesenszug des Staates anschließt: die Disziplinierung und Unterordnung der Menschen unter die Interessen der Herrschenden, sei es für den ökonomischen Verwertungsprozess oder die militärische Mobilisierung. Hier treffen integrative als auch ausgrenzende Strategien aufeinander. Notwendig für beide Formen der Herrschaftsausübung ist die Kontrolle der Bevölkerung, ihre Überwachung und Registrierung. Um keine Ausweichmöglichkeiten offen zu lassen, der Staatsmacht zu entgehen, ist ein weiterer Aspekt staatlicher Herrschaft notwendig: die Zerstörung staatsunabhängiger Formen von Subsistenz, zumindest soweit diese

seine Zugriffsmöglichkeiten einschränken. Klassisch und elementar ist die Macht des Staates Krieg zu führen und imperialistische Interventionen zu organisieren. Moderner ist der Blick auf den Staat als Produzent symbolischer Ordnung. Die symbolische Ordnung gewährleistet dem Staat die Legitimationsbasis für sein Handeln.
Diese fünf Strukturmerkmale lassen sich in der jahrtausende alten Geschichte des Staatswesens immer wieder finden, wobei sich aber die verschiedenen Staatsformen erheblich in ihrer Erscheinung und der Intensität von Herrschaftsausübung unterschieden haben.

Staat und Nation

In Europa entwickelte sich der Staat vom Mittelalter hin zur Neuzeit zunächst einmal als Steuereintreiber und Befehlshaber der stehenden Heere, die aufgebaut wurden und zunehmende Finanzmittel schluckten. Mit der zunehmenden Ausdifferenzierung des Sozialen, der Entwicklung des Handels und der Städte ging die Machterweiterung des Staatswesens mit der Zerstörung unabhängiger Subsistenzformen einher. Zur eigentlichen Ausreifung der Staatsgewalt kam es jedoch erst im Absolutismus. Gerechtfertigt wird die neue Ordnung als natürliche. Der Staat erschien als Organismus in dem die Freiheit der einzelnen zum eigenen Besten und zum Wohle aller aufgehoben ist. Auf die zuerst vornehmlich territoriale Kompetenz aufbauend, entwickelt sich der moderne Staat, der seinen Zugriff auf alle Bereiche des Lebens ausdehnt. Im Zuge des entstehenden Kapitalismus mit der Industrialisierung, der Unterordnung des Reproduktionsbereiches unter den der Produktion und die Kolonisierung aller Kontinente vollzieht sich die Entfremdung und Entmachtung der Subjekte. Es kommt zu einer zunehmenden Auflösung personaler Lebensbeziehungen und einer Disziplinierung der Menschen für den Verwertungsprozess. Wie Max Weber sagt wird der 'Staat zum Betrieb'.
Um die hierin enthaltenen inneren Widersprüche zu verschleiern und die Illusion von Freiheit und Gleichheit aufrecht zu erhalten und gleichzeitig seine Existenz nach aussen hin abzusichern, entwickelte der aus der Aufklärung hervorgegangene bürgerliche Staat demokratischen Anstrichs Integrations- und Legitimationsstrategien, wie den Nationalismus und bezeichnete sich entsprechend als Nation. Diese Strategien sollen die Widersprüche kitten und werden den jeweiligen historischen Situationen angepasst. Dies gilt sowohl für die verschiedenen Varianten des Nationalismus als auch für die heutigen Öko-Ideologien mit ihrer Grundthese, dass im Angesicht der grossen ökologischen Katastrophen 'alle Menschen in einem Boot sitzen'. Die Kehrseite dieser Ideologien - oder vielmehr noch: ihre Bedingung - sind die, den konstruierten Gemeinschaften, zugrundeliegenden Ausschlussmechanismen. Hierfür stehen beispielhaft die Rassismen des völkischen Nationalismus, der sich auf die Blutsverwandtschaft eines deutschen Volkes beruft, wie auch die des demokratischen Nationalismus, der sich auf den politischen Willen und die ideelle Einheit seiner BürgerInnen bezieht. Die Idee der Nation war in diesem Sinne ein Mythos zur ideologischen Rechtfertigung der Modernisierung von Herrschaft und der oben beschriebenen Entwicklung des modernen Staates. Die kirchlich-feudalistische Legitimation der Staatsordnung wurde durch eine nationalistisch-demokratische ersetzt.
Sich ohne eine Kritik an den materiellen Bedingungen und den konkreten Auswirkungen und der Eingebundenheit der Subjekte in die Herrschaftsverhältnisse auf eine symbolische Ebene des Staates, wie es der Nationalismus ist, zu beziehen, bleibt auf einem Auge blind. Mehr noch, wer nicht in Bezug auf die staatliche Organisation die innerstaatlichen Elemente einschliesslich der Lebenssituation der Subjekte in den Vordergrund stellt und den Staat in erster Linie als eine territoriale Abgrenzung oder lediglich ideologisch konstruierte Gemeinschaft begreift, bleibt auf der reinen Erscheinungsebene stehen. Tatsächlich ist die innere Verfasstheit von vorrangiger Bedeutung für die Organisation des Staates. Die äussere, territoriale Definition des Staates beruht auf der innerstaatlichen Formierung der Gesellschaft. Dies blenden Antinationale aus, wenn sie vom 'rassistischen Konsens', der von 95% der deutschen Bevölkerung geteilt wird, als Ausdruck des deutschen Nationalismus sprechen und diesen ohne ihn weiter herzuleiten zur Ausgangsbasis ihrer politischen Analyse machen. Nationalismus wird in diesem Moment von einer Ideologie zu einer ahistorischen Konstante eines imaginären deutschen Charakters, einer Setzung, wie es der biologistische Volksgemeinschaftsbegriff ist. Übergangen wird dabei die Vielschichtigkeit und Prozesshaftigkeit der Identifikationsbildung von Subjekten. Patriarchale Elemente und ihre Auswirkungen auf die politischen Bedingungen fallen weg.
Die Basis des deutschen Nachkriegsstaates waren so zum Beispiel weniger seine nationalistischen Selbstbilder als vielmehr die ökonomische Integration weiter Bevölkerungsschichten und die Aufrechterhaltung patriarchaler und rassistischer Machtverhältnisse. Nicht umsonst verlangten die RevanchistInnen immer wieder nach einem wachsenden Nationalbewusstsein und versuchten den Nationalsozialismus zu relativieren. Die relevante gemeinschaftsstiftende Funktion übernahm zu Beginn der BRD das Wirtschaftswunder und der fordistische Sozialstaat während heute zunehmend die neoliberale Standort-Ideologie mit ihren Kampfparolen, von der Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte, die sozialen Widersprüche verdecken soll. Noch eine ganze Reihe weiterer Aspekte und Fragen lassen sich hier anführen, nicht um die politische Bedeutung des Nationalismus zu leugnen, sondern um ihn angemessen zu verorten.

Die Linke, das Volk und die Staatsmacht

Zurückblickend ist es keineswegs so, als wenn es in den letzten 200 Jahren keine theoretische Auseinandersetzung mit der Staatsmacht seitens der Linken gegeben hätte. Dies gilt sowohl für eine positive Bezugsrichtung bis hin zur radikalen Kampfansage an den Staat.
Immer wieder ging es dabei um zwei der linken Masterfragen. Zum einen galt es zu klären, ob eine staatsbezogene Politik mit dem Versuch der Einflussnahme auf den nicht sozialistischen Staat als revolutionär bzw. zumindest emanzipativ zu verstehen ist. Diese Debatten wurden um die politische Ausrichtung der SPD um die Jahrhundertwende, die Position der KPD zur Weimarer Republik oder in den 80ern um das Verhältnis der Grünen zu Regierungsbeteiligungen geführt.
Die andere Masterfrage thematisierte ganz grundsätzlich die Bedeutung des Staates im revolutionären Prozess. Inwieweit sind Staaten notwendig um bestimmte Etappen

im revolutionären Prozess zu meistern? War der realsozialistische Staat nur ein Schritt auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft? Waren die postkolonialen Entwicklungsdiktaturen zur antiimperialistischen Befreiung unumgänglich?

Beide Varianten der positiven Bezugnahme auf den Staat blenden Aspekte seiner Herrschaftsfunktion aus und verharmlosen diesen tendenziell. Zugleich bestimmten sie die Geschichte der Linken aber wesentlicher als radikal-staatsablehnende Positionen. Die gravierendsten Konsequenzen hatten sie für die Nichtverarbeitung des Stalinismus und eine mangelnde Kritik an patriarchalen und rassistischen Strukturen linker Gesellschaftsmodelle. Ihr gemeinsamer Nenner ist ein Machtbegriff, der die Einbezogenheit der Subjekte in die Herrschaftsverhältnisse ausblendet und klare Trennungen zwischen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbereichen zieht. Die Staatsmachtübernahme wird zum zentralen Ziel und nicht ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess, der das Spannungsverhältnis zwischen subjektivem und kollektivem Freiheitsbegriff versteht und alle Lebensbereiche einbezieht.

Eine wirkliche Rolle haben die Masterfragen für die nicht staatstreue Parteilinke die letzten Jahre allerdings kaum, jedenfalls nicht in Bezug auf die BRD, gespielt. Wenn dann stellten sich die Masterfragen in der politischen Praxis vor allem in Bezug auf die internationale Solidarität mit realsozialistischen Staaten. Hier wurden sie dann aber auch glühend diskutiert. Das Verhältnis zum eigenen Staat gestaltete sich für die deutsche Linke oftmals viel schwieriger als das Verhältnis zu Nicaragua, China oder der Ex-Sowjetunion. Einfach argumentiert liesse sich sagen, dass die Identifikation mit einem Staat, dessen anti-kapitalistische Ausrichtung aus der Ferne klarer hervorsticht als seine internen Probleme und Herrschaftsverhältnisse, sicher leichter fällt, als die mit dem Staat von dessen Ordnung mensch direkt reglementiert ist. Andererseits war die Rekonstruktion der deutschen Linken durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geprägt. Während bei der Erörterung der Masterfragen die einfache Unterteilung in UnterdrückerInnen und Unterdrückte im Vordergrund beim theoretischen Blick auf die Bevölkerung stand, sorgte die Verfolgung und weitgehende Isolierung der Linken während des Nationalsozialismus und durch den anschliessenden Antikommunismus der BRD für ein distanziertes Verhältnis zur Bevölkerung. Das deutsche Volk wurde zum Träger oder Mitläufer des Nationalsozialismus. Ein Moment, das auch in den sozialen Bewegungen nur ansatzweise aufgehoben werden konnte. Es gab immer eine relative politische und kulturelle Trennung zwischen bürgerlichen und linken Teilen der Sozialen Bewegungen. Verstärkt bzw. politisch behin-

Der Staat ist kein Instrument, sondern vielmehr eine spezifische Herrschaftsform, die nicht von den ihr eigenen Inhalten und deren jeweiligem historischen Ausdruck zu trennen ist. Der zentrale Charakter jeden Staates ist die Kontrolle der Bevölkerung. Hierin drückt sich seine patriarchale Herrschaftsfunktion an erster Stelle aus. Zentrales Ziel ist die Beherrschung der Gebärfähigkeit von Frauen und die Ausrichtung des Reproduktionsbereiches auf die Verwertungsfähigkeit der Menschen, die so ihre Subjektivität verlieren. Tatsächlich ist die innere Verfasstheit von vorrangiger Bedeutung für die Organisation des Staates. Die äussere, territoriale Definition des Staates beruht auf der innerstaatlichen Formierung der Gesellschaft.

dert wurde dies zudem durch die Repression, der die Linke unterzogen wurde und für die beispielhaft der Deutsche Herbst 1977 stehen kann.
Ein weiterer zu nennender Aspekt ist die theoretische Abstraktion der 'Masse' als politischem Objekt. Auf der theoretischen Trennung von Privats- und Politsphäre und damit der Ausblendung der eigenen Verinnerlichungen der Herrschaftsverhältnisse und Brüche in der Lebensgestaltung baut die Konstruktion der 'Masse' und des 'Volkes' als dem Anderen auf. Eine Konstruktion, die einen ganz anderen Charakter hat, als die politische Bestimmung der Herrschenden als GegnerInnen im Kampf um Befreiung. Diese beiden Elemente von Nationalsozialismus und dem Anderen haben den politischen Bezug der deutschen Linken und speziell den der Antinationalen auf die Bevölkerung zu einem im Kern moralisch getragenem werden lassen.
An diesem Zustand, der sich auch an einer subkulturellen Abgrenzung weiter Teile der Linken vom Rest der in Deutschland lebenden Menschen, insbesondere auch derer mit nicht-deutschem Pass, festmachen lässt, haben auch die theoretischen Differenzierungen der letzten zehn Jahre nichts verändert. Statt eine Politisierung des Verhältnisses zwischen der Linken und der Bevölkerung insgesamt voranzutreiben, sowohl auf privater als auch politischer Ebene, kam es häufig zum genauen Gegenteil. Sei es nun auf einer reformistischen Linie, die unter dem Überschreiten der Szenegrenzen letzte politische Rückzugsgebiete sieht und mit der Zurücknahme eigener Inhalte koppelt. Dies gilt für die gesamte NGO-Szene genauso wie für Teile der radikalen Linken. Die andere Linie ist die der totalen Abgrenzung von den Anderen, der Bevölkerung, die vor allem durch die antinationale und antideutsche Strömung repräsentiert wird. Sie entpolitisieren auf andere Art, aber mit ganz ähnlichem Ergebnis linke Politik, indem sie ebenfalls keine perspektivisch emanzipativen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Abschlussgedanken

Jenseits der Kritik und dem oben angesprochenen generellen Verhältnis der Linken zum Staat kam es auch in den letzten Jahren zu wichtigen Analysen und Erweiterungen der Staatskritik. Hierbei wurden die unterschiedlichsten Facetten bearbeitet und begrifflich sortiert. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Analyse des patriarchalen Charakters staatlicher Bevölkerungskontrollpolitik, die Kritik des deutschen Imperialismus und der Restauration von Grossmachtinteressen, wie sie in den Strukturen des Sicherheits- und Atomstaates deutlich werden. Dies sind Betrachtungsweisen, die durchaus nicht nur in der Sicht auf ihre jeweiligen Teilbereiche verhaftet bleiben, aber dennoch selten eine Verknüpfung mit einer, wie oben eingeforderten generellen Staatskritik, geschafft haben.
Vergessen werden darf hierbei, trotz der eingeforderten Auseinandersetzungen mit den aktuellen politischen Prozessen, nicht der Einfluss der nationalsozialistischen Geschichte auf den bundesdeutschen Nachfolgestaat. Eine Nivellierung der deutschen Geschichte unter Überschriften wie Globalisierung suggerieren eine Vereinheitlichung der Staaten, die so nicht stimmt. Sicher wird heute für imperialistische Interventionsvorhaben auf andere Weise wie zu Beginn des Jahrhunderts mobilisiert, aber Kontinuitäten lassen sich andererseits, gerade in der Aussenpolitik, nicht leugnen.
Völlig zu recht politisierten sich viele 68er über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die Verwicklungen der BRD in den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze. Alle drei Bereiche setzten sich mit dem bis dahin vor dem Hintergrund des Kalten Krieges fast unangetastet gebliebenen Verständnis und der Organisation des deutschen Staates auseinander. Der Nationalsozialismus wurde zuvor nie auf eine Art thematisiert, die die 'Schuldfrage' wirklich geklärt und ihn nicht zu einer anderen Art des nationalen Mythos hätte werden lassen.
Vor diesem Hintergrund gilt es eine generelle Staatskritik zu formulieren, die die gesellschaftlichen Konflikte offenlegt und die ideologischen Dämmstoffe gleich welcher Art und Weise entfernt. Hier helfen dann aber weder populistische Annäherungen an die Soziale Frage oder Anbiederungsversuche der NGOs an staatliche Stellen, noch selbstverliebte antinationale Positionierungen weiter.

Hans Hansen schreibt immer wieder gerne für die alaska und diskutiert die Artikel - entsprechend seiner jeweiligen Lebenssituation - angeregt mit den RedaktionskollegInnen, FreundInnen und GenossInnen vor.

Verwiesen sei an dieser Stelle auf die neue ARRANCA! Nr. 15 mit dem Titel "Heimatkunde" und den kontroversen Artikeln zur Einschätzung der antinationalen Strömung.

Neo-liberalismus?

"Die Stärke und die Schwäche einer Kritik, welche zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß" (1)

Zur Kritik einer falschen Kritik

FRANK-OLIVER SOBICH

Seit Mitte der 80er Jahre hat die Linke einen neuen Feind: Den Neoliberalismus. Aber was soll das eigentlich sein, der "Neoliberalismus"?
Bis Anfang der 80er Jahre hießen "Neoliberale" gerade jene, die zum Erhalt des Kapitalismus für *mehr* staatliche Eingriffe plädierten ("Ordoliberalismus"). Erst seit den Wahlsiegen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher kam der Begriff langsam in Mode für diejenigen, die das "freie Spiel der Marktkräfte" und den "Rückzug des Staates aus der Wirtschaft" propagierten. Damit, und mit dem Versprechen von mehr Militär, mehr Polizei, mehr Nationalstolz und mehr christlicher Moral waren in zwei Führungsmächten der freien Welt Politiker erfolgreich gewesen. Zwei Jahre später läutete Helmut Kohl die geistig-moralische Wende in der BRD ein. Das Programm war in etwa das gleiche: Weniger Sozialleistungen des Staates für seine BürgerInnen, Privatisierung, Abbau hemmender Vorschriften für das Kapital (Umweltschutz, Arbeitsschutz), Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von 'unten' nach 'oben' z.B. durch Steuerreformen. Die ehemaligen Kolonien Europas mußten sich, wenn sie Kredite haben wollten, den berühmten IWF-Kriterien unterwerfen: Privatisierung, Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Verzicht auf Zölle, Einfuhrverbote und andere Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Industrie.
Das alles hatte die bekannten Folgen: In den Metropolen florierte das Kapital, eine kaufkräftige Mittelklasse entstand, und die Arbeitslosigkeit wurde zum normalen Zustand. Im peripheren Kapitalismus richteten immer mehr Staaten ihr Land zum optimalen Standort zu, mit mies bezahlten Jobs und Elend und Armut.
Seit Anfang der 90er Jahre scheint alles noch härter zu werden: "Binnenmarkt", "Globalisierung" und "Standort" seien die Schlagworte, mit denen die letzten Überreste der sozialstaatlichen Demokratie beseitigt würden. Anstatt in die materielle Produktion zu investieren, würde nur noch spekuliert, und die 'shareholder values' (kurzfristiger hoher Gewinn) sorgten für eine Entlassungwelle nach der anderen. Mit dem MAI (Multilateralen Investitionsschutz Abkommen), so die Befürchtung, sollen alle Staaten zu dieser neoliberalen Politik gezwungen werden, und würden die Politiker endgültig zu Erfüllungsgehilfen der großen multinationalen Konzerne.

Die Stärke der Kritik: Wut im Bauch, volle Säle und 'ne Perspektive

Eine solche Sichtweise und Kritik ist nicht zufällig unter Linken so beliebt: Sie erlaubt allerhand, was sich Linke ansonsten eher verkneifen müssen. Mit dem Hinweis auf die zerstörerischen Wirkungen der Durchkapitalisierung bisher verstaatlichter Bereiche wird mensch plötzlich zum Anwalt der Gesellschaft, statt wie bei Rassismus und Innerer Sicherheit völlig marginalisiert zu sein und im offenen Gegensatz zu den begehrten Agitationsobjekten (Volk, Bevölkerung , die Leute auf der Straße etc.) zu stehen. Endlich findet mensch mit einer (scheinbar) linken Kritik wieder Anklang. Die Gewerkschaften finden da viel problematisch, und dem durchschnittlichen deutschen Volksgenossen ist auch ziemlich mulmig, daß in Zukunft die Spekulanten bestimmen, wo's langgeht.
Mit der Bezeichnung "Neoliberalismus" wird zugleich eine konkrete Verantwortlichkeit beschrieben: Endlich hat das Unrecht wieder Name und Adresse: Die Regierung oder Theoretiker, die — ja, warum eigentlich? — eine solche Politik betreiben. Und die müssen sich einiges anhören: Die Differenz zwischen der Ideologie von der freiheitlich-sozial-demokratisch-ökologischen Markwirtschaft mit und ohne Nächstenliebe und der doch ziemlich brutalen Wirklichkeit kosten linke KritikerInnen weidlich aus. Und im peripheren Kapitalismus, wo die WählerInnen nicht einfach mit dem Argument "Standort" zur Wahl der richtigen Führung gebracht werden können, sondern angehende Führer der Nation auch mal erzählen, daß durch mehr Markt alle Millionäre werden — da ist nicht nur viel Anlaß zum giftigsten Spott gegeben. Sondern auch im abgeklärtesten Hegelmarxisten brodelt unwillkürlich die Wut über die frechen Lügen der gut ausgebildeten Harvard-Zöglinge, die die von ihnen regierten AnalphabetInnen so offen bescheißen.
Das Schönste aber: Neoliberalismus ist eine Politik. Angesichts der gesellschaftlichen Folgekosten sogar angebliche eine falsche. Arbeitslosigkeit, Rezession durch Kaufkraftschwund, mangelndes Vertrauen in die Demokratie, "soziale Spaltung", Rechtsextremismus, Jugendgewalt werden im metropolitanen Kapitalismus ausgemacht, im peripheren und in den neueroberten ex-staatssozialistischen Ländern ist die Liste länger und grausamer. (Unschwer ist zu erraten, daß bereits vorher unterdrückte und marginalisierte Gruppen unter den sich verschärfenden Bedingungen besonders zu leiden haben). Weil Neoliberalismus einfach nur eine *Politik* ist, braucht mensch dann einen Politik*wechsel*. Die unangenehmen Seiten des Kapitalismus abwählbar — das hört sich doch nach was an....(2)

Die Schwäche der Kritik: Sie ist falsch. Und zwar völlig.

Falsch ist die Kritik zumeist schon bei der simplen Bestandsaufnahme: Mensch fällt dabei auf die konservativ-liberal-sozialdemokratische Rhetorik vom "schlanken Staat"/"Entstaatlichung" herein. *Der Staat zieht sich nicht zurück.* Märkte fallen nicht vom Himmel, ohne die staatliche Garantie z.B. des Privateigentums gibt es sie gar nicht. Keineswegs sind der Umbau des Sozialstaats oder die Deregulierung ein Rückzug des Staates. Die Reformen der Regierungen Reagan/Bush, Thatcher/Major und Kohl sind gerade nicht einfach ein Verschwinden des Staates aus bisher hoheitlich von ihm verwalteten Bereichen, sondern eine Durch-Staatlichung zur Einführung marktförmiger Mechanismen. Joachim Hirsch ist, bei allem berechtigten Gemecker an seinem Buch, zuzustimmen: "So kann generell von einem 'Rückzug' des Staates aus der Gesellschaft keine Rede sein, auch wenn sich die Formen staatsadministrativer Regulierung erheblich verändern, also z.B. polizeiliche Überwachung an die Stelle materieller Sozialleistungen tritt, private Schulen subventioniert statt staatliche errichtet werden oder wenn statt einfacher Ge- und Verbote im Umweltschutzbereich staatlich regulierte Marktmechanismen eingesetzt werden"(3).
Obwohl dies offensichtlich ist, scheinen sich weite Teile der KritikerInnen der jüngsten Politik ziemlich in die positive Rolle des bürgerlichen Staates verliebt zu haben: "Privatisierung und Deregulierung sind Möglichkeiten, den Einfluß und die Verantwortung des Staates — und damit sowohl seine Kontroll- und als auch seine Schutzmöglichkeiten — einzuschränken"(4). Der Staat zieht nicht 'sich' aus 'Verantwortung' zurück — sondern ordnet bestimmte Formen des gesellschaftlichen Lebens neu.
Den Rückzug des Staates kann nur ausmachen, wer ihm unterstellt, er sei doch eigentlich für das Wohlergehen seiner StaatsbürgerInnen zuständig. Flott wird aus einem Problem, das mensch *mit* dieser Gesellschaft hat, ein Problem *der* Gesellschaft. Für das werden dann Lösungen gesucht, am besten 'gemeinsame'. Der Sozialstaat wird in dieser Weltsicht zu einem Produkt von Kämpfen und ein Zugeständnis an die, die ihn (potentiell) brauchen — also ein Ausfluß der bei Linken so beliebten "gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse". So sehen denn auch die Erklärungen für die neoliberale Politik aus: Vom Wegfall der Systemkonkurrenz (der Sozialstaat als Bestechung der Arbeiterklasse, damit sie nicht zu Breschnew überläuft? Heiße These! (5)), über die böse Profitgier der reichen und fiesen Oberen (haben sich die Herrschenden den Neoliberalismus also auf ihren Donnerstagstreffen ausgedacht, um noch mehr Geld zu scheffeln?), bis hin zur Verblendung durch eine falsche ökonomische Theorie — das Niveau der bürgerlichen Wirtschaftstwissenschaften ist seit Marxens Zeiten ja auch nicht besser geworden! Mit den theoretischen Implikationen dieser falschen Erklärungen dürfte mensch sich normalerweise bei Linksradikalen, die halbwegs bei Trost sind, nicht mehr sehen lassen...(6)
Besonders unangenehm sind Bilder vom Gegensatz zwischen bodenständigen Unternehmern, die produzieren und Arbeitsplätze schaffen wollen, und den fiesen Finanzern, denen es nur um den Gewinn geht, und die damit nicht nur Menschen, sondern gleich ganze Regionen (besonders böse!) zugrunde richten. Die Differenz zwischen 'raffendem' und 'schaffendem' Kapital hat schon mal eine größere Volksbewegung in den 20er und 30er Jahren thematisiert... Und auch das Gerede vom ach-so-gemütlichen "rheinischen Kapitalismus" im Gegensatz zum amerikanischen 'Turbokapitalismus' läßt an die gute alte Anti-Wallstreet-Agitation eben jener Bewegung denken...(7)

"Neoliberal": Gar nicht "neo-"....

Die Gegenthese ist: **Der Umbau des Sozialstaats verdankt sich den gleichen Erwägungen wie seine Einführung und sein Ausbau** (8). Was also ist ein Sozialstaat?

Der Sozialstaat ist keine zu groß geratene Wohltätigkeitsorganisation, sondern ein *funktionales Erfordernis einer erfolgreichen kapitalistischen Nation.* Das heißt: Wo ein Sozialstaat gemacht werden kann, da funktioniert der Kapitalismus besser. Auch hier greift der Staat in die Konkurrenz aller um den gesellschaftlichen Reichtum ein, um sie zu ermöglichen. Er betreut Armut und Arbeit, um das Gesamtsystem zu erhalten. Auch wenn er garantiert, daß Kranke, Schwache, mit Kinderaufzucht Beschäftigte halbwegs ordentlich überleben, betätigt er sich als *ideeller Gesamtkapitalist.* Er macht das, was die Kapitale nicht machen können; ohne das aber das ganze System flöten ginge oder doch zumindest nicht so gut funktionieren würde.

Er sichert das Überleben von momentan Überflüssigen. Die können aber eventuell später noch mal gebraucht werden. Diese *industrielle Reservearmee* sorgt zudem dafür, daß die Ware Arbeitskraft nicht zu knapp — also zu teuer— wird. (9) Gleichzeitig sorgt er für Nachschub bei der industriellen Reservearmee, indem er die Kinder betüttelt. Denn unabhängig vom Konkurrenzerfolg der Eltern können daraus ja auch mal AufsteigerInnen werden. Und weil er den Erfolg *aller* Kapitale und das Funktionieren seiner Gesellschaft *insgesamt* im Auge hat, will er, daß auch Kinder aus der "Unterschicht" sich dem nationalen Erfolg nützlich machen könnten. Indem er die Peitsche akuter Not aus sozialen Konflikten entfernt, produziert er sozialen Frieden. Die wenigen Streiktage in der BRD und die verantwortungsbewußten Gewerkschaften, die wegen der Wettbewerbsfähigkeit immer maßvoll sind, sind einer der Standortvorteile Deutschlands. Zusätzlich produziert der Staat eine Abhängigkeit, die auf Loyalität hoffen läßt. Denn die politische Stabilität und die Handlungsfähigkeit eines Nationalstaates steht und fällt mit dem Interesse der BürgerInnen am Staat. Nicht nur, damit sich die Leute an die Gesetze halten, sondern auch wenn die Nation ihre Interessen in der Welt anmeldet, und sie sich darauf verlassen können muß, daß im Kriegsfall die BürgerInnen hinter ihr stehen.

Was Leute tun, und was sie denken, was sie tun, sind *zwei* Sachen, die aber miteinander zu tun haben: Die Notwendigkeit einen Sozialstaat einzuführen, macht sich unterschiedlich bemerkbar und wird von unterschiedlichen Kräften aufgegriffen: In Deutschland wollte man 1888 die Sozialdemokratie bekämpfen, in Schweden wollte man nach 1945 den demokratischen Sozialismus stückweise einführen, in den USA 1932 die Konjunktur wieder ankurbeln und Armutsaufstände verhindern. Aus gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, der Struktur staatlicher Institutionen, den herrschenden Auffassungen über Armut und Erfolg in einer Gesellschaft erklären sich die unterschiedlichen Arten, das Gleiche zu tun: Die Betreuung von Armut und Arbeit im Interesse der gesellschaftsverträglichen Abwicklung ihrer Existenz. Unterstellt sind mit der Existenz des Sozialstaats nämlich Verhältnisse, in denen ein Großteil der Mitglieder vom Großteil des gesellschaftlichen Reichtums ausgeschlossen ist, weil in der Ökonomie die 'Selbstverwertung des Werts' die wichtigste Rolle spielt. Und nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen.

Die Produktionsweise, die er funktionsfähig macht, indem er sie begrenzt, ist (zugleich) die Grenze des Sozialstaats. Wie immer für seine Kosten gesorgt wird: Es sind dies Gelder, die der Staat aus seiner Gesellschaft nimmt bzw.

nehmen läßt. Es sind Kosten, die das Einzelkapital nur ungern zahlt, weil sie seinen Erfolg mindern. *Den* will aber jeder Sozialstaat.
Soll aus Geld mehr Geld werden, muß das Geld zu denen kommen, die genau das damit versuchen, und damit Waren produzieren, die mit Gewinn verkauft werden. Dabei kommt es zwangsläufig zur Konzentration des Reichtums und der Produktionsmittel auf einige wenige Gesellschaftsmitglieder. Das ist eine Notwendigkeit des Kapitalismus."Geld ist genug da" stimmt also nicht. Nicht, weil es mit den materiellen Voraussetzungen für Schampus und Seide hapern würde. Das ist längst drin, für alle Menschen, weltweit, und das sogar ohne bedrohliche Naturzerstörung.
Sondern: Geld ist nicht dazu *da*, daß es Menschen gut geht, und es kann auch nicht dafür eingesetzt werden. Hier hat leider noch jedes konservative Arschloch einen klareren Begriff von den Notwendigkeiten des Kapitalismus, als linke IdealistInnen. Entweder mensch hebt das Kapitalverhältnis auf, oder es wird die Logik des Kapitals verfolgt. Wer Drittes versucht, gegen den machen sich die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise geltend. Das haben linke Sozis und KommunistInnen hin und wieder leidvoll erfahren müssen.
Wenn aufgrund der veränderten organischen Zusammensetztung des Kapitals (mehr Maschinerie, weniger ArbeiterInnen) das Interesse an der industriellen Reservearmee weniger heiß ist, dann kann daran auch gespart werden. Wenn sich die kapitalistischen Staaten darauf verständigt haben, die Konkurrenz um den Reichtum der Welt relativ (10) frei auszufechten, dann geht dabei manches Unternehmen drauf, weil das nationale Interesse an ihm nicht ausgeprägt genug war, es vor der Weltmarktkonkurrenz zu schützen. Wenn Kapitale sich optimal verwerten sollen, dann werden die Löhne gedrückt, z.B. indem der stumme Zwang der Verhältnisse verschärft wird, einen Job anzunehmen oder lästige Vorschriften abgeschafft werden. Und wo sich alle als Arbeitskraftbehälter fit halten wollen, da kann mensch die Leute für ihre Gesundheit selber zahlen lassen.

Exkurs: Ist das Ökonomismus?

Woher kommt das Interesse der kapitalistischen Staaten am Funktionieren der Gesellschaft und dem Erfolg aller Kapitale? Sie haben ein Interesse am Wachstum des Reichtums, der in ihrem nationalen Geld verfaßt ist. Nationalismus ist nicht nur ein Frage gröhlender Fußballfans, und brennender Flüchtlings'wohn'heime, sondern von Weltwirtschaftskonferenzen und Währungsbilanzen, von "Krieg und Frieden in Europa" (Kohl) und Bundesbank-Leitzinsen. Sie haben dieses Interesse, aus dem Interesse an sich selbst, weil ihre ökonomische Potenz zusammen mit ihrer militärischen Schlagkraft die Gültigkeit ihrer Interessen im Konzert der Mächte garantiert. Weil alle Staaten in einer Konkurrenz um den Reichtum der Welt stehen, müssen die Staaten daran interessiert sein, daß ihre Interessen gültig sind.
Das ist kein Ökonomismus: Staaten kümmern sich dabei keineswegs immer um Kapitalinteressen, sie begrenzen und beschränken sie sogar. Politiker haben den Erfolg ihrer Nation im Auge, und sind darum alles andere als Hampelmänner (und - frauen) der bösen zigarrerauchenden Zylindermänner mit den Dollar-Zeichen im Auge. Der "sacro egoismo" jeder Nation sorgt dafür, daß der Staat ein ideeller Gesamtkapitalist ist oder zu werden versucht. Die Trennung von politischer Gewalt und herrschender Klasse ist dafür ebenso Voraussetzung, wie ein StaatsbürgerInnen-Kollektiv, das von seiner Abhängigkeit vom Erfolg des Kapitals und des Staats weiß — weswegen PolitikerInnen in den er-volk-reichen Nationen auch maximal "Arbeit, Arbeit, Arbeit" versprechen. Und auch das nur unter Finanzierungsvorbehalt.

...und auch nicht "liberal": Das neokonservative Reformprogramm und seine linken StichwortgeberInnen

Um die Sache noch mal in den Worten der Autoren des Manifests "Weil das Land sich ändern muß" zu sagen: "...Daß sich Marktkräfte nur entfalten, wenn bestimmte Voraussetzungen wie eine leistungsfähige Verwaltung und Rechtspflege, ein entwickeltes Schul- und Hochschulwesen und anderes mehr erfüllt sind. Erforderlich ist ferner eine funktionierende Wettbewerbsordnung und eine wettbewerbsorientierte Wirtschafts- und Arbeitskultur, die wiederum nicht zuletzt durch öffentliche Einrichtungen gepflegt werden muß" (11).
Das alles ist nicht neu, sondern schon so, seit es Kapitalismus gibt. Zu tun haben wir es mit einer Offensive, die mit dem Begriff "liberal" gar nicht gut gefaßt ist. Nicht weil "liberal" so schön klingt, sondern weil es um mehr geht, als darum, die staatliche Gewährleistung der allgemeinen Voraussetzungen der Konkurrenz unter geringstmöglicher Belastung des Kapitalwachtsums zu arrangieren oder sie sogar, wo das geht, selbst noch zum Mittel des Kapitalwachstums zu machen. Das wollen alle relevanten politischen Kräfte. Immer mehr begegnen wir der marktförmigen Implementierung konservativer und nationalistischer Normen durch den Staat. Wenn Frauen wegen unehelicher Schwangerschaften aus der US-Sozialhilfe geschmissen werden, wenn der deutsche Staat sich seine Schikane von Flüchtlingen viel Geld kosten läßt, wenn in Niedersachsen demnächst das Sozialverhalten wieder in den Schulzeugnissen vermerkt werden soll, dann hat das mit "liberal" gar nicht so viel zu tun — wohl aber mit jener Gesellschaft, die von Liberalen einmal erkämpft wurde und auch verteidigt wird. Deren *konservative* Verteidiger haben in den letzten zwanzig Jahren eine kulturelle Hegemonie gewonnen. "It is not our goal to create a cheaper welfare state. It is not money we are trying to save — it's minds and lives" (12). Die Republikaner im House of Representatives haben da recht. Es geht nicht ums Sparen. Die neokonservativen Regierungen und Mehrheiten begründen inhaltlich, warum sie so und nicht anders sparen wollen, und warum sie in anderen Bereichen sogar offensiv die Ausgaben erhöhen wollen.
Mit ihrer Klage über den Verlust des Wertekonsens der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Erklärung der Notwendigkeit einer moralischen Offensive kommen die Neokonservativen bei Ex-Linken gut an. Und bei mancher Klage sind sie sich mit den GegnerInnen des Neoliberalismus ganz einig: Nur um's Geld soll es nicht gehen. Wer am Kapitalismus nur dessen kulturelle Konsequenzen kritisiert, die Moral der Konkurrenz als "amoralisch" bezeichnet, statt bösen Individualismus heimelige Gemeinschaften wünscht, und außerdem die sozialstaatliche Betreuung der Armut "autoritär" und "entmündigend" findet (was sie ist!), aber nicht ihre Existenzgründe abschaffen will, der kann im Kommunitarismus manch schöne

Gemeinsamkeit mit Wolfgang Schäuble entdecken. Nicht umsonst spielen Grüne aller Orten bei "Wertedebatten" eine Rolle. Schlußendlich wird damit nur die reaktionäre Konsequenz manch linker Gesellschaftskritik gezogen. Mit ihrem Feldzug gegen Neoliberalismus machen sich Linke all zu leicht zu Wasserträgern der Reaktion.

Anmerkungen:

1) gekürzt aus: Marx, Karl: Das Kapital. Bd.1. MEW Bd. 23, Berlin (DDR):Dietz 1962, S.528.
2) Die Differenz zwischen dem durchschnittlichen gewerkschaftlich-linksevangelischen und dem quasi-autonomen Teil dieses Diskurses ist nur das Vertrauen in das bestehende Parteienangebot
3) Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus.Berlin/Amsterdam 1995, 113
4) Neswald, Elizabeth: Amerika als Modell. In: Dietl, Andreas et. al.: Zum Wohle der Nation. Berlin 1998, S. 103
5) Nicht bestritten werden soll, daß dem Frontstaat BRD besonders an der Loyalität seiner StaatsbürgerInnen gelegen sein mußte — und das hatte auch Auswirkungen auf die Form und das Ausmaß sozialstaatlicher Betreuung von Armut und Arbeit, mag vielleicht manchmal der Anlaß gewesen sein — aber nicht der Grund.
6) Z.B. Verschwörungstheorie, Herrschaft als Summe von Repression und Manipulation (was immer das sein soll), der Staat alsAusschuß der herrschenden Klasse oder mit dem "Monopolkapital" verschmolzen etc.
7) Um fair zu sein: Den gleichen faschistoiden Mist hatten auch die Parteikommunisten in den 30er und 50er Jahren drauf.
8) im metroplitanen Kapitalismus in den 50er, 60er, 70er Jahren.
9) Der Umkehrschluß ist unzulässig, die Ausweitung auch: Waren sind nicht teuer, weil sie knapp sind. Knappheit kann zur Teuerung führen.
10 Freihandel ist keine Ideologie, sondern ein Interesse.
11 Dönhoff, Marion / Schmidt, Helmut u.a.:Weil das Land sich ändern muß. Ein Manifest. Reinbek 1992, S.58. Diese Pflege einer wettbewerbsorientierten Arbeitskultur ist mittlerweilein der BRD durchaus Praxis: Verstärkte Heranziehung von Sozialhilfe-EmpfängerInnen zu unterbezahlter Zwangsarbeit, Meldepflicht für Arbeitslose und andere schikanöse Auflagen
12 Moore, Stephen (Ed.): Restoring the Dream. The Bold New Plan by House Republicans. New York: Random House 1995.S.164

Frank Oliver Sobich ist Mitglied der JungdemokratInnen/Junge Linken.

KOHL IST WEG - KEEP COOL NOW

VERÄNDERTE KOORDINATEN FÜR LINKE POLITIK

HANS-PETER KREBS

Ein bisschen war alles anders am 27. September 1998: die Trends der Hochrechnungen verstärkten sich eher, anstatt sich auszutarieren, die Kommentatoren versprachen sich häufiger als sonst, Unsicherheiten bei den überraschten Gewinnern, elder statesmen steckten Verluste souverän ein - und traten ab. 7 Prozentpunkte waren nicht mehr dort zu finden, wo sie einmal waren. Zum ersten Mal seit Bestehen der BRD wurde eine Bundesregierung in öffentlichen Wahlen abgelöst.

Als ich etwa vor einem Jahr in Vorträgen und Zeitschriftenartikeln die These vertrat, dass der Neoliberalismus vom Hauptfeind der menschlichen Gesellschaft (Subcommandante Marcos) zu einem umkämpften, mehr und mehr umstrittenen Paradigma zur Lösung der Krise des Fordismus bei den herrschenden Eliten wurde, war die Begeisterung unter den Linken nicht gerade groß, eher exklusiv. Der mühsam-euphorische Kampf gegen den Neoliberalismus tobte noch und übersah dabei, dass dieses vermeintliche Allheilmittel kapitalistischer Restrukturierung mittlerweile selbst zu einem überwindungswürdigen Hindernis für die kapitalistische Entwicklung konvertiert war. Nicht die antikapitalistische Linke schaffte ein breites populares Bündnis gegen den Neoliberalismus (trotz Volksfront-Unterstützung der CDU!), vielmehr war es die Schmiedung einer »neuen Mitte«, die ein breites, dafür um so unschärferes Bündnis gegen Kohl zustande brachte und den jetzigen »Wechsel von Menschen und Programmen« (Gramsci) einleitete. Ein nicht geringer Teil der Linken fand sich in diesem Kampf »Seit an Seit« mit »guten Liberalen« wieder, um den Verwilderungen des »Kapitalismus pur« entgegenzutreten und diesen in zivilisierte Formen »zurück«zuführen. Diese Fähigkeit, aus der Zivilgesellschaft heraus neues Personal und neue Programmatiken - einschließlich ausgewählter Alt-68er - zur Konsolidierung kapitalistischer Verhältnisse zu generieren, war als eine Re-Artikulation von Staatlichkeit bestimmt worden, die unter der Führung einer »neoliberalen Sozialdemokratie« Aussicht auf Erfolg für eine Neuauflage des gescheiterten Hegemonieprojekts der Herrschenden versprach.
War das gar eine linke Mehrheit? Jenseits von CDU und FDP bedeutet noch nicht links. Das wusste schon Brandt, selbst mit einer anderen FDP. Mitnichten also, das wurde in den letzten Monaten des Wahlkampfs auch deutlich und blies alle Illusionen in den Wind: Kontinuität in der Außenpolitik, Innen- und Sicherheitspolitik und schließlich in der Verteidigungspolitik, verstärkte Innovationspolitik, härtere Arbeits- und Sozialgesetzgebung und eine Steuerreform, deren Etikettierung als »ökologisch« in weiten Teilen nur dem Ausgleich von Haushaltsdefiziten dient. Man könnte sagen: zwischen strukturkonservativ bis radikal halbherzig. Thomas Ebermann wusste sich auf einer Veranstaltung zur Buchmesse in Frankfurt denn auch keinen anderen Rat mehr, als die Unterstützung für eine solche Regierung, die nach seinen Worten schlimmer als Kohl ist, entweder durch eine »Ratsche« (Haue) oder durch Absicht zu erklären: eine linksradikale Publikumsbeschimpfung der (hoffentlich) aussterbenden Art.
Der Kick besteht jedoch vielmehr gerade darin, dass viele Leute den »Machtwechsel« trotz der zu erwartenden mageren Regierungsergebnisse wollten und ihn zudem als eine Öffnung nach links erlebten. Mit dem Wahlabend hatte sich das diskursive Feld der politischen Themen verschoben. Atomausstieg, Neuregelung der Staatsbürger-

schaft, Frauenpolitik, Drogenpolitik, Umverteilung von unten nach oben, selbst ökologische Fragen eroberten die Aufmacher der Presse - Themen, die als entwertet galten, aber gleichwohl kritische, linke Power hatten und noch haben. Die eingeschliffenen kulturellen Verhältnisse der Politik haben einen gewaltigen Knacks bekommen, und diese Morgenluft lassen sich die Leute nicht von Griesgrämern vermiesen. Vor Illusionen gegenüber Regierungsprojekten zu warnen, ist eines; viel wichtiger scheinen mir die veränderten kulturellen und ideologischen Konstellationen zu sein, die linker Politik neue Chancen und neuen Schwung geben können. Es gilt also, zunächst die beiden Perspektiven zu trennen: einerseits auf die vorhersehbaren Ergebnisse der neuen Regierungspolitik, andererseits aber auf den mit dem Wählerumschwung einhergehenden kulturellen Wandel, der Raum für Diskussionen, politische Arbeit und die unterschiedlichsten Projekte und Veranstaltungen in Kultur, Musik, Bildenden Künsten schafft. Eine solche perspektivische Kraft der Linken am Leben zu erhalten und zu stärken, ist eine der vorrangigsten Aufgaben. Vergessen wir nicht, dass 16 Jahre Kohl für viele gleichbedeutend mit kulturellem Stillstand und/oder Subkultur, die ja oft auch Kuscheliges hat, sind; auch solche Deformationen gilt es zu überwinden, um zu geeigneteren, offeneren und demokratischeren Kommunikationsformen zu gelangen. In einem solchen Klima könnten sich die Ansätze der Neuen Sozialen Bewegungen der 80er Jahre neu formieren und das differenzielle Erscheinungsbild der Linken mit neuen Elementen anreichern. Bei dieser Wieder-Urbarmachung des kulturellen Feldes der Linken geht es aber gerade nicht um eine Neuauflage des absurden Gegensatzes von Bewegung und Partei. Parteien können und müssen wie andere Institutionen für eigene Projekte genutzt werden - sind sie doch selber Formen politischer Praxis, die in vielen Situationen einen Erkenntnisgewinn abwerfen, der Einblicke bis tief in hierarchische Verhältnisse freigibt. Das gilt auch für die institutionelle Arbeiterbewegung, die dringend ein neues mittel- bis längerfristiges Konzept für ihre Praxis braucht, vor allem unter Bedingungen der EU. Die Veränderung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse war einer der zentralen Angriffspunkte der Neoliberalen der letzten Jahre, ohne dass die Gewerkschaften darauf eine adäquate Antwort gefunden hätten. Kurz: die konservative Kanzlerschaft hat einen Scherbenhaufen offener politischer Fragen hinterlassen, die nun einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit als noch zu lösende Probleme zugänglich gemacht werden müssen. Und da wird sich schnell zeigen, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte an der »Basis« weiter entwickelt sind, mehr Ideenreichtum zusammenbringen, als die Parteiapparate jemals gedacht haben und aus ihren Haushaltslöchern erkennen konnten. Mit anderen Worten: Was die nun regierenden Kräfte heute ins Regierungsprogramm schreiben, wird in vielen Punkten vom gesellschaftlichen Stand des Wissens, der Diskussion und der politischen Möglichkeiten her überholt sein. Das ließe sich für die Konservativen noch angehen, aber eine sich mutig gebende, mit einer neuen Rhetorik ausgestattete rot-grüne Mannschaft im Spagat zwischen Innovation und Gerechtigkeit, zwischen Wettbewerbsfähigkeit und »mehr Demokratie wagen« wird da mehr bieten müssen als hohle Sprüche und aufwandsneutrale Haushaltsspielereien. Vor allem dann, wenn sie auf eine Bevölkerung trifft, die Politik auch als eine aktive Form der Teilhabe an Demokratie betrachtet. Einmischen ist denn auch angesagt.

Kräfteparallelogramm

An dem veränderten Verhältnis von Regierten und Regierenden wollte ich deutlich machen, dass weder pauschaler Fatalismus noch blinde Euphorie weiterhilft. Was wir brauchen, ist neben breitem politischen Engagement (nicht nur Demos!) mehr analytische Schärfe bei den sich abzeichnenden Veränderungen. Wenn es im Grundgesetz § 20,2 heißt: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, und Brecht fragt, wo sie hingeht, so soll das weniger als kabarettistische Einlage verstanden werden denn als Aufforderung zur konkreten Analyse. Und das heißt letztlich auch, über Kräfteverhältnisse zu reden, zu debattieren. In diesem Sinne möchte ich einige der aktuellen Koordinaten anführen, um über deren Einschätzung etwas näher an Handlungsoptionen für eine linke Politik im Umbruch heranzukommen.

Erstens: Der »Wechsel von Menschen und Programmen« auf oberster Ebene ist weitgehend abgeschlossen und wurde weitgehend aus vorhandenen Potentialen mit nur geringen innovativen Einsätzen vorgenommen. Das bedeutet, dass in der Grundlegungsphase kaum noch Einfluss auf Politik möglich ist. Man wird also von dieser Grundlegung zunächst auszugehen haben. Darin dominiert ein bestimmtes parteiförmiges Kräfteverhältnis.

Zweitens: Vorrangige Regierungsziele werden sein: Bildung eines (selektiven) korporativen Blocks für Innovation und Wachstum zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (»Bündnis für Arbeit«); ebenso Sicherung der Staatstätigkeit im engeren Sinne (Haushalts- und Fiskalpolitik) sowie Stärkung des juridischen Sicherheitsstaates nach innen; Kontinuität in der Außen- und Verteidigungspolitik; Forcierung der Bemühungen um einen europäischen Block (wirtschaftlich, politisch, militärisch) mit starkem deutschen Einfluss nach innen und außen. Das bildet die Hauptabteilung staatsmännische Verantwortungsethik, Helmut Schmidt u.a. werden ihnen beistehen.

Drittens: Die Arbeitslosigkeit wird mithilfe eines rigideren Arbeitsregimes zurückgehen. Die Sozialpolitik wird weitgehend stabilisierende Funktion für die Wirtschaft erhalten, die Steuerreform erhält angebotspolitischen Charakter (Senkung der Lohnnebenkosten), bringt den Arbeitnehmerhaushalten wenig und füllt bestenfalls die Haushaltskassen. Renten bleiben ein Problem. Der umfassend vorsorgende Wohlfahrtsstaat ist Vergangenheit, für den klassischen Kernbereich der Sozialdemokratie ist aber noch keine neue Lösung hervorgebracht worden.

Viertens: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts kostet

wenig und sichert politisch Stimmen. Die finanzielle Lage der Kommunen bleibt prekär. Zuckerbrot und Peitsche.
Fünftens: Ökologie, Atompolitik, Frauen, Minderheiten, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation mit anderen Ländern bleiben marginal; Forschung und Entwicklung wird zielgerichtet gefördert. Selektive Hochschulpolitik. Wichtige Bereiche nachhaltiger Entwicklung werden zugunsten kurzfristiger Profitorientierung vernachlässigt.
Sechstens: Die im Neoliberalismus einsetzenden sozialstrukturellen Veränderungen werden sich mit dem zunehmenden Umbau der produktiven Basis des Postfordismus fortschreiben. Vereinzelungsprozesse werden weiter zunehmen, die sich nur zu flexiblen und vorübergehenden Interessenkoalitionen verbinden (homo oeconomicus), gleichzeitig aber die Polarisierung der Gesellschaft in ein wohlgesichertes Drittel oben und ein existenzbedrohtes Drittel unten - ohne starke Verbindung - vorantreiben (»Sanduhrgesellschaft«). Ob eventuell eine politisch induzierte stärkere Top-down-Schichtung (»Amerikanisierung«) eine wirkliche Abhilfe schafft, ist fraglich.
Siebtens: Die seit längerem stattfindende, schleichende Erosion im Repräsentativsystem (Entmischung von fordistischen Normalsubjektivitäten) wird eine Neuzuordnung im Rechts/Links-Schema hervorrufen. Dabei werden Bedeutungsgehalte verschoben, entwertet oder neu geschaffen, die politische Neuorientierungen erfordern - vielleicht gemessen an einer imaginierten postfordistischen Achse des Grades an Zeitsouveräntität. Der Konservatismus wird eine neue Form erhalten, Linksradikale werden anders reden und schreiben, die klassische Sozialdemokratie ist jetzt schon tot - und auch die Linke des 21. Jahrhundert wird mit veränderten Werten, Diskursen und Praktiken ihren Neubeginn starten müssen.
Achtens: Diese Neuzusammensetzung des politischen Körpers wird kein ruhiger, reflexiver Prozess sein, sondern bildet einen bebenden Sockel von Praktiken, auf dem sich Akteure stärker an formalen denn an inhaltlichen Aspekten der Politik halten werden müssen - Felder besetzen, Distinktionen wahren, taktische Bündnisse schließen, Raum- und Zeitdimensionen beachten usw. Ein Großteil der inhaltlichen Bedeutungen wird unmittelbar durch diese Bewegungskämpfe bestimmt werden, anstatt dass Inhalte die Kampfformen eindeutig bestimmen.
Neuntens: Mit dem Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaates in den 70er Jahren (Jessop) hat sich entsprechend

den Politikformen auch der Staatstyp verändert. Stärker fragmentiert und selektiv, eher moderierend, kooperativ (Esser) und konsultierend tätig, leitet sich staatliches Handeln weniger daraus ab, Ziele seines eigenen Handelns zu kennen, als vielmehr in den vielen differenzierten Moderationen und Aushandlungsprozessen den Verlauf so weit zu lenken, dass diese nun streitbaren Ergebnisse maßgeblich die Zielvorgaben definieren, die in medialen Prozessen noch massenwirksam gemacht werden müssen. Wissen und Wissensformen sind eher seine Ergebnisse als seine Voraussetzungen.
Zehntens: Damit wird aber auch das Wissen um die Zugänge zu politischen Arenen wichtiger, ja entscheidend. Sprechkorridore, personal connections, Seilschaften und andere »Steigleitungen« bestimmen mit hoher Treffsicherheit das, was nach »unten« als politische Selektion wahrgenommen wird, in umgekehrter Perspektive für politisch handlungsrelevant gilt. So gesehen gehört Selektion im Vorfeld bereits schon zur vielgerühmten Wissensgesellschaft, die keineswegs an sich demokratisch ist.

Re-Formierung von Links

Den Sozialdemokraten oder gar den derzeitigen Grünen »Verrat« vorzuwerfen, würde lediglich unsere eigene Subalternität bescheinigen. Sie sind beide das Ergebnis ihres eigenen Politikverständnisses, wie es sich unter konservativer Herrschaft herausgebildet, verändert hat - was viele nicht daran gehindert hat, sie dennoch zu wählen. Kohl ist zwar weg, der Kampf geht dennoch weiter! Die Ergebnisse sind mager, aber die Stimmung ist gut. Dieser kulturelle Aufbruch könnte in eine gesellschaftliche Praxis auf breiter Basis überführt werden, der die vorhandenen Kräfte der Linken jenseits aller Differenzen neu bündelt. Wenn ich das recht sehe, bedeutet das derzeit vor allem zweierlei:
Erstens sollten geeignete Formen gefunden werden, innerlinke Berührungsängste zurückzudrängen und in eine offene und öffentliche Diskussion um eine Re-Formierung von Links einzutreten. Dabei könnten sowohl überkommene geronnene Erfahrungen aus diesem Jahrhundert zusammen mit Erfahrungen Jüngerer in neue zukunftsträchtigere Themen und Fragestellungen transformiert werden und einer breiten Debatte zugeführt werden - z.B. auch die seit 68 diskutierte Frage der Organisations- bzw. Parteiform. Möglicherweise stellen sich zweckgebundene, partielle und strategisch gut eingesetzte Bündnisse in bestimmten Fragen als geeignetere Organisationsformen heraus, ansonsten genügt ein eher lockeres Netzwerk mit gut organisierten Informationsflüssen. Jedenfalls sollte die gemachte politische Praxis durchaus ausgewertet und verarbeitet werden können.
Zweitens und parallel dazu sollte die neue Regierungspolitik einer kritischen und laufenden Beobachtung unterzogen werden sowie entsprechende Vorstöße in Richtung einer Einmischung versucht werden. Ziel ist die punktuelle Ausarbeitung von linken Alternativen in der Politik, die nichtsdestoweniger eine Umsetzungschance haben. So könnte die Re-Formierung in eine theoretisch fundierte und praktisch wirksame Linke gelingen, die sich offensiv den Aufgaben in Richtung einer Überwindung kapitalistischer Formen der Vergesellschaftung stellt.
Insgesamt muß das nicht als Doppelherausforderung aufgefasst werden. Organisationsfragen, theoretische Debatten und Erfahrungswissen gehören eng zusammen, bedürfen jedoch besonderer Betreuung, weil sie allzu schnell auseinander klaffen und eine geeignete Dialektik in diesen Fragen not tut.
Solange der zur Zeit auszuhandelnde Koalitionsvertrag noch nicht vorliegt, kann eine genauere Ausrichtung an den inhaltlichen Festlegungen nicht vollends gelingen. Gleichwohl scheinen mir solche zugegeben noch ziemlich abstrakten Überlegungen wichtig, weil so Umrisse einer politischen Praxis einer Linken nach Kohl sichtbar werden. Unser Jahrhundert hat drei Typen des Kapitalismus erlebt und ins Geschichtsbuch verwiesen: den sowjetischen Staatskapitalismus, den Faschismus der Nazis und das sozialdemokratische Modell des New Deal oder des Fordismus. Der Übergang zum 21. Jahrhundert zeichnet sich dadurch aus, dass der utopische Vorrat verbraucht scheint - sowohl auf der Seite der Herrschenden als auch der Subalternen. In unsicheren Zeiten scheint uns das Hemd der Gewohnheit näher als der Rock des Wagnis. Das ist auch der Nährboden für konservatives bis reaktionäres Denken. »Sicherheit statt Risiko« war denn auch das ultimative Motto der Kohl-Mannschaft, wie wird es das Duo Schröder-Fischer formulieren? Von Geschlossenheit ist jetzt schon ausreichend die Rede. Guiseppe Tomasi di Lampedusa hatte in seinem Roman »Der Leopard« den Niedergang seiner aristokratischen Familie in Sizilien verarbeitet und brachte dort das Prinzip des aufkommenden Kapitalismus auf den Punkt: »Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, müssen wir alles ändern.« Damals noch aus einer fremdbestimmten Situation geschrieben, ist es heute zu dem Movens kapitalistischer Kräfte geworden - »Akkumuliert!« Okay, wir haben begriffen, dass ihr die Welt verändert, einschließlich uns selbst. Aber wir stimmen mit der Art und Weise nicht überein, vor allem nicht mit den naturwüchsigen Ergebnissen. Längst ist die soziale Frage in eine sozialökologische Fragestellung aufgegangen. Unser privilegiertes Entwicklungsmodell im Nordwesten des Globus - sofern es noch funktioniert - ist nicht nur ein ungerechtes, exklusives Modell, es ist ohne existenzielle Schädigungen auf Dauer auch nicht zu halten. Antikapitalistischer Kampf hatte einmal viel mit dicken Zigarren und Zylinderhüten zu tun und basierte noch stark auf der Feindschaft gegen die »bösen anderen«, Revolution und Reform waren unterschiedliche Tempi auf einem einzigen universellen Entwicklungspfad. Heute steht dieser Entwicklungspfad selber zur Disposition. »Weiter so!« sagen die einen, und was sagen wir? Wir sollten begreifen, das Erreichte zu sichern, es auszubauen, unsere Kräfte zu bündeln. Es wird um einen grundlegend anderen, alternativen Entwicklungskorridor gehen, wenn wir eine sozialökologische, eine nachhaltige Entwicklung wollen. Ob eine solche innerhalb des Kapitalismus möglich ist, wird sich herausstellen, erscheint eher unwahrscheinlich. Lampedusas Motto sollte jedenfalls umformuliert werden: »Wenn wir eine globale nachhaltige Entwicklung wollen, dann müssen wir zwar noch vieles verändern, vor allem aber die Art der gesellschaftlichen Veränderung selbst.« Wenn schon Kabarettisten nach dem Regierungswechsel umlernen müssen, warum sollte das eine re-formierte Linke nicht auch können.

Hans-Peter Krebs ist Philosoph und promoviert am FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/Main.

Warum gibt es nie Pudding?

Postsozialismus für Vierjährige, Teil I

CHRISTOPH SPEHR

Lieber Kegel!

Jetzt, wo du deine Schuhe selber zubinden kannst, bist du endlich reif genug für die Antwort auf eine der großen Fragen des Lebens:

Warum, verdammt nochmal, gibt es eigentlich nie Pudding?

Früher mal, als deine Uroma und dein Uropa noch zur Kindergruppe gingen, schien das alles ganz einfach. Die KindergärtnerInnen waren uralt, hatten Haare auf den Zähnen und konnten Kinder nicht leiden. Klar, daß es nie Pudding gab - die KindergärtnerInnen aßen allen selber auf. Für Kinder ist der viel zu schade, sagten sie, die können nicht mal richtig schmecken. Die Kinder durften bloß schuften in der Küche, gegessen haben die KindergärtnerInnen. Und keiner konnte ihnen was: Wenn die Kinder sich beschwerten, oder versuchten sich selber Pudding aus der Küche zu holen, fraßen die KindergärtnerInnen sie gleich mit. Kinder, sagten sie achselzuckend, pff!

Kinder wollen aber immer Pudding. Deshalb dachten sie darüber nach, was zu tun sei. Einige schlaue Kinder sagten, es liegt alles daran, daß die Kinder sich die Kindergärtnerin nicht aussuchen können. Wenn die Kinder ihre Kindergärtnerin selber aussuchen, dann bekommen sie auch Pudding. Das nennt man Demokratie. Andere schlaue Kinder sagten, es liegt alles daran, daß den KindergärtnerInnen die Küche gehört. Wenn den Kindern die Küche selber gehört, können sie sich auch Pudding kochen. Das nennt man Sozialismus. Demokratie oder Sozialismus, das war ein bißchen Geschmackssache, wie beim Pudding.

Die Kinder bissen daraufhin ihre KindergärtnerInnen in die Waden, fraßen ihnen die Handtaschen auf, legten sich auf den Boden und schrien, solange bis die KindergärtnerInnen entnervt das Weite suchten. Kinder zusammen sind ziemlich stark. Das nennt man Revolution. Einige KindergärtnerInnen hörten von dem, was ihren KollegInnen passiert war. Sie boten ihren Kindern an, sich von ihnen wählen zu lassen, dann hätten sie doch auch Demokratie. Oder sie gaben ihnen kleine Zettelchen und sagten: Hier, da steht drauf, daß dir jetzt ein Stückchen Küche gehört, das ist doch auch Sozialismus. Schlaue KindergärtnerInnen! Einige Kinder gingen darauf ein, weil sie es sich ersparen wollten, in die haarigen Waden ihrer Kindergärtnerin beißen zu müssen. Das nennt man Reformismus.

Jetzt hätte es eigentlich Pudding geben können. Was, hätte, es mußte Pudding geben! Komischerweise gab es aber keinen. Nicht so richtig.

Sozialistischer Pudding, demokratischer Pudding

Vielleicht sind deine Großeltern noch in eine sozialistische Kindergruppe gegangen. Dann können sie dir sicher erzählen, daß es da auch nie Pudding gab. Die Kinder durften ihre Kindergärtnerin zwar mit du anreden, aber davon kam kein Pudding. Was brauchst du Pudding, sagten die KindergärtnerInnen, die Kinder in Vietnam brauchen auch keinen! Heute, wo es Kinderfernsehen gibt, klappt das natürlich nicht mehr, weil man da sehen kann, daß die Kinder in Vietnam auch gerne Pudding essen würden, wenn sie könnten, aber damals klappte das. Den Kindern gehörte zwar der Kindergarten, aber Puddingpulver wurde keins gekauft. Immer war was anderes wichtiger: der Kindergarten mußte neu gestrichen werden, für die Küche mußten neue Maschinen angeschafft werden, und man schickte kleine Fernlenkautos in den Garten, um nachzusehen, ob es dort vielleicht Pudding gäbe. Die Kinder arbeiteten hart, weil ihnen ja alles selber gehörte, und die KindergärtnerInnen wurden grau und rund vor lauter Sorge und Verantwortung. Wahrscheinlich aßen sie heimlich Pudding, wegen der vielen Verantwortung. Es gab sogar Kindergruppen, wo Kinder, die öffentlich übers Puddingessen nachgedacht hatten, sich vor der Gruppe für ihre schlechten Gedanken entschuldigen mußten, wo doch die Kinder in Vietnam ... Das nennt man Maoismus, aber das gibt's heute auch nicht mehr.

Meine Eltern sind in einen demokratischen Kindergarten gegangen. Da war Puddingessen nicht direkt verboten. Bloß Pudding mußte man haben. Die dicken Kinder aßen dicken Pudding, die anderen packten ihre Mohrrübe aus. Das muß auch so sein, hieß es, Pudding ist ein Menschenrecht, das darf man den dicken Kindern nicht wegnehmen. Die müssen sogar aus der Kindergartenküche noch was dazukriegen. Die dicken Kinder sind nämlich auch die, die am stärksten den Rührbesen schwingen und den KindergärtnerInnen helfen können, damit es später mal Pudding für alle gibt. Wenn man den dicken Kindern den Pudding wegißt, der sie stark macht, ist es genauso, wie wenn man sich selbst den Pudding wegessen würde, den man in Zukunft mal kriegen wird. Irgendwie zog das. Manche Kinder erpreßten heimlich in Gruppen ein dickes Kind, aßen regelmäßig seinen Pudding und wurden selber dick. Als dicke Kinder wollten und bekamen sie dann auch Pudding aus der Kindergartenküche dazu. Das stabilisierte das System ungemein. Man nennt das Marktwirtschaft.

"Damals wollten wir noch Pudding ..."

Im Laufe der Jahre schliff sich das alles ein bißchen ab. In den sozialistischen Kindergruppen wurde nicht mehr so feindlich über Pudding geredet. Es gab jetzt Speisekarten, und man konnte Pudding bestellen; blöd war nur, daß er meistens gerade ausgegangen war. Wo der Pudding hinging, wenn er ausging, erfuhr man nicht. Die dicken Kinder hatten jetzt plötzlich auch in den sozialistischen Kindergruppen Pudding, weiß der Teufel woher, und am Schluß hielten die KindergärtnerInnen Reden in denen es hieß: "Wir brauchen den Pudding wie die Luft zum Atmen." Das war kurz bevor der ganze Laden geschlossen wurde. Die meisten Kinder sahen jedenfalls weder vorher noch nachher welchen.
In den demokratischen Kindergärten wurde jetzt öffentlich Pudding ausgeteilt. Aber das half auch nicht so viel. Entweder setzten sich die dicken Kinder mit ihren dicken Ellenbogen in der Warteschlange durch, und die anderen bekamen nichts ab. Oder die KindergärtnerInnen prüften, ob die Kinder auch Pudding brauchten. Komischerweise fanden sie immer bei den dünnen Kindern heraus, daß sie nach Pudding riechen würden und ganz bestimmt irgendwo einen heimlichen Sack Pudding hätten, und deshalb würden sie, die KindergärtnerInnen, ihnen, den dünnen Kindern, bestimmt keinen Pudding mehr geben. Im Prinzip schon, aber in diesem Fall eben nicht. Das wäre nämlich Puddingbetrug. Die KindergärtnerInnen führten jetzt Wahlkämpfe gegeneinander. Die einen sagten, "Wir schaffen gerechtere Essensschlangen", und die anderen sagten, "Wir schaffen dickere Kinder", und ganz fiese sagten, "Puddingbetrüger raus!". Aber wenn man nach der Wahl wieder in der Schlange stand, war es eigentlich immer genauso wie vorher.
Zu Zeiten unserer Eltern, also deiner Großeltern, soll es deshalb viel Unruhe gegeben haben in den Kindergärten. Heißt es! Wenn du Oma und Opa mal fragst, werden sie dir sagen, oh ja, wir waren dabei, wir hatten noch Ideale, wir wollten noch Pudding! Aber wenn du ein bißchen genauer nachfragst, war die Unruhe meistens gerade woanders. Aber viel Unruhe soll es gegeben haben, viel Unruhe! Es war eine wirre Zeit. Die Kinder in den sozialistischen Kindergruppen sagten, wir wollen mehr Demokratie, und die Kinder in den demokratischen Kindergärten sagten, wir wollen mehr Sozialismus, und die KindergärtnerInnen tippten sich an die Stirn. Ganz Schlaue hier wie dort sagten, wir wollen demokratische und sozialistische Kindergärten, und die KindergärtnerInnen kugelten sich vor Lachen. Sie waren ja sehr viel freundlicher jetzt, die KindergärtnerInnen, und sie wurden sehr viel vorsichtiger. Aber Pudding rückten sie keinen raus. Nicht für unsereinen, und schon gar nicht zum Essen.

Postsozialismus und Pudding

Die beiden großen Fragen stellten sich also immer noch: Warum gab es nie Pudding, und was mußte man tun, damit es Pudding gab? Warum, weitergefragt, gab es weder in den demokratischen noch in den sozialistischen Kindergärten Pudding? Warum half es nichts, die Küche zu übernehmen oder sich neue KindergärtnerInnen zu wählen? Wiese stimmte es nicht, daß die Entwicklung der Kindergärten im Prinzip zum Pudding hindrängte? Die Kinder standen vor neuen Rätseln. Man nennt das Postsozialismus. Nein, das hat nichts mit der Post zu tun, wo deine Ma die Briefe hinbringt; "post" sagt man immer, wenn einem was weh tut, und man weiß nicht genau wo. Die Kinder dachten angestrengt nach. Na ja - einige Kinder dachten nach. So Kinder wie du, die ihre Schnürsenkel selber binden und viel fragen. Die meisten Kinder aßen halt, was es gab, und wenn die KindergärtnerInnen es so wollten, sagten sie auch "Pudding" dazu. Dumpfkartoffeln eben, so was kennst du ja selber zur genüge. So wie der dicke Andi oder Paula mit der kahlen Puppe, na siehst du, du weißt was ich meine.
Aber manche dachten eben nach, und sie waren voller postsozialistischer Ideen, aber uneiniger als je zuvor. Manche sagten, KindergärtnerInnen wählen oder Küchen übernehmen, das sei alles Quatsch! Die Kinder sollten

NOCH MEHR PUDDINGFRAGEN...
SOIALISTISCHER PUDDING,
DEMOKRATISCHER PUDDING... DAMALS
WOLLTEN WIR NOCH PUDDING...
POSTSOZIALISMUS UND PUDDING...
NOCH MEHR PUDDINGFRAGEN...
SOIALISTISCHER PUDDING,
DEMOKRATISCHER PUDDING... DAMALS
WOLLTEN WIR NOCH PUDDING...
POSTSOZIALISMUS UND PUDDING...
NOCH MEHR PUDDINGFRAGEN...
SOIALISTISCHER PUDDING,
DEMOKRATISCHER PUDDING... DAMALS
WOLLTEN WIR NOCH PUDDING...
POSTSOZIALISMUS UND PUDDING...
NOCH MEHR PUDDINGFRAGEN...
SOIALISTISCHER PUDDING,
DEMOKRATISCHER PUDDING... DAMALS
WOLLTEN WIR NOCH PUDDING...
POSTSOZIALISMUS UND PUDDING...
NOCH MEHR PUDDINGFRAGEN...

heimgehen und es bei ihren Müttern versuchen, da gäbe es eher Pudding. (Das nennt man Subsistenz.) Andere sagten, die Kinder müßten mit den KindergärtnerInnen reden und ihnen beweisen, daß es auch im Interesse des Kindergartens wäre - eines modernen, zufriedeneren, leistungsfähigeren Kindergartens - daß die Kinder Pudding bekämen. (Das nennt man Regulation.) Wieder andere rieten dazu, grundsätzlich die Küchen in die Luft zu sprengen, weil Küchen nie zum Puddingkochen da seien, sondern immer nur dazu, die Kinder am Puddingessen zu hindern. (Das nennt man sozialrevolutionär.) Und wieder andere empfahlen, die Mädchen, die nie Pudding abbekamen, sollten sich mit den ausländischen Kindern verbünden, die keinen Pudding mochten, und mit den Putzfrauen, die hinterher den Boden aufwischen, falls es Pudding gegeben hätte. (Das nennt man Triple Pudding.) Na, du siehst schon, an Ratschlägen war kein Mangel. Manches wurde probiert, vieles scheiterte; die Mehrheit der Kinder hatte aber auch kein großes Vertrauen in diese Ideen.

NOCH MEHR PUDDINGFRAGEN

Trotzdem fingen die Kindergärten ab dieser Zeit an, so auszusehen, wie du sie heute kennst. Die Kinder wurden z.B. ganz doll beteiligt. So wie du: Du bist ja auch Vitaminbeauftragte im Kinderausschuß für gesunde Ernährung, obwohl du eigentlich vor allem Puddingesserin werden wolltest. Oder es passiert das, worüber du dich immer das ganze Wochenende ärgern kannst: daß ihr am Freitag gefragt werdet, Was wollt ihr Montag essen?, und du denkst, au ja, eine Puddingabstimmung, und dann steht irgendein Dödel auf und sagt: Broccoli ist gesund und schmeckt gut!, und alle klatschen, und das war's dann wieder mit dem Pudding.
Aber das schärfste war: Es gab jetzt Pudding! Man konnte ihn sehen! Die KindergärtnerInnen und die dicken Kinder aus den verschiedensten Kindergärten arbeiteten jetzt ganz viel zusammen, und neben vielen Dingen, von denen man nicht versteht, wozu sie gut sein sollen, kochen sie auch Pudding zusammen. Den stellen sie dann auf Wanderausstellungen aus und sagen: Diesen Pudding bekommt der Kindergarten, der am wenigsten davon isst! Das nennt man Standortpolitik. Und dann schreien alle: Gebt ihn uns, wir essen gar nichts und frieren ihn bloß ein! Und du stehst vor einem Kühlschrank voll mit gefrorenem Pudding, an den du nicht rankommst, und kannst dir sagen, au fein, wir sind ein reicher Kindergarten.
Deshalb begannen die Kinder, die Fragen stellen, jetzt andere Fragen zu stellen. Wieso half es nichts, die Kinder abstimmen zu lassen? Wieso kriegten die KindergärtnerInnen immer das dabei raus, was sie wollten? Wieso geht es dir selber so, daß du im Gesunde-Ernährung-Ausschuß manchmal selber schon fast ein Ekelgefühl gegenüber Pudding spürst, wenn du lange genug zugehört hast? Und was sollte man mit den neuen, großen Puddingküchen und überregionalen KindergärtnerInnen-UndDickeKinderVersammlungen tun, die man schier gar nicht zu sehen bekam? Immer noch war guter Rat teuer, und die Kinder dachten weiter nach, aber weniger jetzt über Küchen und KindergärtnerInnen, sondern auch über Kinder und sich selber. Es waren auch immer mehr Kinder von immer weiter her, die mitredeten, was die Sache zwar interessanter, aber noch verwirrender machte. Weil man immer noch nicht genau weiß, wo es wehtut, nennt man das auch Postsozialismus.
Die einen sagten, hört euch mal die Lieder an, die sie uns singen lassen! "Brav und Brot, macht Wangen rot"; ist doch völlig klar, daß da gar niemand an Pudding denkt. (Das nennt man Poplinke.) Welche von den Mädchen sagten, diese feisten Jungs, die sie immer auf die Packung malen, ist doch klar, daß Mädchen sich da vor Pudding ekeln. (Das nennt man Dekonstruktion.) Welche aus den weiter entfernten Kindergärten sagten, daß wir immer bloß Schokopudding und nie Vanillepudding kriegen sollen, weil das unserer Kultur entspricht, haha, das ist doch die Höhe! (Das nennt man Postkolonialismus.) Andere von den Mädchen sagten, Mädchen müssen sich mit Mädchen zusammenschließen und sonst mit gar niemandem, wenn sie den ganzen Mist aus dem Kopf kriegen wollen, der über Pudding erzählt wird. (Das nennt man Affidamento, weil es italienische Mädchen waren, die das sagten.) Und wieder andere sagten, daß wir hier Pudding wollen, heißt doch bloß, daß wir dicke Kinder werden wollen und es weiter andere Kinder geben soll, die in den großen Puddingküchen schuften und nicht essen. Deshalb müssen wir unseren eigenen Kindergarten kaputtmachen statt Pudding zu fordern. (Das nennt man Antinationalismus, und die anderen Kinder zogen lange Gesichter darüber, denn deshalb waren sie eigentlich nicht zusammengekommen.)

KOMMT AUS MEXICO VIELLEICHT PUDDING?

In der Folge bildeten sich viele kleine Grüppchen, und alle redeten durcheinander. Statt mit Pudding kam man mit Kopfschmerzen aus dem Kindergarten heim. Die KindergärtnerInnen hatten eine tolle Zeit. Sie konnten die Füße auf den Tisch legen, zuschauen und Pudding essen. Ab und an warfen sie ein paar Stichworte ein: "Aber Harry hat gesagt ..." oder "Aber denk doch mal an Amina!", und schon ging es auf dem Teppich wieder rund, und sie konnten sich derweil einen neuen Pudding aus dem Kühlschrank holen.
Deshalb gibt es heute keinen Pudding, obwohl wir so viel drüber wissen, und deshalb versuchen heute einige Kinder, wieder was gemeinsames zu machen. Sie sagen, okay, wir werden vielleicht nie wieder eine einige Gruppe

von Wadenbeißern, aber wir sollten wenigstens sowas wie gemeinsame Pudding-Parties bilden, sonst wird das nie was. Also im Moment gibt es vier solcher neuen Pudding-Parties, manche sind ein bißchen enger, manche ein bißchen schwammiger, aber so sieht's aus im Postsozialismus.
Da gibt es die Kinder, die sagen, laßt uns erstmal wieder einen gemeinsamen Feind finden. Den nennen wir Neoliberalismus, und weil sich jede und jeder drunter vorstellen darf, was er oder sie mag, können wir uns trotzdem einig sein, quer durch alle Kindergärten. Nur aus den Ausschüssen für gesunde Ernährung und dem ganzen Quatsch müssen wir raus, und stattdessen sowas wie eigene Kindergärten im Kindergarten aufbauen, wo wir wieder selber lernen herumzubrauen, und den Pudding aus den großen neuen Küchen nehmen wir nicht mehr. Man nennt das Zapatismus. Das sind nette Leute (aber der gute Pudding von Dr.Oetker ist halt auch was Feines).
Auf der anderen Seite gibt es die Kinder, die sagen, es gibt gar nicht genug Ausschüsse, wir müssen selber noch welche gründen! Auch wenn wir nicht genau wissen, wo es hingehen soll, durch immer mehr Ausschüsse werden wir den KindergärtnerInnen immer mehr Steine in den Weg legen. Wir wollen zwar alle was verschiedenes, aber einig können wir darin sein, daß alle über alles mitreden und mitentscheiden sollen. Ausschüsse, das ist die moderne Form des Wadenbeißens! Man nennt das Postmarxismus (einige sagen auch "radikaler Reformismus" dazu). Die sagen auch, bevor wir Pudding erkämpfen können, müssen wir erst eine allgemeine Stimmung für Pudding erkämpfen (was richtig bemerkt ist, aber der Pudding ist dann oft schon ganz kalt).
Die dritte Pudding-Party ist die, die sich als eine Art "Club der Verlierer" sieht. (Das kennst du, stimmt's? Steven King, "Es"!) Alle Kinder sollten sich zusammenschließen, die nicht sind wie die dicken Kinder. Weil z.B. Mädchen sind, Türken, oder Plattfüße haben. Gemeinsam müßten sie die ganzen Bilderbücher durchforsten und alle Seiten herausreißen, wo von glücklichen, dicken Kindern die Rede ist, und in der Essensschlange gelten strenge Quoten. Man nennt das Regenbogen-Koalitionen. Manchmal sind die bißchen verbiestert; wenn man z.B. nicht mal mehr "Das ist ja fett!" sagen darf, weil das an die dicken Kinder erinnert und so. Und deine Freundin hat natürlich recht, daß in ihrem Multikulti-Kindergärten, wo die Kinder ganz friedlich, verschieden und respektvoll miteinander umgehen, das Essen besonders beschissen ist. Weil im Essen weder Schweinefleisch (wegen den Muslimen), noch Zucker (wegen den Diabetikern), noch Obst (wegen den Allergikern), noch Erbsen (wegen Heiner, der kriegt Blähungen) drin sein dürfen.
Na und schließlich gibt es noch den sogenannen Neosozialismus. Sozialismus, sagst du, das hatten wir doch schon mal? Ja, richtig, aber eben "neo". Auch nicht "post", sondern "neo". Denn die sagen, wir haben zwar sehr verschiedene Probleme und wollen sehr verschiedene Puddings, aber wir haben es mit den selben KindergärtnerInnen zu tun, und die können gut miteinander. Und daß wir in unserem kleinen Kindergarten die KindergärtnerInnen wählen und oft sogar in der Küche was zu sagen haben, das ist doch bloß Spielzeug. In den Großküchen müssen wir was zu sagen haben, und die Großen KindergärtnerInnen wählen, sonst wird das nichts. Also versuchen sie entweder die Kinder in den Großküchen zu organisieren (was schwierig ist, weil die das nicht dürfen und keiner auf sie hört), oder sagen, laßt uns erstmal bei uns Kindergärtnerin werden, und dann rücken wir auch den Großen KindergärtnerInnen zu Leibe (was aber zu Mißtrauen Anlaß gibt).
Mehr Pudding gibt es bislang noch nicht, aber durch die großen Pudding-Parties ist das Gebalge auf dem Teppich schon etwas übersichtlicher geworden, und so ...
Du meine Güte, sagst du, das ist ja schrecklich! So viele Fragen? So viel Streß? So ein Durcheinander? Vielleicht will ich heute lieber noch keinen Pudding.
Siehst du, genau das ist es. Deshalb gibt es eben immer noch keinen.

Begleitende Literatur für Erwachsene:
Arif Dirlik: The Postcolonial Aura. Third World Criticism in the Age of Global Capitalism, Boulder/Col. 1997.
Gustavo Esteva: Der Zapatismus als Aufstand der Gesellschaft, in: Mittelstädt/Schulenburg, Der Wind der Veränderung, Hamburg 1997.
Stuart Hall: Einige "politisch nicht korrekte" Pfade durch PC, Argument 213, 1996.
Glen Jordan/Chris Weedon: Cultural Politics. Class, Gender, Race and the Postmodern World. Oxford 1995.
Ernest Laclau/Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991.
und aus der alaska natürlich der Elchtest (Nr. 217).

EXPO NO

– DENN DIE WELT SIEHT ANDERS AUS!

EXPO-NO-SERIE-TEIL-3

TIPP-EX

Im Jahr 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Als die Idee dazu Ende der 80er Jahre vorgestellt wurde, standen noch die lokalen Kapitalinteressen der hannoverschen »Deutsche Messe AG« im Vordergrund. Das Projekt sollte ein immenses Wirtschaftsförderungsprogramm werden, das der Messe AG in kürzester Zeit den Ausbau und die Modernisierung ihres Messegeländes und der Verkehrsinfrastruktur bringen sollte, um im Konkurrenzkampf der Messestandorte weiter eine der ersten Geigen spielen zu können. Ein Konzept, das sich nicht nur auf das Messegelände selbst beschränkte, sondern in Hannover immer wieder Motor und Argument war, um die gewünschte Stadtumstrukturierung im Sinne der derzeit überall dominierenden Standortlogik zu forcieren. Heute ist die EXPO weit mehr als eine der üblichen Großveranstaltungen: Wir sehen in der EXPO 2000 eine groß angelegte Propagandashow zur Durchsetzung der Zukunftsentwürfe der Herrschenden, die nicht nur uns rund um Hannover angeht, sondern alle, die sich mit der bestehenden Weltordnung immer noch nicht abfinden wollen und Widerstand dagegen leisten.

Als offenes Anti-EXPO-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf wollen wir nun mit diesem Papier unsere Einschätzungen zur EXPO zur Diskussion stellen und andere auffordern, sich an der Neuformierung des Widerstands gegen dieses Projekt zu beteiligen.

Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 präsentieren sich Regierungen von mehr als 170 Staaten in sog. »Länderpavillons«, Großunternehmen zum Teil ebenfalls mit eigenen Pavillons sowie internationale Organisationen (EU, UNO, Rotes Kreuz, ...). Veranstalterin der EXPO 2000 ist die Bundesregierung, Vorbereitung und Durchführung wurde an die eigens gegründete EXPO 2000 GmbH übertragen. Auf fünf der zehn Sessel im Aufsichtsrat der EXPO GmbH sitzen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die restlichen fünf teilen sich Vertreter der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und ein Gewerkschaftsfunktionär. Unter dem Motto »Mensch–Natur–Technik« soll den erwarteten 20 Millionen BesucherInnen v. a. in einem sogenannten Themenpark »Lust auf Zukunft« gemacht werden. Über Hannover hinaus sollen die EXPO-Inhalte erstmals auch durch sog. »Dezentrale Projekte« in Niedersachsen, der BRD und weltweit verbreitet werden. Die damit einbezogenen Projekte haben sich – wie alle anderen EXPO-Beiträge auch – an der Nachhaltigkeitskonzeption der Agenda 21 zu orientieren und sollen für eine breite Akzeptanz und einen zusätzlichen grünen Anstrich der Großveranstaltung sorgen. Angesprochen werden sollen durch die EXPO vor allem Kinder und Jugendliche, die für die Problemsicht der Herrschenden und die präsentierte Technik gewonnen werden sollen.

Tatsächlich ist die EXPO 2000, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der »industriellen Revolution« und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Bei Weltausstellungen geht es darum, Fortschrittsglauben zu verbreiten und Identifikation mit dem Kulturverständnis der Mächtigen zu festigen. Früh in der Geschichte der EXPOs wurde von den MacherInnen erkannt, daß die Präsentation technischer Neuerungen allein nicht ausreicht, sondern zur Akzeptanzschaffung ideologisch untermauert werden muß. Ein recht passendes Beispiel dafür ist das Motto der Weltausstellung in Brüssel 1958, »Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt«. Mit dem Wahrzeichen des Atomiums wurde damals für die »friedliche« Nutzung der Atomenergie geworben, so wie heute in Hannover unter dem Vorzeichen der Agenda 21 für die Gentechnologie geworben wird. So kann es kaum verwundern, daß als Wahrzeichen der EXPO 2000 eine riesige Darstellung des menschlichen DNS-Strangs in der Diskussion war.

Inhalte der EXPO 2000

Die EXPO hat sich nichts geringeres vorgenommen, als »Lösungen« für die »globalen Probleme« wie Armut, Hunger und Umweltzerstörung zu präsentieren: »Die EXPO 2000 [...] soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung fin-

den können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden.« (EXPO GmbH 1995) Probleme, Wege und Lösungen sollen vor allem im Themenpark präsentiert werden, der in die Themenschwerpunkte »Der Mensch«, »Umwelt: Landschaft, Klima«, »Basic Human Needs«, »Die Ernährung«, »Die Gesundheit«, »Die Energie«, »Die Mobilität«, »Die Zukunft der Arbeit«, »Wissen: Informationen, Kommunikation«, »Die Zukunft der Vergangenheit« und »Das 21. Jahrhundert« untergliedert ist. Die Konzeptionen hierfür wurden von LobbyistInnen vor allem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Mit allen Bereichen soll dieselbe Botschaft transportiert werden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus; nur durch »Globalisierung«, »Liberalisierung« und »freien Welthandel« ließen sich die Probleme der Welt lösen. Die alle Widersprüche glättende Strategie, um diese Botschaft durchzusetzen, heißt »Nachhaltige Entwicklung«.

Alleskleber »Nachhaltige Entwicklung«

Zentrales Werk der »Nachhaltigen Entwicklung« ist die Agenda 21. Diese haben die EXPO-MacherInnen – händeringend auf der Suche nach Inhalten, die diese Mammutschau rechtfertigen – erst relativ spät, nämlich 1994, für sich entdeckt. Die Agenda 21 ist das »Aktionsprogramm«, das als Ergebnis der UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 beschlossen wurde.

»Nachhaltige Entwicklung« wird in diesem UN-Bericht als Entwicklung definiert, »die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.« Das Konzept behauptet, es wäre möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu erreichen – selbstverständlich unter Beibehaltung bzw. durch die Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Tatsächlich ist Nachhaltige Entwicklung ein von oben betriebenes Programm zur Modernisierung der Herrschaftsverhältnisse.

»Alle in einem Boot«

In den Konzepten zur »Nachhaltigen Entwicklung«, die von der EXPO übernommen werden, sind Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Es wird ein Weltbild frei von Interessensgegensätzen konstruiert. Die Botschaft lautet: Wir sitzen alle in einem Boot. Über diese Strategie und aufgebauten moralischen Druck werden KritikerInnen zur Mitarbeit am kapitalistischen Weltrettungskonzept, zu dem es keine Alternative gäbe, genötigt: Eine »Ethik globaler Verantwortung« zwinge uns alle an die Bootsriemen und zum Rudern in die eine Richtung. Verantwortlich für die Probleme seien irgendwie »wir alle«, und wer sich weigere mitzurudern, mache sich schuldig am Weltuntergang.

Nach dieser Logik können die Ursachen für Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung auch nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt liegen. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der EXPO GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der »Bevölkerungsexplosion« in den armen Ländern des Südens bemüht. Da offensichtlich repressive Bevölkerungskontrollmaßnahmen zunehmend am Widerstand betroffener Frauen scheitern, werden Kontrollmaßnahmen heute subtiler unter dem Stichwort »Empowerment«, d. h. als (scheinbare) Stärkung der Rolle der Frauen verkauft: Die Experten wollen Frauen den Zugang zu Bildung und Erwerbsquellen v. a. deshalb verschaffen, weil Bildung und Wohlstand – nach westlichem Vorbild – die »Geburtenraten« senkten. Die Mittel werden modernisiert, der technokratische Zugriff, der Menschen nur als Zahlen wahrnimmt, bleibt der gleiche.

Das gesamte Konzept »Nachhaltige Entwicklung« ist geprägt von solchen patriarchalen Rollenzuschreibungen: Männer entwerfen Weltrettungspläne, definieren sich als Experten, die die Lage dank modernster Technologien weltweit »im Griff« haben und den technologischen Zugriff auf die Welt per »Effizienzrevolution« optimieren. Frauen haben zu funktionieren: indem sie im Norden artig den von Männern ersonnenen Müll sortieren, damit die kostbaren Ressourcen nicht im privaten Konsum verschwendet werden, sondern der Industrie zur profitableren Ausbeutung zur Verfügung stehen, und indem sie im Trikont dafür sorgen, daß das zum zentralen Problem

bestimmte »Bevölkerungswachstum« ein Ende habe.

»Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit«

Im übrigen lägen die Probleme daran, daß die angeblich zu vielen Menschen in den »Entwicklungsländern« mit veralteter, »nicht nachhaltiger« Technologie wirtschafteten. Hier setzt der Norden mit seiner vermeintlichen Lösungskompetenz an. Westliche Industrienationen und Multinationale Konzerne entdecken ihre »internationale Verantwortung«, belehren den »unvernünftigen« Süden – und mehren durch »Technologietransfer« ihre Profite. Bio- und Gentechnologie sei notwendig, um die Nahrungsmittelerzeugung sicherzustellen, Atomtechnik sei erforderlich, um den wachsenden Energiebedarf zu decken und die »Klimakatastrophe« zu verhindern, und die Informations- und Kommunikationstechnologien werden als einzige Mittel dargestellt, um die angeblich »zunehmende Komplexität der Probleme« bewältigen zu können.

Dementsprechend und um ihren weltweiten Führungsanspruch zu unterstreichen, will die deutsche Wirtschaft auf der EXPO um Technikakzeptanz werben. So sollten an der EXPO beteiligte Firmen
»1. Problembewußtsein, z. B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch
2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß
3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit
4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.
Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden.« (EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft 1995).

Diese Aussage verdeutlicht beispielhaft den strategischen Umgang der Mächtigen mit dem Konzept der »Nachhaltigen Entwicklung«: Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die »Schwelle zum 3. Jahrtausend« zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit auf einer Weltausstellung geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die – wohlgemerkt selbst definierten – Probleme gleich mit? Ziel dieser ganzen Bemühungen bleibt jedoch nach wie vor, die Profite zu maximieren und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch die scheinbare Integration aller Widersprüche zu stabilisieren.

»Vision: Weltfrieden durch Welthandel«

Auch weiterhin wollen sich die Industrienationen und international operierenden Konzerne den ungehinderten Zugriff auf Menschen und Umweltressourcen sichern. Von den Ländern im Trikont und den ehemaligen »sozialistischen« Staaten wird die Bereitschaft verlangt, sich den Weltmarktstrukturen zu unterwerfen. Versprochen wird ihnen, am Wohlstand und »Entwicklungs«vorsprung des Nordens teilhaben zu können. Westliches Kultur- und Demokratieverständnis wird zum Maßstab und zur Bedingung für das Existenzrecht.

»Globalisierung« und »Liberalisierung des Welthandels« sollen angeblich dazu führen, daß »immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben« können. Die EXPO-MacherInnen verbreiten diese Ideologie über die Formel »Weltfrieden durch Welthandel« (EXPO GmbH 1997). Dem Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip soll weltweit mit Nachdruck bis in die letzten geographischen und gesellschaftlichen Bereiche zur Durchsetzung verholfen werden. Die neoliberale »Modernisierung« des Kapitalismus wird angepriesen als Lösung der (durch den Kapitalismus verursachten) Probleme.

Entgegen dieser Darstellung nehmen die Gegensätze zwischen Arm und Reich immer dramatischere Formen an. Die Ausbeutungsstrukturen, die im Kolonialismus begründet wurden, haben weiterhin Bestand und bilden die Grundlage der weltweiten Ungleichheiten. Auf Basis dieser Ungleichheit kommt jeder Region – gemäß ihrem »Standortprofil« – eine Funktion innerhalb der weltweiten Arbeitsteilung zu. Die kapitalistische Systematik wird immer eine (abhängige) Peripherie benötigen, die Rohstoffe und billige Arbeitskraft liefert.

"Gelebte Menschlichkeit"

Die verstärkte Durchsetzung des Konkurrenzprinzips und die sich daraus ergebende »Standortlogik« hat veränderte Formen der staatlichen Politik auch in den Metropolen zur Folge: An die Stelle des Befriedungsinstruments »Sozialstaat« tritt zunehmend der »Repressionsstaat«. Um Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird die Entsolidarisierung der Menschen nach rassistischem Muster weiter vorangetrieben. Durch die Sortierung der Menschen nach Verwertungskriterien, d. h. den gezielten Ausschluß bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wächst die Angst vor der eigenen Ausgrenzung und damit die Bereitschaft, sich mit dem bestehenden System zu identifizieren und nach seinen Regeln zu funktionieren.

Dabei geht es nicht mehr nur um einen Rassismus, der sich auf Hautfarbe und Paß beruft, sondern zunehmend um einen »Leistungsrassismus«, dessen Grundlage Arbeitswilligkeit und Unterwürfigkeit sind. Ein Ergebnis ist, daß nun nicht mehr nur »Ausländer« als Schuldige ausgemacht werden, sondern verstärkt arme Menschen und jene, die sich nicht kapitalistisch verwerten lassen wollen oder können, als Bedrohung aufgebaut werden. Die »Russen «, »Polen «, oder sonstwie »Mafia«, Flüchtlinge, die kriminalisiert werden, oder all jene, die sich angeblich der Leistung für den »Standort« verweigern, werden als »ordnungszersetzende Elemente« gebrandmarkt; entsprechend hart wird gegen sie polizeilich vorgegangen.

Auf der EXPO will sich die BRD als Gastgeberin dagegen multikulturell, verantwortungsbewußt und richtungsweisend präsentieren: »Bei der EXPO 2000 können wir zeigen, wie wir sind – weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität«

(Helmut Kohl 1997) – im Gegensatz zur ihrer rassistischen MigrantInnenpolitik und der Politik der »Inneren Sicherheit«. Durch die EXPO wird in Hannover forciert, was in allen größeren Städten vorangetrieben wird: Menschen werden zu »Randgruppen« stigmatisiert, kriminalisiert und aus den Konsumzonen der Reichen vertrieben – häufig mit dem Argument der bevorstehenden EXPO.

»Das Bild der Deutschen im Ausland«

Bedeutung hat die EXPO 2000 auch als nationales Großprojekt: »Das Bild der Deutschen im Ausland wird mit der EXPO 2000 vielfach neu bestimmt. [...] Deutschland kann mit der EXPO 2000 einmal mehr beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist und sich zu einer lebendigen Demokratie gewandelt hat. Und zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, bei der so viele Mitglieder der Völkergemeinschaft Hilfe geleistet haben, können wir die Gelegenheit nutzen, 'Danke' zu sagen – und zeigen, was wir daraus gemacht haben: aus der Chance, miteinander neu zu beginnen.« (EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel 1996).

Die BRD-Regierung will das »weltoffene und fröhliche Fest« EXPO 2000 nutzen, um 10 Jahre »Wiedervereinigung« abzufeiern und die NS-Vergangenheit endgültig als abgeschlossenes Kapitel der Geschichte zu besiegeln. Im Kampf um Märkte und Ressourcen will die BRD weg vom Image des bedrohlichen Großdeutschland. Solchermaßen von der Bürde der Nazi-Vergangenheit befreit, hat die BRD keine Skrupel mehr, ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen. Auch diese nationalistischen, geschichtsrevisionistischen und imperialistischen Aspekte der EXPO 2000 machen unserer Meinung nach Widerstand gegen dieses Projekt erforderlich.

EXPO demaskieren ...

Die EXPO ist nicht »verantwortlich« für die beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung. Die EXPO hat lediglich die Funktion, für diese »neue Weltordnung« zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt – einen Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.

Um 1992 – anläßlich einer »Bürgerbefragung« zur EXPO – hatte der Schwerpunkt des Widerstands zwischenzeitlich vor allem auf der Auseinandersetzung mit den lokalen Folgen der EXPO gelegen, mit dem Ziel, v. a. in Hannover zur Verhinderung der EXPO zu mobilisieren. Heute liegt unser Schwerpunkt jedoch wieder darauf, die EXPO 2000 – in Anlehnung an eine Parole des Widerstandes gegen die EXPO '92 in Sevilla – zu »demaskieren«, ihre Herrschaftsfunktion deutlich zu machen und zu kritisieren.

Die EXPO versucht mit ihrem »Weltrettungsanspruch« und ihrer »Nachhaltigkeit« sehr viele Menschen einzubeziehen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Umwelt- und Internationalismusgruppen. Demaskieren der EXPO heißt dementsprechend, diese Vereinnahmung deutlich zu machen und eine Ablehnung der EXPO ohne »wenn« und »aber« einzufordern. Hierzu reicht es unserer Meinung jedoch nicht aus, lediglich die Herrschaftskonzepte zu entlarven. Wir müssen vielmehr auf die Fähigkeit zur politischen Interventionsfähigkeit hinarbeiten.

... Widerstand organisieren

Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. Ohne die EXPO positiv umdeuten oder überbewerten zu wollen, denken wir dennoch, daß sie sich dafür gerade aufgrund ihres allumfaßenden Anspruchs anbietet. Wie angedeutet findet sich in der Programmatik und dem Auftreten der EXPO eine ganze Bandbreite von Herrschaftsaspekten. Die EXPO bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen,

Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressions-Gruppen u. v. a. m.

Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisierung hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. Uns schweben Formen der Zusammenarbeit vor, wie sie sich in den letzten Jahren für einzelne Bereiche z. B. im Rahmen der Kampagne »kein mensch ist illegal« oder der »Innen! Stadt! Aktion!« ergeben haben.

Momentan arbeiten wir an der Vorbereitung des BUKO 22 (dem 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) mit, der im Mai 1999 in Hannover stattfinden und sich thematisch mit den Themenfeldern EXPO 2000 und »Gegenmacht von unten« auseinandersetzen wird.

»Neuorientierung« der radikalen Linken bedeutet für uns, Diskussionen zu beginnen, die den Vereinzelungstendenzen linker Gruppen und der mitunter mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Fragen für gemeinsame Diskussionen hätten wir genug: Welches sind die zentralen Elemente des Herrschaftsmodells der Zukunft? Welche gemeinsamen Ursachen haben aktuelle Tendenzen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen abzeichnen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten unserer Kritik, was ist das »Linke« daran? Was unterscheidet unsere »linke« Weltsicht von der auf der EXPO präsentierten? Welche Perspektiven linker Politik können wir in der Auseinandersetzung mit den Konzepten der Herrschenden entwickeln? Wie kommen wir aus der augenblicklichen Situation gesellschaftlicher Isolierung heraus, wie machen wir unsere Kritik am auf der EXPO präsentierten Zukunftsentwurf und unsere eigenen Vorstellungen anderer Gesellschaftsformen sichtbar? Welche Aktionsformen können vor, während und nach der EXPO unsere Kritik und unsere Positionen deutlich machen?

WIE WEITER?

Wir laden alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen zu einem Bundesweiten Anti-EXPO-Treffen vom 11. bis 13. Dezember 98 in Hannover ein.

Dieses soll erst einmal dem unverbindlichen Meinungsaustausch und der Diskussion des weiteren Vorgehens dienen, kann aber auch Möglichkeiten für vertiefende inhaltliche Diskussionen der in diesem Papier angesprochenen Themenbereiche bieten.

Für die Durchführung eines solchen Treffens sind wir auf Rückmeldungen angewiesen: Meldet Euch bitte bis 1. Dezember 98, falls Ihr Interesse habt. Dann gibt es auch genaueres zum Ablauf des Treffens.

Kontakt:
Tipp-Ex
Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die EXPO
c/o AStA der Uni Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover
Tel 0511/762-50 61
Fax 0511/71 74 41

Als Tiger losgesprungen, als Bettvorleger gelandet

Zur Kritik des entwicklungspolitischen Memorandum '98 - Berliner Erklärung 2

BLUE 21

Wie schon zum letzten Wahlkampf 1994 wurde auch diesmal ein entwicklungspolitisches Memorandum von einigen Entwicklungsexperten der Öffentlichkeit vorgestellt.* Das Memorandum '98 will, so das hochgesteckte Ziel, "herkömmliche Entwicklungspolitik" durch "internationale Strukturpolitik" ersetzen. Diese Politik soll sich an einem nicht näher definierten Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren. Durchsetzen soll dies ein – an keiner Stelle mit Namen genanntes – Ministerium, das gegenüber dem jetzigen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über deutlich erweiterte Kompetenzen und mehr Mittel verfügen soll. Ob diesem Memorandum mehr Erfolg beschieden sein wird als seinem Vorgänger, bezweifeln wir. Es betont zwar in seinem ersten Teil die großen Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung ergeben. Doch die rein institutionellen Reformvorschläge im zweiten Teil stehen in einem deutlichen Mißverhältnis zu den umrissenen globalen Problemen.

Über 250 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft haben das Memorandum unterschrieben. Es wurde außerdem vom *Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen* (VENRO) an den Bundeskanzler, den SPD-Kandidaten und die Spitzen der politischen Parteien verschickt. Mittlerweile ist es unter anderem in *epd-Entwicklungspolitik* 5/6/98 (März) und der *Frankfurter Rundschau* vom 16. Juni 1998 erschienen. Eine Kurzfassung und Kritik findet sich in der Zeitschrift *blätter des informationszentrums 3. Welt* (8/98, Nr. 231). Die große Aufmerksamkeit, die dem Papier geschenkt wurde, hat uns ebenfalls zu einer Auseinandersetzung damit veranlaßt. Als *Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung* (BLUE 21) wollen wir auf die Schwachstellen des Memorandums '98 hinweisen und unseren Beitrag zu der überfälligen Diskussion über die deutsche Entwicklungspolitik leisten.

Der Staat in der globalisierten Wirtschaft: Opfer oder Täter?

Das Memorandum beginnt mit einer relativ ausführlichen Analyse der Probleme und neuen Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung ergeben. In dem Hinweis auf die veränderten weltpolitischen Bedingungen, der die Entwicklungspolitik Rechnung tragen müßte, liegt sicherlich die Stärke des Papiers. Allerdings entsteht der Eindruck, daß die Globalisierung scheinbar von unsichtbarer Hand über uns kommt. Dadurch wird von den politischen Akteuren, die diesen Prozeß interessengeleitet forcieren, ebenso wie von hausgemachten Problemen der Entwicklungspolitik abgelenkt.

Was die Autoren von der Globalisierung halten, bleibt unklar. Sie – und das dahinterstehende neoliberale Wirtschaftskonzept – wird einmal als mitverantwortlich für die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich angeführt. Dann wiederum wird sie als ungeahnte Chance angesehen, die einer "humanen Politik zum Durchbruch ... verhelfen" soll. Die Frage, von wem und wie die Chancen für eine humane Politik genutzt und gegen herrschende Interessen durchgesetzt werden sollen, wird nicht einmal gestellt.

Mehrfach ist in dem Papier in einem Zug von "Globalisierung und Deregulierung der Weltwirtschaft" die Rede. Dabei wird vergessen, daß nicht überall dereguliert wird. Auf nationaler wie auf internationaler Ebene wird auch reguliert: siehe die Welthandelsorganisation (WTO), deren Regeln per Schiedsgericht durchgesetzt werden können, oder das geplante Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), das ebenfalls eine Klageinstanz vorsieht; oder die Subventionszahlungen an die deutsche Wirtschaft. Genau das Gegenteil von Deregulierung ist hier der Fall. Die Autoren des Memorandums fordern nun eine stärkere Regulierung und die Herstellung von "Steuerungsfähigkeit" auf internationaler Ebene, schreiben aber nicht, welche Art von Regulierung sie meinen.

Ist hier der Nationalstaat gefragt? Er wird im Memorandum als reines Opfer der Globalisierung und Deregulierung dargestellt, so daß man sich fragen muß, wie dieser schwache Staat künftig überhaupt eine "internationale Strukturpolitik" durchsetzen soll. Wir sind dagegen der Auffassung, daß die Politik im Prozeß der Globalisierung keinesfalls ihr "Primat" gegenüber der Wirtschaft verloren hat. Vielmehr sind es die Regierungen selbst, die aktiv neoliberale Wirtschaftsstrukturen und die Internationalisierung der Wirtschaft herbeiführen - sei es in der WTO oder in regionalen Handelsblöcken wie der EU oder der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA. Der Forderung nach mehr Steuerungsfähigkeit ist also die Frage entgegenzusetzen: Wer macht die Politik und in wessen Interesse?

Da wichtige Entscheidungen zunehmend auch auf der internationalen Ebene getroffen werden, wo in erster Linie die großen Industrienationen – und die Konzerne dieser Länder – das Sagen haben, verlieren unter den gegenwärtigen Bedingungen die Menschen in den Entwicklungs-, aber auch den Industrieländern zunehmend an Einfluß. Die Autoren des Memorandums beklagen nun

Als Erkenntnis schimmert hier durch, daß Entwicklungshilfe sinnlos bleibt, wenn die "entgegenwirkende Dominanz der internationalen Finanzakteure" nicht angegangen wird. Aber was folgern die Autoren daraus? Vergebens warten die LeserInnen auf eine Definition von Strukturpolitik. Handelt es sich um Infrastruktur, Bildung, Umweltschutz oder um die Regulierung des internationalen Finanzregimes? Auch folgender Satz aus dem Papier trägt kaum zur Klärung bei: "Eine nationale Politik, die dazu beitragen will, die gegenwärtigen internationalen Strukturprobleme zu lösen..., muß einen Beitrag zur internationalen Strukturpolitik leisten."

Eines erscheint uns in diesem Zusammenhang sicher: Wenn man die herkömmliche Entwicklungshilfe – zu recht – in Frage stellt, dann kann man nicht einfach, wie im Memorandum geschehen, eine Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mehr Macht für das "zuständige Ministerium" fordern, ohne zu erwähnen, wofür die zusätzlichen Mittel und Kompetenzen verwendet werden sollen. Egal, Hauptsache das Geld wird für den guten Zweck bereit gestellt. Ob vermehrte Zahlungsabflüsse an die Länder des Südens per se sinnvoll sind, ob das Geld für Großprojekte oder Armutsbekämpfung ausgegeben wird, diese Fragen werden sicherheitshalber nicht gestellt.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Noch einmal: Wer soll die Politik in die "richtigen Bahnen" lenken und vor allem festlegen, was die "richtige Politik" ist? Offenbar der Staat. Von ihm wird auch die Bühne abgesteckt, auf der die Zivilgesellschaft auftreten darf. Der Staat und seine Ministerien konzentrieren sich auf "die politische Führung und Leitung". Den NGOs hingegen wird die Rolle der ausführenden Organe zugewiesen: "Die Nichtregierungsorganisationen und privaten Hilfswerke sollen die staatliche Zusammenarbeit (...) ergänzen" – ausschließlich ergänzen, und nicht etwa kritisieren.

Was haben nun die entwicklungspolitischen Organisationen davon, wenn die Planungskapazität und die Steuerungskapazität sowie die Kompetenzen des zuständigen Ministeriums ausgeweitet werden und die vermeintliche Zivilgesellschaft eine spezifische Rolle in der Entwicklungspolitik erhält? Antwort: Geld. "Wir erwarten, daß das Ministerium die Förderungsmittel für NRO deutlich erhöht." Auch hier bleibt die Frage nach der Mittelverwendung unbeantwortet. Das entspricht einem generellen Problem in der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit: Sie ist in höchstem Maße intransparent. Die Problemanalyse und Zielformulierung wird ebenso wie die Projektevaluierung vorwiegend zwischen staatlichen Behörden und wenigen NGOs vorgenommen. Ob letztere die gerne herbeigeschriebene Zivilgesellschaft darstellen, bezweifeln wir.

zwar den Demokratieverlust, der mit der Globalisierung einhergeht. Mit keinem Wort aber fordern sie die Demokratisierung und größere Transparenz der inter- und supranationalen Institutionen.

Was eigentlich ist eine "internationale Strukturpolitik"?

Dem vermeintlich durch die Globalisierung geschwächten Staat wollen die Verfasser des Memorandums offenbar wieder zu Macht verhelfen, die er dann auf internationaler Ebene zum Nutzen aller einsetzen soll: Mit Hilfe einer "Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik" soll der Staat zudem dem Leitbild der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen.

Der Begriff nachhaltige Entwicklung aber bleibt nebulös – als ob es schon genug sei, sich den Modebegriff als Leitbild zu verordnen, und alles andere regelt sich von selbst. Lapidar heißt es: "Die Verantwortung für eine Politik der Nachhaltigkeit muß auf allen Politikebenen verantwortlich wahrgenommen werden." Dann weisen die Autoren darauf hin, daß auf quantitatives Wachstum nicht verzichtet werden kann. Daß die Verknüpfung von Wachstum und Nachhaltigkeit ein Problem darstellen könnte, wird nicht bemerkt.

"An die Stelle der bisherigen Entwicklungshilfepolitik" soll "eine verantwortliche weltweite Strukturpolitik treten".

Entwicklungspolitische Notwendigkeiten

"Wir wollen Taten sehen!", fordert das Memorandum. Aber welche Taten? Angesichts der Aneinanderkettung von Allgemeinplätzen in dem Wahlkampf-Papier muß ein Aufruf zum Handeln zwangsläufig folgenlos bleiben; noch dazu, wo sich der Nord-Süd-Konflikt im Memorandum verflüchtigt. Es wird nur noch von "unterschiedlich fehlentwickelten Ländern" gesprochen.

Dabei ist die Voraussetzung für eine Verbesserung von

Dem vermeintlich durch die Globalisierung geschwächten Staat wollen die Verfasser des Memorandums offenbar wieder zu Macht verhelfen, die er dann auf internationaler Ebene zum Nutzen aller einsetzen soll: Mit Hilfe einer "Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik" soll der Staat zudem dem Leitbild der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen.

Der Begriff nachhaltige Entwicklung aber bleibt nebulös – als ob es schon genug sei, sich den Modebegriff als Leitbild zu verordnen, und alles andere regelt sich von selbst.

Entwicklungspolitik die Auseinandersetzung mit der bisherigen Entwicklungspolitik – und deren weitgehendem Scheitern. So ist bekanntlich der Abstand zwischen Arm und Reich gewachsen, wie übrigens auch im Memorandum vermerkt wird, als ob es Entwicklungshilfe nie gegeben hätte. Weit davon entfernt, daraus eine grundsätzliche Kritik der bisherigen Entwicklungspolitik abzuleiten, deuten die Autoren des Memorandums lediglich an, daß die "herkömmliche Entwicklungshilfepolitik allein den Fehlentwicklungen in den Ländern des Südens und Ostens nicht entgegenwirken kann."

Das ist kein Wunder, sind doch die Hilfsgelder im Vergleich zu den Summen, die auf den globalen Waren- und Finanzmärkten unter kräftiger Mitwirkung der bundesdeutschen Akteure umgesetzt werden, eine Marginalie. Richtiggehend fragwürdig wird die staatliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik dann, wenn sie zur Exportförderung verkommt. Immerhin rund 80 Prozent der EZ-Mittel fließen wieder zurück an die heimische Wirtschaft.

Die Entwicklungspolitik muß sich wieder stärker mit den Akteuren auf den globalen Märkten, mit den Fragen der Produktions- und Handelsstrukturen, mit der Machtfrage und den Rahmenbedingungen, unter denen Hilfsmaßnahmen stattfinden, auseinandersetzen, um ihr Nischendasein verlassen zu können. Gerade diejenigen NGOs aber, die sich mit den Rahmenbedingungen und ihrer Veränderung befassen, erhalten keine staatlichen Mittel. Daher ist auch eine staatsunabhängige Finanzierung für NGOs unabdingbar.

Wichtige Aufgaben für die entwicklungspolitische Community wären beispielsweise, das System der Agrarsubventionen und -exporte der EU anzugehen. Vereinzelte Projekte zur Armutsbekämpfung wiederum haben allenfalls begrenzten Nutzen, solange die Bundesregierung aktiv bei allen internationalen Entschuldungsinitiativen blockiert. Weitere Aufgaben wären die Bekämpfung des Protektionismus gegen verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern, die Umgestaltung der bundeseigenen Hermes-Versicherung nach ökologischen und sozialen Kriterien und vor allen Dingen die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialklauseln im Welthandel.

Wollen die EntwicklungspolitikerInnen und die NGOs substantielle Veränderungen bewirken, dann müssen sie da eingreifen, wo die politischen Rahmenbedingungen, vor allem im Bereich Wirtschaft und Finanzen, gesetzt werden - also in der EU, der OECD, dem IWF oder der WTO. Und das heißt auch, daß wesentliche Zielgruppen der NGO-Arbeit weniger im BMZ, als vielmehr im Wirtschafts-,

Finanz- und zum Teil auch Außenministerium zu suchen wären. Mit den Memorandum-Autoren zu hoffen, daß eine künftige Regierung diese Ministerien schon dazu bewegen wird, Macht und Einfluß an das BMZ bzw. das angedachte Ministerium abzugeben, halten wir für unrealistisch.

Nachhaltige Entwicklung ist, anders als uns das Memorandum mit seiner Betonung auf internationaler Strukturpolitik glauben machen will, keine außenpolitische Maßnahme, die bloß unter der Federführung eines Ministeriums mit tatkräftiger Unterstützung von NGOs umgesetzt zu werden braucht. Hier schimmert eher ein technokratisches und paternalistisches Politikverständnis durch; nach dem Motto, die aufgeklärten Eliten des Westens werden es schon richten. Statt dessen lassen sich das "Leitbild nachhaltiger Entwicklung" und die daraus abgeleiteten konkreten Politikmaßnahmen nur über einen demokratischen Prozeß und innerhalb einer Zivilgesellschaft definieren, die von Rollenzuweisungen seitens des Staates möglichst verschont bleibt. Gerade von einer nationalstaatlichen Instanz kann wohl kaum die Führung erwartet werden, wenn es um die Behandlung der Machtfrage geht oder die Änderung von Strukturen, deren Nutznießer in erster Linie die Wirtschaft der Bundesrepublik ist. Hier müssen sich die NGOs schon selbst ihrer Kräfte besinnen.

Ausgerechnet aber in der entwicklungspolitischen Bildungspolitik, die die Memorandum-Autoren gerne in die Hände der NGOs geben möchten, darf sich der Staat nicht aus der Verantwortung ziehen. Im staatlichen Schul- und Hochschulwesen müssen Nord-Süd-Fragen und die Verantwortung aller für eine sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung viel stärker als bisher verankert werden.

Insgesamt, so läßt sich unsere Kritik zusammenfassen, krankt das Memorandum '98 vor allem daran, daß es vorgibt, Antworten auf Probleme zu haben, die noch nicht annähernd untersucht und diskutiert worden sind. Die Orientierungslosigkeit in der Entwicklungspolitik sollte statt dessen zugestanden und ernstgenommen werden. Eine produktive Verunsicherung als Ausgangspunkt für eine Reformierung der Entwicklungspolitik erscheint uns allemal sinnvoller als das Jonglieren mit neuen Worthülsen und den altbekannten Forderungen nach Etaterhöhungen.

Anmerkungen:
* Zu den Initiatoren des Memorandums gehören Eckhard Deutscher (DSE), Gunther Hilliges (Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen) und Manfred Kulessa (AGKED). Auf das "Innen" wird aus diesem Grund, sofern die Initiatoren gemeint sind, verzichtet.

Für BLUE 21 schreiben diese Stellungnahme: Sieglinde Weinbrenner, Nicola Liebert, Ruth Kleefisch, Thomas Fritz, Jan Dunkhorst und Achim Brunnengräber

BLUE 21 (Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung) ist ein Zusammenschluß von MitarbeiterInnen verschiedener Berliner umwelt- und entwicklungspolitischer Organisationen und interessierter Einzelpersonen. BLUE 21 hat sich die Zusammenführung und Weiterentwicklung internationalistischer, entwicklungs- und umweltpolitischer Themen sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zur Aufgabe gemacht. Die erste Berliner Erklärung vom Dezember 1995 setzte sich kritisch mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Institutes auseinander (abgedruckt in FORUM 199, S. 38).

Kritik & Anregungen an:
BLUE 21 c/o FDCL e.V.
Gneisenaustraße 2a
10 961 Berlin
Tel: 030/694 61 01
Fax: 030/692 65 90
E-mail: b21@berlinet.de

Atomstaat und Grundrechte

Zu den politischen Auswirkungen der Atompolitik

HAIDY DAMM

„Mit der technischen Nutzbarmachung der Kernspaltung wurde der Sprung in eine ganz neue Dimension der Gewalt gewagt. Zuerst richtete sie sich nur gegen militärische Gegner. Heute gefährdet sie die eigenen Bürger. Denn „Atome für den Frieden" unterscheiden sich prinzipiell nicht von „Atomen für den Krieg".(...) Der je nach Einstellung als kleiner oder größer anzusehende Rest von Unsicherheit birgt unter Umständen solch immenses Unheil, daß jeder bis dahin vielleicht gewonnene Nutzen daneben verblassen muß." (R. Jungk, 1977)

Anti-AKW-Bewegung und Grundrechte? Dieses Thema wird nur noch von wenigen Bürgerrechtsgruppen aufgegriffen. Den einen war es schon immer klar „was der Staat da macht", andere wiegen sich in der Sicherheit, „sich nichts zu Schulden kommen zu lassen." Denn: Wer nichts verbrochen hat in unserem Staat, hat auch nichts zu verbergen.
Doch die Verschärfung von Polizeigesetzen und der Abbau von Grundrechten für mehr Innere Sicherheit hat Auswirkungen auf die kritischen Stimmen der Bevölkerung. Zwar werden AtomkraftgegnerInnen in den Debatten um Innere Sicherheit nicht explizit genannt, in den Auseinandersetzungen müssen zunächst einmal der Mythos der „Organisierten Kriminalität" und bestimmte „Randgruppen" als Legitimation herhalten. Doch diese Themen gehören zusammen, nicht allein über einzelne Grundrechtsfragen, sondern vielmehr unter der Fragestellung „Wem nützt das alles?" und „Was geschieht mit den Instrumentarien des Atomstaat nach einem eventuellen Ausstieg?"

Sicherung von Atomenergie

Die Nutzung von Atomenergie zieht neben der Gefahr für die Bevölkerung einen Rattenschwanz an Sicherheitsmaßnahmen nach sich. Der Staat, der sich der „friedlichen" Nutzung der Kernenergie verpflichtet hat, beteiligt sich in Bereichen der Überwachung oder der Sicherung von Transporten an diesem System. Diese Sicherheitsmaßnahmen richten sich jedoch letztlich gegen Menschen. Damit ist Kernenergie die einzige Energie, die Freiheitseinschränkungen durch den Staat gegen die eigenen BürgerInnen möglich, sogar notwendig macht.
Auf der Ebene des Werkschutzes, z.B. eines Entsorgungszentrums in Gorleben reicht die Aufzählung von Durchsuchungen der ArbeiterInnen bis hin zum Einsatz bewaffneter Sicherheitskräfte innerhalb der Anlagen.
Neben dem Bereich direkter Bewachung fällt der hohe Anteil der präventiven Überwachung auf, um jeden möglichen Mißbrauch zu verhindern. Doch nicht allein ArbeiterInnen, auch deren soziales Umfeld könnten eine Gefährdung darstellen, und werden deshalb Zuverlässigkeitsprüfungen unterzogen. Fragwürdig bleiben dabei die angewandten Kriterien von „Zuverlässigkeit". Allgemeiner Lebensstil ist genauso bedeutend wie die politische Einstellung eines Bewerbers oder einer Bewerberin und deren/dessen Umfeld. Doch damit nicht genug: „In Baden-Württemberg sind laut Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten bis zum Herbst 1981 sogar alle Besucher von Kernkraftwerken vom Verfassungsschutz überprüft worden." Die Sicherheitslinie ist in die Gesellschaft vorverlegt.
Diese Einschränkungen persönlicher Freiheit gehen zu Lasten der Grundrechte, die BürgerInnen vor unverhältnismäßigen Eingriffen von Seiten des Staates schützen sollen.
Insbesondere die politischen GegnerInnen der Atomindustrie spüren immer wieder das Interesse des Staates, dieses Sicherheitssystem einzusetzen. Hierbei wird die Ebene der politischen Auseinandersetzung juristisch verhindert. Dadurch geht dann im Einzelnen, wie in der Gesamtheit zu Lasten der Grundrechte und stellt damit die Verfassungsverträglichkeit der Atomenergie in Frage.

Der Abbau von Grundrechten - Demonstrationsrecht

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit kann eng verknüpft mit dem Recht auf freie Meinung gesehen werden. So gesehen wäre eine Demonstration ein Ausdruck kollektiver Meinungsäußerung.
Der Charakter von Demonstrationen hat sich seit dem Aufkommen der außerparlamentarischen Opposition in den Sechzigern geändert. In den Anfängen der Bundesrepublik waren sie in erster Linie gewerkschaftlich oder von verschiedenen Parteien organisiert. Dieses Bild ändert sich mit den Neuen Sozialen Bewegungen. Die Demonstration wurde zu dem politischen Mittel, bei dem Menschen kollektiv ihre Meinung und ihren Willen erklärten, unabhängig von Organisationen und Institutionen.
Verfassungsrechtlich hat das Recht auf Demonstrationen einen hohen demokratischen Stellenwert. So befaßt sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zu Demonstrationsverboten im Zusammenhang mit der Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf mit der Verteidigung dieses

Um sehr weitgehende Maßnahmen der Überwachung zu legitimieren, ist es notwendig, den § 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung), heranzuziehen. Dieser Paragraph wurde 1976 als „maßgeschneiderte Antwort des materiellen Strafrechts auf den sogenannten Terrorismus der bewaffneten Gruppen wie RAF oder 'Bewegung 2. Juni' " eingeführt.

Grundrechtes: „Dementsprechend sind alle politisch-polizeilichen und gerichtlichen Instanzen und ihre Repräsentanten zu allererst daran gehalten, die bürgerliche Ausübung des Grundrechts uneingeschränkt zu ermöglichen. (...) Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit sind penibel, skrupellos und präzise begründungspflichtig. Sie müssen auf das äußerst gebotene Maß zeitlich und örtlich beschränkt werden."
Die „öffentliche Sicherheit" darf also nicht ohne weiteres und im Vorfeld als Verbotsgrund herangezogen werden. Das macht das Verfassungsgericht an einer anderen Stelle der Urteilsbegründung noch einmal deutlich, als es bestimmt, daß dem „von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten bleibt, wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist."
Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Atommülltransporte wird diese rechtliche Ebene mit allen Mitteln ausgeschöpft. Statt sich der politischen Auseinandersetzung über das „Für und Wider" der Transporte auseinanderzusetzen, werden die Gerichte angerufen. Hier findet nicht nur keine politische Auseinandersetzung statt, hier werden Probleme hin zur Auseinandersetzung über zivilen Ungehorsam, Gewalt, „militanter" oder „friedlicher" Widerstand verschoben.
Desweiteren haben Politik und Polizei dieses Grundrecht nicht nur anzuerkennen, sie haben es auch zu schützen, indem sie in ihrer Taktik die Verhältnismäßigkeit wahren. Gerade dies scheint jedoch im Zusammenhang mit Demonstrationen nicht möglich zu sein, denn eine Regierung, die eine Technik wie die Atomenergie gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen will, wird jede und jeden als „störend" ansehen müssen, die/der sich diesem widersetzt. Nur durch Kriminalisierung ist es möglich etwas durchzusetzen, das politisch nicht durchsetzbar ist.
Bei den immer wieder stark umstrittenen Transporten ins Wendland ist diese Taktik wunderbar zu erkennen. Auf der einen Seite werden immer wieder Versammlungsverbote ausgesprochen, die jedoch bisher in allen Fällen wieder zurückgenommen werden mußten. Auf der anderen Seite konnten die bisherigen Transporte nur durch eine unverhältnismäßig harte Polizeipräsenz und -taktik durchgesetzt werden.
Bereits beim ersten Castortransport von radioaktivem Atommüll im April 1994 aus dem Atomkraftwerk Phillipsburg ins Zwischenlager Gorleben wurden vom Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Bezirksregierung Lüneburg vorsorglich Demonstrationsverbote und Versammlungsverbote auf dem Wege sogenannter Allgemeinverfügungen verhängt.
Die Begründung geht von einer Vermutung zu Gewalttaten aus. Diese Allgemeinverfügung verstößt eindeutig gegen das Grundgesetz. Bereits 1981 hatte es einen ähnlichen Fall bei Protestaktionen gegen den Bau des AKW Brokdorf gegeben, bei dem das Verfassungsgericht feststellte, daß Allgemeinverfügungen im Zusammenhang mit eventuell vorfallenden Straf- oder Gewalttaten rechtswidrig sind, falls nicht zu befürchten ist, daß eine Demonstration im Ganzen einen unfriedlichen Charakter hat.
Die Allgemeinverfügungen haben aus einzelnen Fällen von militantem Widerstand auf Demonstrationen eine Norm gemacht und diese auf die Gesamtheit der TeilnehmerInnen übertragen. Diese politische Strategie ist auch damit zu erklären, daß die Transporte ansonsten nicht möglich wären, wie der Transport im März 1997 nach Gorleben zeigt. Dort hat die Polizei ihre Deeskalationsstrategie nur etwa drei Stunden durchgehalten, um dann mit brutaler Gewalt 'den Weg freizumachen.'
Hier werden politische Entscheidungen auf Gerichte verlagert, die durch ihre Rechtsprechung zu „WiederholungstäterInnen" werden.

Überwachung der Bevölkerung

Zu den Sicherheitsmaßnahmen des Staates und der Industrie gehört neben der Überwachung des eigenen Personals und des Personals der Zubringerfirmen, auch die Überwachung der Bevölkerung. Um sehr weitgehende Maßnahmen der Überwachung zu legitimieren, ist es notwendig, den § 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung), heranzuziehen. Dieser Paragraph wurde 1976 als „maßgeschneiderte Antwort des materiellen Strafrechts auf den sogenannten Terrorismus der bewaffneten Gruppen wie RAF oder 'Bewegung 2. Juni' " eingeführt. Doch der §§129a wird auch in anderen Bereichen kritischer Gegenöffentlichkeit, wie zum Beispiel gegenüber der Anti-Atom-Bewegung häufig als Vorwurf herangezogen. Der §129a nimmt innerhalb des Strafgesetzbuches eine besondere Stellung ein, da er nicht allein im Sinne von Strafverfolgung gesehen werden kann.
Erst einmal auffällig ist der nicht eindeutig umrissene Tatbestand des „Terrorismus". Hier wird die „Bildung einer terroristischen Vereinigung" unter Strafe gestellt, ohne jedoch „terroristisch" genau zu definieren. Die Norm ist also offen zugänglich für vielfältige Terrorismus-Konstrukte, je nach staatsschützerischem Belieben und politischen Bedarf.
Dem Mitglied einer solchen Vereinigung muß zudem eine konkrete strafbare Handlung bzw. „Straf-Tat" nachgewiesen werden, ja eine solche muß noch nicht einmal begangen worden sein, so daß mit diesem Strafgesetzparagraphen der Weg vom rechtsstaatlichen Tatstrafrecht zum uferlosen Täter- bzw. Gesinnungsstrafrecht beschritten worden ist. Aber nicht allein Mitglieder einer solchen Vereinigung sollen bestraft werden können, sondern auch 'Unterstützer' und 'Werber', was bereits in den siebziger Jahren zu einer regelrechten SympathisantInnen-Hetze

und zu einschneidenen Zensurmaßnahmen führte. 1987 wurde durch eine Novellierung des Gesetzes der Tatbestand noch weiter gefaßt und dehnte sich auf den Bereich des militanten sozialen Widerstand aus, wie zum Beispiel die Anti-AKW-Bewegung, aber auch der HausbesetzerInnenszene.
Eine im Zusammenhang mit der Anti-Atom-Bewegung andere, und meiner Meinung nach wichtigere Funktion ist die des „Aushorchens", da bei Ermittlungsverfahren nach § 129a die Kompetenzen von Polizei und Staatsanwaltschaft erweitert werden. Bereits bei einem „Anfangsverdacht" können weitreichende Maßnahmen angeordnet werden. Diese Maßnahmen beschränken im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit die G·undrechte der betroffenen Personen und dienen oftmals nicht dazu einen speziellen Verdacht zu überprüfen, sondern werden in erster Linie verwandt, um bestimmte Personen und Gruppen auszuforschen und letztlich zu kriminalisieren.
Die Zielrichtung dieser Verfahren liegt klar auf der Hand: Informationen über politische Aktivitäten im Bereich des Widerstands sollen beschafft werden.
Diese Entwicklung zeigte sich bereits in den 80er Jahren im Umgang mit der Anti-AKW-Bewegung. Als sich im Zusammenhang mit dem Bau des geplanten Atommüllzwischenlagers im Wendland die Sabotageaktionen häuften, richtete das Landeskriminalamt Hannover eine 40köpfige Sonderkommission ein (SOKO 602/783), die über Monate Daten über BewohnerInnen des Landkreises Lüchow-Dannenberg sammelte. Bis zum Sommer 1985 wurden in einer hierfür eingerichteten „Spurendokumentations-Datei" (SPUDOK) über 2.000 BewohnerInnen erfaßt - zu der Zeit mehr als jede/r 25. EinwohnerIn des Landkreises. Ziel dieser Überwachung war es offenbar, Bewegungsbilder und Beziehungsstrukturen zu erstellen.
Dieses „Interesse" bezieht sich nicht allein auf Bereiche des sogenannten militanten Widerstands, sondern wird auch bei sogenannten gewaltfreien Gruppen angewandt, wie der z.T. veröffentlichte Verfassungsschutzbericht Niedersachsen im Oktober 1997 über das Wendland und den Widerstand gegen Atompolitik zeigt. Dieser Bericht, der unter der Überschrift: „Linksextremistische/ militante Bestrebungen im Rahmen der Anti-Castor-Kampagne - Konzepte, Gruppen, Szeneobjekte und Personen (Wendland)" erstellt wurde, ist in gekürzter Form verschiedenen Zeitungen zugespielt worden. Laut Bericht wurden mehrere - dem militanten (!) Widerstand angehörige Gruppen und Einzelpersonen überwacht. Hierbei wurden gezielt Falschinformationen über die Medien verbreitet. Als Beispiel sei hier die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) genannt, die als logistisches Zentrum eines linksextremistischen Netzwerkes dargestellt wird. Die BI Lüchow-Dannenberg wird selbst jedoch nicht als linksextremistisch eingestuft, dennoch wird sie und ihre Mitglieder vom Verfassungsschutz überwacht. Zur Aufgabe des Verfassungsschutzes gehört die Beobachtung von Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind (§ 3 BVerfSchG). Wenn die Autoren des Berichtes im Rahmen des gesetzlichen Auftrags geblieben wären, hätten sie das Papier nicht vorlegen dürfen, denn der Kernsatz lautet: 'Der Widerstand gegen die Lagerung von Atommüll wird im wesentlichen von der *nicht linksextremistischen BI* (Lüchow-Dannenberg) getragen.' " (Jürgen Seifert, Geheim 3/97)
Auch andere Gruppen und Einzelpersonen werden diesem sogenannten gewaltsamen Widerstand zugeordnet, wie die gewaltfreie pazifistische „Graswurzelbewegung". Zudem fällt die undifferenzierte Verwendung des Begriffes Militanz auf, wie etwa auf Seite acht des Berichtes: „dem Gedanken der Militanz (wird) bei der Durchführung zukünftiger Widerstandsaktionen zunehmend Bedeutung beigemessen".
Es widerspricht dem Grundgesetz nicht, sich militant zu verhalten, so wie es der Bericht suggerieren will. Durch die faktische Gleichsetzung der Begriffe „linksextremistisch" und „militant", ist es dem VS möglich ein breites Feindbild zu entwerfen, von Menschen, die angeblich die freiheitliche Grundordnung gefährden. Neben der Feststellung, daß der VS seine Kompetenzen eindeutig überschritten hat, treten auch verschiedene Grundrechtsverletzungen gegenüber Einzelpersonen, die überwacht wurden, auf. Zum Beispiel wird der Vorsitzenden der BI vorgeworfen, eine Aktion geleitet zu haben, bei der es durch etwa 250

AtomkraftgegnerInnen zu einer Sachbeschädigung von etwa 20.000 DM kam. Die BI hat dieses dementiert, zu einer Verurteilung ist es nie gekommen, doch der VS ignoriert den Grundsatz der Unschuldsvermutung für Angeklagte. Und selbst wenn die Behauptung richtig gewesen wäre, ist der VS-Bericht der falsche Ort für solche Informationen, da es sich um eine einfache Straftat gehandelt hätte.
Zusammengefaßt kann über den Bericht gesagt werden, daß die veröffentlichten Passagen nichts mit der Sammlung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu tun haben, sondern als eine Aufzählung unhaltbarer Vorwürfe zu sehen sind, die die einzige Aufgabe hat, den Widerstand gegen Atomkraft, gerade im betroffenen Wendland, zu kriminalisieren. Damit überschreitet der VS eindeutig seine Kompetenzen und ist seinerseits viel eher als Gefahr für die Freiheiten und Grundrechte der BürgerInnen zu sehen.

Was bleibt?

Neben den bereits in aller Kürze ausgeführten Konsequenzen, die die Nutzung von Atomenergie im Bezug auf die Grundrechte und damit die demokratische Kultur hat, bleibt noch eine andere kleine Frage übrig. Gerade durch den Regierungswechsel in Deutschland wird der Atomausstieg, wann auch immer, wieder diskutiert. Was bleibt von den Instrumentarien, die der Staat zur Kontrolle der politischen GegnerInnen eingeführt hat? Wie zu Beginn angerissen, liegt die Vermutung nahe, daß die Sicherheitsmaßnahmen durchaus für bestimmte Kreise Attraktivität haben. Ohne einer Verschwörungstheorie verfallen zu wollen, bin ich der Meinung, daß diese Kontrolle weiterhin im Interesse des Staates sein wird. Auch wenn sich sozusagen historisch die Frage vom Widerstand gegen die Atomenergie erledigt haben wird. Seit in den Siebzigern die Sondergesetze zur Bekämpfung des sogenannten Terrorismus durchgesetzt wurden, hat sich der „Innere Feind" gewandelt. Neue Legitimationen werden gefunden, ohne daß verbrauchte Instrumente zurückgezogen werden. Auch wenn die Atomenergie also als Energieform zu sehen ist, die Freiheitsrechte der BürgerInnen einschränkt, so darf doch umgekehrt der Widerstand gegen Atomanlagen nicht auf diese beschränkt bleiben. Es geht um weitaus mehr. Die staatskritische Auseinandersetzung endet nicht, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet sind.

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung einer unveröffentlichten Arbeit im Studiengang Politikwissenschaft der Universität Bremen. Die ungekürzte Arbeit ist über alaska erhältlich.

"Whiteness" und Weiblichkeit

Zur Konstruktion des "Weißseins"

KATHARINA WALGENBACH

When night is falling everybody seems to be colourblind, dachte ich als das Licht anging und um mich herum nur Frauen mit leuchtenden Augen saßen, fasziniert von einem Film, der eine Frauenliebe darstellt, die so märchenhaft romantisch, humorvoll und bildgewaltig sein soll, daß einem sämtliches Wenn und Aber im Hirn verdorrt (Suzanne Greuner). Diese Wirkung hatte der Film "When Night is Falling" bei mir jedoch nicht hinterlassen. Stattdessen war ich beeindruckt von der Eindeutigkeit, mit der dieser Film stereotype Mythen über die Sexualität schwarzer und weißer Frauen produziert und transportiert.
Die Geschichte des Films ist schnell zusammengefaßt: Die erfolgreiche Collegelehrerin Camille lernt die schöne und faszinierende schwarze Illusionskünstlerin Petra kennen, die während eines Gastspiels in Camilles kleinbürgerlicher Stadt weilt. Petra verführt Camille aus ihrer Heterobeziehung und eröffnet ihr eine Welt voller Magie und Abenteuer. Als der Zirkus weiterreist, muß sich Camille zwischen ihrem bürgerlichen Leben und der "großen Liebe" entscheiden.

Ein Lehrstück in Afrikanismus

Die Darstellung der Petra paßt exakt in das Konstruktionsmuster, das Toni Morrison mit dem Begriff Afrikanismus umschreibt. Morrison versteht unter Afrikanismus die Bedeutungen und Beiklänge einer dunklen Hautfarbe, die durch afrikanische Menschen verkörpert werden sollen, sowie die Skala von Ansichten und Interpretationen, welche die eurozentrische Lehre über diese Menschen begleiten (Morrison 1994, S.27). In ihrem Buch "Im Dunkeln spielen" untersucht Morrison, wie sich die amerikanische Literatur der Präsenz schwarzer Personen bedient, um bestimmte Fragen wie Sexualität, Macht oder Verantwortung zu thematisieren: "Er (der Afrikanismus, K.W.) bietet die Möglichkeit, Chaos und Zivilisation, Begehren und Furcht zu betrachten und zugleich einen Mechanismus, die Probleme und den Segen der Freiheit zu testen."(S.27 f.)
Genau diese Themen sind Gegenstand des Films "When Night is Falling". Camille droht an ihrer restriktiven Umwelt und ihrer Selbstbeherrschung zu erfrieren. Die Metaphorik gipfelt in der Szene, in der Camille betrunken im Schnee liegt und zu Eis erstarrt. Durch Petras Körperwärme wird sie gerettet. Durch Petra spürt Camille in sich die Sehnsucht und das Begehren nach Freiheit und Abenteuer, durch die Anwesenheit der schwarzen Frau wird ihr geordnetes Leben in Frage gestellt, aber dadurch auch ihre Rettung in Aussicht gestellt. Die schwarze Exotin verkörpert für Camille Abenteuer, sexuelle Freiheit und die Welt der Magie. Sie ist diejenige, die Camille aggressiv umwirbt und verführt. Petra repräsentiert die bekannten Mythen von der Sexualität schwarzer Frauen: sie seien aggressiv, sexhungrig, deviant, exotisch, animalisch, hemmungslos, promiskuitiv, geheimnisvoll etc. (siehe z.B. Gilman 1987). Petra ist ganz Körper. Ihre Kleidung ist so erotisch wie exotisch, ihre Bewegungen fließend, ihre Berufung Artistin. Camille hingegen ist ganz Geist: rational, kontrolliert und normiert; sie ist Dozentin für christliche Mythologie.
Die Mythen über die Sexualität schwarzer Frauen sind das Produkt weißer Projektion. Wie Morrison richtig anmerkt: Das Subjekt des Traums ist die Träumerin selbst. Aber damit ist die Erfindung einer afrikanischen Person immer auch reflexiv: "eine außergewöhnliche Betrachtung über das Ich; eine kraftvolle Erforschung der Ängste und Wünsche, die im Bewußtsein der Schreibenden wohnen. Sie ist eine erstaunliche Offenbarung von Sehnsucht, von Schrecken, von Bestürzung, von Scham, von Großmut." (Morrison 1994, S.39) In diesem Sinne thematisiert "When Night is Falling" "Weißsein" ebenso wie Schwarzsein. Morrison fragt sich sogar, ob die Ursache des Afrikanismus nicht gerade in dem Bedürfnis liegt, "Whiteness" zum Thema zu machen.

Whiteness: eine Debatte der 90er

Im angloamerikanischen Raum wird seit Anfang der 90er eine Debatte um die soziale Konstruktion von Whiteness geführt, die in der BRD bisher weitgehend unbekannt ist. Whiteness ist hierzulande bestenfalls ein Thema für faschistische Gruppen und Publikationen. Über Whiteness als soziale Kategorie gibt es bei uns kaum antirassistische Forschungsansätze. Kritische TheoretikerInnen haben sich in der Vergangenheit in ihren Analysen vor allem auf sozial konstruierte Konstruktionen konzentriert, die in unserer Gesellschaft subordiniert und ausgegrenzt werden: Homosexuelle, Frauen, Schwarze etc. Währenddessen blieb jedoch gerade die Norm unproblematisiert (weiß, männlich, heterosexuell etc.). Sie wird nicht als ebenfalls sozial konstruiert identifiziert und kann sich weiterhin als "natürlich" gegeben repräsentieren. Die Norm verbleibt damit als der Maßstab aller Dinge, als Weg, den die Dinge nunmal gehen, als die selbstverständliche Art, das Leben zu gestalten.
Die Kategorie Whiteness scheint gesellschaftlich unsichtbar zu sein. Weiß als Hautfarbe ist für uns Weiße zunächst

nicht sichtbar, wir sehen unsere Hautfarbe sozusagen als universal und farb-los an (de facto dürften die meisten von uns wohl auch eher auf einer Pink-Skala eingestuft werden). Weißsein scheint keinen Einfluß zu nehmen auf unser Leben, unsere Beziehungen, unsere Sozialisation, unser Denken und Fühlen, unsere Privilegien, Möglichkeiten und Handlungsspielräume. Die Ursache dieser Unsichtbarkeit von Whiteness liegt in ihrer Normativität (zumindest in westlichen Gesellschaften). Solange Menschen mit dieser Norm konform gehen, ist Whiteness eine unproblematisierte Kategorie.
Aber Whiteness wird sichtbar, wenn es mit Blackness kontrastiert wird. Die Norm braucht "das Andere", um sich selbst zu definieren und zu konstruieren. Richard Dyer z.B. analysierte drei Filme zum Thema Whiteness und kam zu dem Ergebnis, daß die Thematisierung und Repräsentation von Whiteness nur dann möglich war, wenn eine Nicht-weiße Person anwesend ist. Nur der Verweis auf das, was nicht Weiß ist, scheint Whiteness irgendeine Substanz zu geben. Im umgekehrten Falle sieht es nicht so aus: Schwarzsein braucht kein vergleichendes Element zu seiner Darstellung. (Dyer 1993, S. 144)

Regime der Wahrheit

Mit ihrer Diskussion über Afrikanismus ist es Morrison demnach möglich, Whiteness zu thematisieren. Es ist wohl kein Zufall, daß die Debatte um Whiteness gerade in der Literatur- und Filmwissenschaft begonnen hat. Gerade in diesen Disziplinen geht es um Repräsentation, um Mechanismen zur Darstellung von Personen, Gefühlen, Atmosphäre etc. Die Kategorien schwarz/weiß dienen hier der literarischen Imagination. Dies macht deutlich, daß Whiteness vorerst nichts über das tatsächliche Leben der Menschen mit heller Hautfarbe aussagt - es ist ein Diskurs, eine Idee, ein Konzept.
Foucault definiert einen Diskurs als regulierte Formation von Aussagen, die ein bestimmtes Wissen über eine Sache bereitstellen.(Foucault 1972) Whiteness ist darüber hinaus ein dominanter Diskurs, denn er kann auf eine kulturelle Hegemonie zurückgreifen. Dominante Diskurse sind Effekte der Macht, da sie aktuelle Machtbeziehungen widerspiegeln. Der Diskurs über "Westlichkeit" z.B. reflektiert und legitimiert die gegenwärtige ökonomische, politische und kulturelle Machtbeziehung zwischen dem Westen und "dem Rest" (S.Hall 1992). Doch dominante Diskurse bilden nicht einfach den ideologischen Überbau ökonomischer Macht, sie haben ihr eigenes Leben. Aus diesem Grund argumentiert Foucault, daß Diskurse auch Macht ausüben, indem sie die Machtverhältnisse in der Gesellschaft organisieren. Dominante Diskurse sind Repräsentationen und nicht Widerspiegelungen der Realität ("die Wirklichkeit"). Nach Foucault produzieren Diskurse erst Realität. Demnach lehnt Foucault die marxistische Unterscheidung zwischen Ideologie und Wahrheit ab. Er sagt, daß jede Gesellschaft ihr eigenes "Regime der Wahrheit" hat. Wenn ein Diskurs erfolgreich die Machtverhältnisse in einer Gesellschaft organisiert und reguliert, dann ist so ein "Regime der Wahrheit" etabliert. Das Konzept Whiteness kann als solch ein Regime angesehen werden.
Nach Foucault ist Macht nicht allein repressiv, sondern produktiv; sie produziert Diskurse über Sexualität, Körper und das Selbst.(Foucault 1983) Dominante Diskurse, so meine These, produzieren auch dominante Subjekt-Formationen. Ali Rattansi z.B. weist darauf hin, daß der westliche Imperialismus nicht allein eine Geschichte ökonomischer Ausbeutung und territorialer Expansion ist, sondern ebenfalls ein Subjekt-konstituierendes Projekt. Demnach sind Westliche Identitäten ebenso durch die Geschichte des Imperialismus und Kolonialismus determiniert, wie die Identitäten der kolonialisierten Menschen.(Rattansi 1994)

Das Image der achtbaren weißen Frau

Zum Konzept von Whiteness gehören untrennbar auch die Entwürfe "Weißer Weiblichkeiten". Wenn die Sexualität schwarzer Frauen im hegemonialen Diskurs mit Assoziationen wie "sexhungrig", "animalisch" und "deviant" belegt ist, dann stehen weiße Frauen diesem Bild genau konträr gegenüber. Weiße Frauen werden desexualisiert, sie sind unschuldig, jungfräulich und rein. Wie bell hooks anmerkt, basiert das Image der achtbaren weißen Frau auf der fortgeführten Produktion des rassistischen/sexistischen Mythos, daß schwarze Frauen nicht unschuldig sind und niemals sein können.(hooks 1992, S.159 f.)
Weiße Weiblichkeit wird entsexualisiert und sozusagen auf ein heiliges Podest gestellt. Die Polarisierung weiße Frau versus schwarze Frau hatte in der Sklavenhaltergesellschaft und im Kolonialismus viele Funktionen: Sie sollte weiße Frauen von schwarzen Männern fernhalten, die sexuelle Selbstbestimmung weißer Frauen verhindern und die sexuelle Ausbeutung schwarzer Frauen weiter legitimieren.(Herton 1970) Der Mythos der weißen Weiblichkeit ist jedoch nicht allein ein Produkt der Psyche des weißen Mannes. Weiße Frauen hatten z.B. in der deutschen Kolonie in Südwestafrika eine klar zugewiesene Rolle, und an der Ausformulierung dieser Rolle nahmen auch Frauen teil. Die deutsche Frau in der Kolonie solle "die Hohepriesterin deutscher Zucht und Sitte, die Trägerin deutscher Kultur, ein Segen dem fernen Lande" sein, schrieb Gräfin Zech, Leiterin der deutschen Kolonialfrauenschule in Witzenhausen. Durch die angebliche "Überlegenheit der weißen Rasse", wie sie in Frauenzeitschriften wie "Kolonie und Heimat" zelebriert wurde, erlebten weiße Frauen eine Aufwertung ihres Ansehens und ihrer gesellschaftlichen Position.(Mamozai 1989)
Die Rollenzuweisung war mit den Klassenverhältnissen eng verschränkt. Wie Mamozai feststellt, bestand der Großteil der weiblichen Siedlerbevölkerung in den deutschen Kolonien in Afrika aus einfachen Frauen, deren Ausreise durch den Frauenbund der "Deutschen Kolonialgesellschaft" finanziert und organisiert wurde. Die Verschickung von "Probesendungen" und "Weihnachtskisten", wie das Einwanderungsprogramm für unverheiratete Frauen im Volksmund genannt wurde, begann bereits Anfang 1898. Mit diesem Programm sollte dem anwachsenden "Problem einer Mischlingsbevölkerung" in den deutschen Kolonien Einhalt geboten werden. Für Frauen der unteren Klasse war dieses Einwanderungsprogramm sowohl eine Möglichkeit, der Erwerbslosigkeit in der Heimat zu entgehen und sich in den Kolonien selbständig zu machen, als auch die Chance, durch eine Heirat in den Kolonien ihre gesellschaftliche Stellung aufzuwerten.

Weiß, rein, dumm und blond

Die Farbsymbolik von "weiß" ist ein Produkt des späten 19.Jahrhunderts, und sie ist wesentlich eine Bedeutungspalette weißer Weiblichkeit. Ihr Medium ist die repressive

christliche Sexualmoral und die Stilisierung der christlichen Ehe zum Indiz für die kulturelle und moralische Überlegenheit der "weißen Rasse".(C.Hall 1992)
Im 18.Jahrhundert unterschied sich z.B. das Hochzeitskleid durch nichts von der üblichen festlichen Garderobe. Erst zu Beginn des 19.Jahrhunderts wird das weiße Brautkleid vom höheren Bürgertum eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt entwickeln sich auch andere Symbole für die Jungfräulichkeit der Braut; wie ja übrigens auch die unbefleckte Empfängnis Marias erst 1854 zum kanonisierten Glaubensartikel wird. Im Verlauf des 19.Jahrhunderts erfaßt die "weiße" Symbolik der Hochzeit dann die gesamte Gesellschaft bis in die unteren Schichten. Selbst der weiße Zuckerguß des Hochzeitskuchens wird dann zum Symbol, das für die jungfräuliche Reinheit der Braut stehen soll.(Charsley 1992, S.124) Diese Verbindungen sind nach wie vor kulturell aktuell. Es genügt ein Blick in die BUNTE, die Naomie Campbell als Bild für "sexueller Energie und erotischen Heißhunger" darstellt, während sie Claudia Schiffer, ganz in Weiß, mit einem Gesangbuch vor einer Kirche abbildet, "als Braut in einem keuschen Traum von Ives Saint Laurent".(BUNTE 1996)
Hier wird noch ein weiteres Element vorgeführt, das noch jünger ist: Die ultimative weiße Frau ist die blonde Frau. Diese Vorstellung von weißer Weiblichkeit setzt sich erst in den 40er und 50er Jahren voll durch, am pointiertesten mit Marilyn Monroe. In "Bus Stop" ruft Beau ihr nach: "Look at her gleaming so pale and white!" Die Sexualität, die hier vorgeführt wird, ist für Männer unbedrohlich. Monroe verkörpert nicht die gefährliche Seite der Sexualität, sie ist keine Femme Fatale. "She looks like she's no trouble."(Dyer 1986) Graham McCann vergleicht die Konstruktion der Monroe daher mit den Archetypen der Roten Frau und der Weißen Frau, die Klaus Theweleit in seiner Studie über "Männerphantasien" charakterisiert. (McCann 1988, Theweleit 1987) Was damit aber nicht erfaßt wird, ist das Stereotyp der "dummen Blonden", das ebenfalls zur Konstruktion der Marilyn Monroe gehörte. Die angebliche Dummheit der Monroe scheint mir dabei nicht allein ein Produkt von Frauenverachtung zu sein, sondern ist ebenfalls maßgeblich mit ihrem working-class background verbunden. Das Stereotyp der "Dummen Blonden" hat einen eindeutig schichtspezifischen Hintergrund. Ihr Gegenstück findet die Monroe im Stereotyp der mondänen "Kühlen Blonden" aus der oberen Klasse. Womit sich der Kreis schließt zu den weißen Weiblichkeiten des Kolonialismus: den Damen der Kolonialgesellschaft und den "Weihnachtskisten" aus der under-class.

Ein Happy End?

Das Konstrukt Weiße Weiblichkeit bleibt eine Kombination aus Superiorität (durch den Mythos der Überlegenheit von Whiteness) und Subordination (durch die kulturelle Degradierung von Weiblichkeit allgemein), sie ist aufwertend und repressiv zugleich. Wenn Patricia Collins von der "interlocking nature of oppression" spricht, von der schwarze Frauen betroffen sind (Collins 1991), müßten wir für Weiße Frauen dagegen von einer "interlocking nature of oppression and domination" sprechen.
Die Dominanz der Kategorie Whiteness ist jedoch heute im Begriff, instabil und brüchig zu werden. Wie Foucault sagt, ist Macht nur solange erfolgreich, wie sie ihre nichtdiskursiven Praktiken verbergen kann und ihre diskursiven Praktiken unerkannt bleiben. Gerade der Fakt, daß Whiteness heute thematisiert und dekonstruiert wird, ist Ausdruck eines Machtverlusts. Dieser Bruch im Diskurs Whiteness spiegelt sich meines Erachtens auch in "When Night is Falling". Die positiven Konnotationen von Whiteness wie Rationalität, Zivilisation, Reife, Intelligenz und Kontrolle kollabieren in diesem Film zu einer inneren Gefühlskälte, an der wir zu erfrieren drohen. In diesem Sinne

droht die kollabierte Camille im Schnee durch Frost zu sterben. Wie erwähnt, rettet Petras Körperwärme Camille. Zum Schluß werden alle wiede lebendig, die zu Eis erstarrt waren. Sogar der tote Hund von Camille springt wiederbelebt durch den Schnee. "Halleluja" sing der Gospelchor im Hintergrund. Ein Happy End? Meines Erachtens nicht. Camille ist aus ihrem restriktiven Leben befreit, Petra jedoch nicht - die Reduktion der Figur Petras verbleibt unaufgelöst.

Und dies wäre meines Erachtens ein Happy End: Weiße Frauen erkennen, daß auch privilegierende Dominanzdiskurse, wie die über Weiße Weiblichkeiten, ihr Leben restriktiv beeinflussen. Sie verzichten auf die Reduktion und Funktionalisierung schwarzer Frauen und nehmen ihre Befreiung selbst in die Hand. Sie erkennen das Spannungsverhältnis von Dominanz und Subordination, in dem sie sich bewegen. Statt sich in diesem Spannungsverhältnis von Schuldgefühlen lähmen zu lassen, übernehmen sie Verantwortung und beteiligen sich am Kampf gegen Rassismus und Sexismus.

Anmerkungen:
BUNTE, Heft 10, 29.2.1996.
Charsley, Simon: Wedding Cakes and Cultural History. London 1992.
Collins, Patricia: Learning from the Outsider Within. The Sociological Significance of Black Feminist Thought, in: Fonow and Cooks (eds.): Beyond Methodology. Indiana 1991.
Dyer, Richard: Heavenly Bodies. Film, Stars and Society. Cinema BFI Series. London 1986.
Dyer, Richard: The Matter of Images. London 1993.
Foucault, Michele: The Archeology of Knowledge. London 1972.
Ders.: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Bd. I. Frankfurt/M. 1983.
Gilman, Sandra S.: Black Bodies, White Bodies. Toward an Iconography of Female Sexuality in Late Nineteenth Century Art, Medicine and Literature. Chicago 1987.
Hall, Catherine: Missionary Stories. Gender and Ethnicity in England in the 1830s and 1840s, in: Lawrence Grossberg et.al. (eds.): Cultural Studies. London/New York 1992.
Hall, Stuart: The West and the Rest. Discourse and Power, in: Hall and Gieben: Formation of Modernity. Cambridge 1992.
Herton, Calvin: Sex and Racism. London 1970.
hooks, bell: Black Looks. Race and Representation. Turnaround 1992.
Mamozai, Martha: Schwarze Frau, weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien. Hamburg 1989.
McCann: 1988
Morrison, Toni: 1994.
Rattansi, Ali: 1994.
Theweleit, Klaus: Männerphantasien, 1987.

ID-VERLAG WIRD 10 Jahre

BERND HÜTTNER

Wir gratulieren: Der *ID Verlag* (bis 1997: Verlag *Edition ID-Archiv*) wird in diesen Tagen zehn Jahre alt. Damit kann eine Institution der radikalen Linken ein Jubiläum begehen. Die erkleckliche Anzahl von genau 102 Buchtiteln hat der Verlag seit 1988 veröffentlicht. Das erste Produkt des Verlages war eine Dokumentation zu den Reaktionen auf die Schüsse auf zwei Polizeibeamte an der Startbahn West im November 1987. Die Reaktionen wurden aus dem umfangreichen Archiv von Stadt- und Alternativzeitungen des *ID* in Frankfurt zusammengestellt. Der *ID* (Informationsdienst zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten) erschien in von 1973 bis 1981 als wöchentlicher Info-Dienst und war das Paradebeispiel an Alternativpresse und ihrem Prinzip der Gegenöffentlichkeit. 1988 gab es den *ID* schon sieben Jahre nicht mehr und das Stadtzeitungsarchiv des *ID* war völlig verschuldet. Auf der Suche nach PartnerInnen stießen die *ID*-Leute auf das renommierte *IISG* (Internationales Institut für Sozialgeschichte) in Amsterdam. Dieses übernahm das *ID*-Archiv samt zwei Mitarbeitern und führte es als Abteilung in seinem Haus weiter.
Bald enstand das Bedürfnis mit dem reichlich vorhandenen Material zu arbeiten und es auch in Buchform der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So entstand der Verlag *Edition ID-Archiv*. Der Großteil der anfänglichen Titel bestand so aus Literaturlisten, den Verzeichnissen der AlternativMedien und denen der lieferbaren Broschüren. Bald kamen auch andere Titel, die von "außen" an den Verlag herangetragen wurden, hinzu.
Schwerpunkte der Verlagsarbeit sind linke und linksradikale Geschichte, hier liegen mehrere Dokumentenbände, z.B. zur Roten Armee Fraktion, zu den Revolutionären Zellen/Rote Zora, zur Neuen Linken oder das meistverkaufte Buch der bisherigen Verlagsproduktion (5. Auflage!), *Feuer und Flamme - Zur Geschichte der Autonomen* des Autors Geronimo vor. Weitere Schwerpunkte sind internationalistische Themen (mit Titeln u.a. zur Italien, Mexico, Türkei und USA) und seit 1993/94 vor allem die Debatte um Politik und Kultur.
Die Beschäftigung mit Kultur wurde von der Edition *ID*-Achiv mit angestoßen und -befördert. Seit 1994 erscheint vierteljährlich die aufwendig gestaltete Zeitschrift *die beute,* die sich ausdrücklich den Möglichkeiten der Zusammenarbeit von politischer und künstlerischer Opposition w*id*men wollte. 1997 geriet *die beute* in eine Krise und nach einer Änderung des Konzeptes weg von einer Kollektivredaktion hin zu zwei Herausgebern, erscheint Die Beute als Neue Folge nun halbjährlich.
Edition ID-Archiv und *Die Beute* werden professionell erstellt, über eine gute Pressearbeit beworben und legen erfolgreich Wert auf eine wahrnehmbare Präsenz im immer schwieriger werdenden Metier des (linken) Buchhandels.
Der *ID* Verlag ist der größte linksradikale Verlag im deutschsprachigen Raum und beeinflusst schon allein dadurch die Theorie der (radikalen) Linken. Seine erfolgreichen Titel erreichen - nach Eigenangaben - Auflagen von bis zu 5000 Exemplaren. Er hat mit seinen Büchern (mensch denke nur an den Text zu triple oppression, Drei zu eins, oder auch den ersten Titeln zur Kulturdebatte) wesentlich zur Weiterentwicklung des Standes der Bewegung beigetragen. Aber schon *die beute* hatte nach einigen Heften unübersehbare Ermüdungserscheinungen. Zwar fanden sich darin etliche lesenswerte Texte, gerade auch zu internationalistischen Kontexten, aber der Rest war doch eher beliebig oder auch etwa in der Hofierung des demokratisch gewendeten Regulationstheorie-Gurus Joachim Hirsch, reformistisch bis peinlich.
Verlage altern mit ihren Verlegern, sagte Martin Hoffmann, Mitbegründer des *ID*-Verlages auf einer Veranstaltung am Rande der Frankfurter Buchmesse 1996, und meinte damit den Zustand der *anderen* Verlage, vor allem zur Zeit der Gründung der Edition ID-Archiv. Heute wäre seine Aussage auf den ID-Verlag selbst anzuwenden. Seine Macher, durchweg Männer, dürften sich langsam auf die 40 zubewegen, ja sie vielleicht schon überschritten haben. Die *ID*-Produkte werden zusehends Bücher für die Leute jenseits der 30, deren vorrangige Tätigkeit darin besteht, zu lesen. Leute, die sich in der linken Krise und ihrer gewiß reflektierten Kommentierung eingerichtet haben und sonst halt noch ein bißchen Unterhaltung wollen, und dazu eignen sich exotische Themen (RAF!, Kunst!, Italien!!, Immaterielle Produzenten!!!) am besten. Ja, es soll sogar Leute geben, die jedes Buch von *ID* kaufen, nur weil *ID* draufsteht. *ID* und noch mehr *Die Beute* ist ein Warenzeichen geworden, eine Ware, wo es auf den Inhalt schon gar nicht mehr ankommt, mit allen negativen Faktoren, die das mit sich mitbringt. So ist *ID* zwar der größte, aber nicht (mehr) der beste Verlag. Im Internationalismus und Antirassismus z.B haben die Titel von Libertäre Assoziation und Schwarze Risse einen weit höheren Gebrauchswert.

Anmerkung:
Einige Angaben wurden aus dem Beitrag von ID-Mitbegründer Martin Hoffmann, *Zur Geschichte des ID-Verlages* aus dem ebenda neu erschienenen *SubversionsReader* (264 S., 20 DM) entnommen.

ID-Verlag, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fax: 030/6947808

Und wie mögt ihr mich am liebsten?

seriös

locker

kämpferisch

szenenah

ausgewogen

postmodern mit multiplem Selbst

abgedreht

bieder

oder ganz anders?

Der BUKO diskutiert auf dem nächsten Ratschlag wieder über die **alaska**. *Kritik ist schon auf dem letzten Ratschlag geäußert worden, und aus BUKO-Gruppen sind danach noch fünf Briefe an die auf dem Ratschlag eingesetzte Kommission eingegangen, die den Austausch der Positionen zwischen alaska und BUKO befördern soll. Nun schreibt doch auch mal!*
Wenn ihr's einrichten könnt: Wir hätten auch gern ein bißchen Post von euch. Wie darf's denn sein eurer Meinung nach? Welchen Weg soll die alaska weiter einschlagen? Was findet ihr gut, was schlecht?
Schreibt frei von der Leber weg - keine Angst, wir machen schon nicht alles, was ihr vorschlagt. Im Grunde geht es mehr um die Entwicklung der alaska in den letzten zwei Jahren und was ihr von ihr haltet.

Die ersten drei EinsenderInnen kriegen was Süßes für die bevorstehende Adventszeit!

Protokoll

EXPO 2000 und "Nachhaltige Entwicklung"

Vorbereitungsseminar zum BUKO 22

Heiko Möhle

BUKO 22: Thematik

Inhaltliche Grundlage der Diskussion waren die Beiträge von Armin (Informationsbüro Nicaragua) zur Nachhaltigkeitsdebatte und von Mette (TIPP-EX; überregionales Anti-EXPO-Bündnis) zur EXPO-Kritik. Hier nur einige zentrale Thesen, die diskutiert wurden:

· "Nachhaltige Entwicklung" (NE) ist keine Alternative zum Neoliberalismus, sondern ein Teil davon.

· NE ist nicht nur ein Entwicklungs-, sondern vor allem ein Politikmodell. Dieses Politikmodell basiert auf Integration und Ausgrenzung. Soziale Bewegungen, die das Angebot des "Dialogs mit den Herrschenden am runden Tisch" ablehnen, werden um so massiver ausgegrenzt.

· Da dieses Politikmodell im Diskurs von NE bereits angelegt ist, ist NE als Konzept nicht reformierbar.

· Wir müssen uns trotzdem damit auseinandersetzen, daß Nachhaltigkeitskonzepte, beispielsweise im Rahmen lokaler Agenda 21-Prozesse, eine hohe Attraktivität für entwicklungspolitische Gruppen haben, da sie Möglichkeiten zum "aktiven Mitgestalten" anbieten. Oder pragmatisch als Möglichkeit genutzt werden, um an Gelder zu kommen. Auf dem Kongreß sollte die Kritik deshalb anhand konkreter Erfahrungen in solchen Prozessen weiter entwickelt werden.

· In lokalen Agenda-Prozesse erscheint NE als Konzept einer "Stellvertreterpolitik", die in erster Linie von Organisationen für Organisationen gemacht wird. Der Kongreß sollte bei der Diskussion von Alternativen und Perspektiven demgegenüber Ansätze in den Mittelpunkt stellen, die basisorientiert sind und aus der eigenen Betroffenheit entstehen (Stichwort "Aneignung von unten").

· Die EXPO 2000 soll dazu beitragen, den Herrschaftsentwurf der "nachhaltigen Entwicklung" auf breiter Ebenen gesellschaftlich durchzusetzen. Das Motto "Mensch-Natur-Technik" soll suggerieren, daß zentrale Umwelt- und Menschheitsprobleme in der "Einen Welt" nur durch eine wachsende Wirtschaft und durch den Einsatz modernster Schlüsseltechnologien wie Biotechnologie, Atomtechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologien gelöst werden können.

· Das Politikmodell der NE wird von den EXPO-MacherInnen im Konkreten angewandt. Obwohl im Aufsichtsrat der EXPO-AG und anderer Entscheidungsgremien die VertreterInnen der Wirtschaft dominieren, ist es wie nie zuvor gelungen, potentielle KritikerInnen bereits im Vorfeld zu integrieren.

Thematische Anknüpfungspunkte für den Kongreß

Zu den thematischen und für den BUKO politisch geeigneten Anknüpfungspunkten stellte Kai von der alaska einige Ideen zur Diskussion. Der Kongreß bietet die Möglichkeit, die oft abstrakte, ideologiekritische Nachhaltigkeitsdiskussion an ausgesuchten Themenschwerpunkten zu konkretisieren.

Andreas regte an, die EXPO mit einem entwicklungspolitischen Großprojekt (z.B. Kraftwerk- u. Staudammprojekt) zu vergleichen. Solche Projekte haben immer mehrere, sich ergänzende Funktionen: Sie schaffen eine komplexe Infrastruktur mit all ihren sehr konkreten sozialen und ökologischen Auswirkungen, sie transportieren aber auch die Ideologie der "Machbarkeit" und erfüllen eine Propagandafunktion.

Das Themenspektrum der EXPO bietet sehr vielfältige Anknüpfungspunkte. Wenn wir uns auf diese beziehen, sollten wir für den BUKO-Kongreß eine inhaltliche Beliebigkeit vermeiden. Gleichzeitig ist darauf zu achten, daß sich eine notwendige Zuspitzung unseres Kongreßthemas nicht auf "EXPO NO!" reduziert. Wir wollen nicht in erster Linie die EXPO kritisieren, sondern das, was sie repräsentiert. Wünschenswert wäre, daß aus dem Kongreß konkrete Handlungsperspektiven entstehen.

Da es im Vorfeld der EXPO eine ganze Reihe von kritischen Aktivitäten gibt, sollte der Kongreß sich auf die internationalen Aspekte der EXPO-Kritik konzentrieren.

Hinsichtlich der Struktur des Kongresses bestand Einigkeit darin, daß es einen "Analyse und Kritik"- und einen "Perspektiven"-Teil geben soll. Dabei sollte sich der "Analyse und Kritik"-Teil kritisch mit den durch die EXPO vermittelten Themenfeldern auseinandersetzen, der "Perspektiven"-Teil im Sinne von "Gegenmacht von unten" bestehende Ansätze von sozialen Bewegungen aufnehmen und weiterentwickeln. Zum Ablauf und zur Thematik der einzelnen Kongreßtage gibt es bereits zwei Vorschläge (von Jörg Bergstedt und von TIPP-EX), die in der Anlage beigefügt sind und von der Geschäftsstelle bezogen werden können. Die Diskussion dieser Vorschläge wird im Mittelpunkt der nächsten

BUKO-ADRESSEN

BUKO Geschäftsstelle: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 31 56, Fax 040-39 07 520, e-mail buko@cl-hh.cl.sub.de

BUKO Agrar-Koordination: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 25 26, Fax 040-39 07 520

BUKO Pharma-Kampagne: August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Telefon 0521-60 550

BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport": Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen, Telefon 0421-32 60 45, Fax 0421-33 78 177, e-mail rexbuko@oln.comlink.apc.org

Redaktion alaska - Zeitschrift für Internationalismus: Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen, Telefon 0421-72 034, Fax 0421-72 034

Informationsbüro Nicaragua: Friedrich-Ebert-Str. 141b, 42117 Wuppertal, Telefon 0202-30 00 30

TERMINE

Freitag, 20.November 1998: Nächstes Vorbereitungstreffen:, ab 18 Uhr in Herdecke (im Rahmen des BUKO-Ratschlags)
8.- 10. Januar 1999: Vorbereitungsseminar:
1. Februar 1999: Redaktionsschluß der Ö-Punkte und einer TAZ-Beilage, in denen für den Kongreß geworben werden kann.
Mitte März 1999: Redaktionsschluß des Vorbereitungshefts von "alaska"
13. - 16. Mai 1999: BUKO 22 in Hannover!

Kongreß-Vorbereitung im Rahmen des BUKO-Ratschlags am 20. November stehen.

KONGREß-ORGANISATION

Über den ASTA wurde eine Stelle mit 20 Stunden/Monat eingerichtet. Dort unterstützt uns Kim in der Kongreßvorbereitung. Im Kulturzentrum "Pavillon", wo der Kongreß stattfinden wird, finden wir viel Unterstützung bei den Mitarbeitern Stefan und Klaus, der gleichzeitig Mitglied der Afrika-Initiative Hannover (BUKO-Mitgliedsgruppe) ist.

Räume
Im Kulturzentrum "Pavillon" stehen zwei grosse Säle sowie mehrere Räume für AG's, Salons usw. zur Verfügung. Für weitere AG's gibt es folgende Möglichkeiten:
- Zelte hinter dem "Pavillon" aufbauen (Gelände ist vorhanden, Erfahrungen des Pavillon auch)
- Räume im "Lister Turm" anmieten

Schlafplätze
Neben der obligatorischen Schlafplatzbörse sind Gruppen-Schlafplätze nötig, wo auch Duschen vorhanden sein müssen. Klaus erkundigt sich bei einer benachbarten Schule. Wenn es dort nicht klappt, würde Kim was in Uninähe organisieren (Sportinstitut).

Verpflegung
Jörg schlägt vor, mit der Verpflegung ein professionelles Öko-Kollektiv zu'beauftragen, von denen es inzwischen mehrere gibt. Jörg schickt entsprechende Adressen an die BUKO-Geschäftsstelle

Kosten und Finanzierung
Nach den Erfahrungen der Vorjahre wird der Kongreß etwa 60.000,- DM kosten, davon kommt etwa ein Viertel über Teilnahmebeiträge rein. Die Geschäftsstelle wird noch in diesem Jahr einen Antrag beim ABP stellen und weitere Finanzgeber suchen. Jörg klärt, ob wir an Gelder, die für einen anderen Kongreß vorgesehen waren, der aber ausfällt, rankommen. Pia legt beim nächsten Vorbereitungstreffen einen Kosten- und Finanzierungsplan vor.
Für jedes Forum wird es ein festes Budget geben, das den Ausgabenrahmen für ReferentInnen, Moderation, Technik usw. regelt.

Teilnahmebeitrag
Beim letzten Kongreß haben etwa 20% der TeilnehmerInnen keinen Beitrag gezahlt. Das haut finanziell natürlich ziemlich rein. Sobald feststeht, wie viele Foren und Arbeitsgruppen es gibt, erstellt die Geschäftsstelle eine Liste, aus der hervorgeht, wer keinen Teilnahmebeitrag zahlen muß. (ReferentInnen und Vorbereitungsgruppe; für jedes Forum wird eine Maximalzahl an "freien" TeilnehmerInnen festgelegt).
Ansonsten ist die Gestaltung der Teilnahmebeiträge noch ziemlich unklar. Soll es Ermäßigungen für Jugendliche geben? Jörg erkundigt sich nach einem möglichen Kooperationspartner, der den "Jugendbereich" subventionieren könnte. Soll es ein Wahlmöglichkeit geben: Hoher Teilnahmebeitrag, aber Möglichkeit der Fahrtkostenerstattung oder alternativ niedriger Teilnahmebeitrag ohne Fahrtkostenerstattung. Die Geschäftsstelle legt beim nächsten Mal einen Vorschlag vor.

Internationale Gäste
Kai schlägt vor, Leute aus dem Widerstand gegen die früheren EXPOs (Spanien und Portugal) einzuladen. Grundsätzlich können aus finanziellen Gründen nur wenige internationale Gäste eingeladen werden. Frühere Kongresse haben außerdem gezeigt, daß die Gäste oft sehr ungenügend in das Kongreßgeschehen einbezogen wurden. Es müßte durch die VorbereiterInnen gewährleistet werden, daß "ihre" Gäste auch "betreut" werden. Vorschläge sollten bis zum Vorbereitungstreffen im Januar stehen, damit entsprechende Finanzierungsanträge gestellt werden können.

Kultur- und Rahmenprogramm
Am Freitag könnte ein Anti-EXPO-Kabarett auftreten (Anti-EXPO-AG)
Es gibt in Hannover bereits eine Ausstellung zur Geschichte der EXPO, die man aktualisieren könnte Die Ausstellung könnte mit einer szenischen Lesung verbunden werden (Klaus).

SCHLAGT RAT UND SPENDET!

Liebe Leute,

wir laden Euch herzlich zur Teilnahme am **2. BUKO-Ratschlag** ein, der von Freitag, 20. November, bis Sonntag, 22. November in Herdecke (bei Dortmund) stattfindet.
Der Ratschlag soll dazu beitragen, die im Mai beschlossenen Strukturneuerungen in wegweisende Taten umzusetzen. Es geht um Perspektiven: Was wollen wir tun, und wie packen wir's an? Wir freuen uns daher insbesondere auf die Teilnahme von Mitgliedsgruppen und Arbeitsschwerpunkten, die Ideen und Lust auf gemeinsame Projekte haben! Um Raum für die Entwicklung von Perspektiven und die Planung gemeinsamer Aktivitäten zu bieten, haben wir den Ablauf gegenüber der Ausschreibung im BUKO-Rundbrief etwas verändert:
Wie Ihr dem beiliegenden Programm entnehmen könnt, werden am Freitag abend Treffen für SprecherInnenrat und Kongreß-Vorbereitungsgruppe, am Samstag vormittag für Arbeitsschwerpunkte, Kampagnen und Mitgliedsgruppen stattfinden. Alle Treffen sind offen!
Der allgemeine Teil beginnt dann am Samstag um 14 Uhr. Dies erlaubt den Leuten, die vorher am Chile-Kongreß in Münster (19. - 21. November) teilnehmen, rechtzeitig zum Hauptteil des Ratschlages in Herdecke zu sein.
Die geplante Diskussion um "Nachhaltige Entwicklung" wird etwas kürzer ausfallen als geplant. Wir integrieren sie am Samstag nachmittag in eine Debatte um Politikverständnis und daraus resultierende Handlungsweisen des BUKO. Am Samstag abend wird eine Vertreterin des Informationsbüros Nicaragua über konkrete Erfahrungen mit "Agenda 21"-Prozessen auf lokaler Ebene berichten.
Am Sonntag werden dann die Strukturdiskussionen stattfinden. Hier soll unter anderem das BUKO-Strukturheft weiter ausgearbeitet sowie die Aufgaben- und Finanzaufteilung im Verband besprochen werden.

Bitte beachtet die weiteren Beilagen und den Spendenaufruf der Geschäftsstelle!

Bis bald, viele Grüße

Seminarankündigung

Strategieseminar zur Landfrage in Mittelamerika

Strategie - Landfrage - Mittelamerika, das klingt alles nicht so naheliegend. Mittelamerika ist im öffentlichen Bewußtsein fast zurückgefallen in die Zeiten der Klischees von den "Bananenrepubliken". Landfrage - war da was? Strategie - für was denn? Dennoch, die Landfrage in Mittelamerika ist auch nach 10 Jahren Krieg und einer fast ebenso langen Periode von "Friedensprozessen" weithin ungelöst.

Wir wollen über Spendensammeln und Bildungsarbeit hinaus, Bezüge und Verbindungen herstellen zwischen Existenzfragen dort und Sorgen hier, zwischen Alltagsauseinandersetzungen dort und Alltagserfahrungen hier, zwischen den Auswirkungen des neoklassischen Wirtschaftsliberalismus dort und hier. So global die Wirtschafts- und Sozialkrise am angeblichenEnde der Geschichte geworden ist, so universal stellt sich die Frage "Was tun?".

Wir wollen nach möglichen Berührungspunkten zwischen den Auseinandersetzungen der Bäuerinnen, Bauern und LandarbeiterInnen in Mittelamerika und Solidaritätsarbeit und den ihr verwandten Politikfeldern hierzulande suchen.

Anhand der Diskussionen um Projekt- und Partnerschaftsarbeit, Menschenrechts- und Lobbyarbeit, Kampagnen für die Durchsetzung von internationalen Sozialstandards wollen wir zu greifbaren Schlußfolgerungen oder Aktionsplänen kommen. Ziel ist es, Bezüge herzustellen, zwischen den Landkämpfen in Mittelamerika und den verschiedenen Ansprüchen und Praxen von Solidaritätsarbeit. Beantworten wollen wir, wie weit das jeweilige Instrument trägt, wo seine Widersprüchlichkeit und sein Potential zur Veränderung von Bewußtsein und Praxis liegt und ob es zur praktischen Unterstützung der Forderungen von Bäuerinnen, Bauern und LandarbeiterInnen in Mittelamerika eingesetzt werden kann.

Termin: 04.-06.12.98

Veranstalter: BUKO, Informationsbüro Nicaragua, Infostellen Guatemala und El Salvador in Kooperation mit dem AKE Vlotho
Seminarort: Ökumenische Werkstatt, Missionsstr. 9, 42285 Wuppertal
Anmeldung:BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/ 39 31 56, Fax: 040/ 39 075 20
Infos bei: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 10 13 20, 42013 Wuppertal, Tel.: 0202/ 300030, Fax: 0202/ 31 43 46, nicaawtal.de
TeilnehmerInnenbeitrag: 60,- für BUKO-Mitglieder; 80,- für Nichtmitglieder; Fahrtkostenerstattung

Kein Mensch flieht freiwillig

Die neueste Broschüre der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport!" behandelt das Thema *Krieg und innerstaatliche Konflikte als Fluchtursache*. Inhaltlich wird der Bogen von der bundesdeutschen Rüstungsexportpraxis über die Auswirkungen von Kriegen und Flucht bis hin zur Asylpolitik der BRD gespannt.

Der Artikel "Die Waffen der Kriege" thematisiert den zumeist illegalen Transfer von Kleinwaffen, mit denen die Mehrzahl der Bürgerkriege geführt wird. Während Kleinwaffen oft illegal gehandelt werden, geschieht dies mit Folterwerkzeugen auf legale Weise, worüber der Beitrag "Exportgut Folterwerkzeuge" Auskunft gibt. In "Ausstattungshilfe: Weltweite Mauern für die Festung Europa" zeigt Stefan Gose auf, wie die BRD unter dem Vorwand, Demokratisierungshilfe zu leisten, die Effektivierung ausländischer Sicherheitsapparate vorantreibt, damit die vermeintliche Bedrohung der "Inneren Sicherheit" - Flüchtlinge, Drogen, Organisierte Kriminalität - bereits im Ausland beseitigt werden. Die Parole "Deutsche Waffen - deutsches Geld morden mit in aller Welt" gilt nach wie vor. Exportbedingungen, die im Zuge sogenannter europäischer "Harmonisierung" in jüngster Zeit noch weiter "verbessert" wurden, machen dies möglich. Die Rüstungsexporte in die Türkei sind ein eindringliches Beispiel für die dynamische Wechselwirkung von Exporten, Militarisierung und Aufbau einer einheimischen Rüstungsindustrie, was im Artikel "Von alten und neuen Freunden und Feinden - Die türkische Aufrüstung geht weiter" behandelt wird.

Die zerstörerische Dynamik von Krieg und Bürgerkrieg betrifft Frauen in spezifischer Weise. Dieses wird durch die beiden Beiträge "Kurdistan: Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe" und "Menschenrecht ist Frauenrecht - Frauen in Afghanistan" verdeutlicht. Mit den Länderporträts "Sierra Leone - Ein vergessener Krieg" und "Birma: 50 Jahre Krieg" werden kriegerische Konflikte aufgegriffen, die nicht im Rampenlicht der Medien stehen. Der abschließende Artikel "Flüchtlinge unerwünscht" hat die Asylpolitik der BRD zum Inhalt.

Die Broschüre ist für 6 DM plus Porto zu beziehen bei: BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport!", Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen, Tel.: 0421/326045, Fax 33 78 177

Antirassistische FrauenLesben-Aktionswoche

Conny Koch

Zum Auftakt eines heißen antirassistischen Sommers fand vom 30. Juni bis 5. Juli in Görlitz eine antirassistische FrauenLesben-Aktionswoche statt
Unter dem Motto "Weg mit herrschaftssichernden Grenzen" reisten 250-300 FrauenLesben aus der BRD, Polen und anderen Ländern an. Es gab vielfältige Aktionen in der Fußgängerzone, ein Infomobil, das über Fluchthilfe informierte, eine Veranstaltung zu Frauenhandel und vieles mehr. Auch fand eine Knastkundgebung statt, bei der sich die Frauen Fascho-Sprüche anhören mußten, aber auch begeisterten Beifall nach den polnischen Redebeiträgen bekamen. Bei einer Aktion mit Schlauchbooten auf der Neiße und einem Floß mit dem Transparent "Grenzen auf" in verschiedenen Sprachen kam es zu einer Rangelei mit dem Bundesgrenzschutz (BGS), wobei dieser angesichts der Anzahl und der Entschlossenheit der FrauenLesben den kürzeren zog. Insgesamt kam es zu 12 Verhaftungen. Hauptsächlich wurde den Frauen vorgeworfen, die sauberen Häuserwände in Görlitz verunstaltet zu haben. Die vielzähligen Frauen veränderten das Stadtbild Görlitz sichtbar. Die lokale Presse hatte großes Interesse und berichtete anfangs recht unvoreingenommen. Doch das Verhalten der Bevölkerung zeichnete sich eher durch Ignoranz aus. Während die Frauen auf der Straße eine Grenze zogen oder das Denkmal für den unbekannten Denunzianten einweihte, blieben die wenigsten stehen. Die Aktivistinnen blieben hauptsächlich unter sich. Auch BGS und Polizei ließen sich kaum blicken, alle Aktionen konnten bis zum Ende durchgeführt werden.
Bei den Aktionen gab es die inhaltlichen Schwerpunkte Denunziation, Fluchtursachen und Fluchthilfe. Leider wurde der BGS zu wenig als Ziel ausgemacht.
Im Zentrum der Aktionen stand meist das Ziel 'Aufklärung durch Informationen', obwohl im vorfeld diskutiert wurde, daß die Irritation der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen soll. Doch anscheinend wurde die Idee von den Aktionistinnen nicht mitgetragen. Im nachhinein steht auch die Anzahl der Aktionen in einem Mißverhältnis zu den anwesenden Frauen. Es hätten ruhig etwas mehr Aktionen sein können. Durch die Masse der Frauen wären auch andere spektakulärere Aktionen möglich gewesen. Es hat jedoch niemand mit der großen Anzahl an Frauen gerechnet. Leider waren wir nicht flexibel genug, um darauf zu reagieren. Ein Grund für die Unflexibilität vor Ort war, daß die Diskussionen um unsere Sicherheit vor Angriffen von Faschos einen großen Raum eingenommen haben. Das Schutzkonzept war sorgfältig erarbeitet. Doch die täglichen Diskussionen darum nahmen viel Raum ein und haben Inhaltliches verdrängt. Auch kritisierten Migrantinnen, daß die Bedrohung von Frauen durch Faschos im Mittelpunkt stand, während die weit größere Bedrohung von Nicht-Deutschen durch BGS und Polizei nicht thematisiert wurde.
Die Aktionswoche wurde innerhalb eines halben Jahres von kleinen Gruppen in verschiedenen Städten vorbereitet. Es wurden in Görlitz und Zittau Kontakte zu antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen geknüpft, die die Idee und Vorbereitung unterstützten. Durch den organisatorischen Aufwand blieb für inhaltliche Diskussionen wenig Zeit. Bei einer längeren Vorbereitungsphase mit inhaltlicher Diskussion hätten größere gemeinsame Aktionen geplant werden können.
Insgesamt waren die Aktionen sehr defensiv. Kein Auto mußte umgeleitet werden, keine Straßenbahn anhalten, auch die Diskussionen mit der Bevölkerung verliefen wenig konfrontativ. Warum? Lag es wirklich nur an der Verunsicherung, die Situation vor Ort nicht zu kennen? Wir sollten darüber nachdenken, wie wir aus der derzeitigen Defensive wieder herauskommen.
Die Frage zum Erfolg der Aktionstage ist eine schwierige. Mit der Teilnahme von 250-300 FrauenLesben hat niemand gerechnet. Es ist als politischer Erfolg zu werten, daß so viele Frauen für 5 Tage zusammenkommen, um gegen die Grenze und Flüchtlingspolitik zu agieren. Auch haben diejenigen, die sich vor Ort antirassistisch engagieren durch die Aktionswoche viel Kraft und neue Ideen geschöpft. Die Stimmung unter den Frauen war sehr gut. Erstmals seit Jahren gab es wieder ein bundesweites FrauenLesben-Bündnis, das politisch öffentlich in Erscheinung getreten ist. Auch hat die Vor- und Nachbereitung dieser Aktionstage in den Städten viel Diskussionen angeregt.
Die politische Wirkung nach außen kann frau/man jedoch als gering bezeichnen. Dennoch bilden die Aktionstage eine wichtige Grundlage für weitere Schritte. Jetzt sollte die Zeit sein, inhaltlich stärker zu diskutieren und in den jeweiligen Städten weitere antirassistische Aktivitäten vorzubereiten. Auch können nun gezielt Kontakte zu MigrantInnenselbstorganisationen und Menschenrechtsorganisationen aufgebaut werden, mit der Perspektive, unsere politischen Schritte aufeinander abzustimmen, gemeinsame Schwerpunkte zu erarbeiten und koordinierte Aktionen öffentlich durchzuführen.

PEOPLES' GLOBAL ACTION

Unter dem Namen "Peoples' Global Action" (PGA, "weltweite Aktion der Völker", sprich Pi-dschi-ej) hat sich im Februar diesen Jahres in Genf ein Bündnis gegen "Frei"handel und die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet. Dies ist ein Zusammenschluß von zahlreichen Bewegungen und Initiativen (mehrheitlich aus Ländern des Südens), darunter so bekannte wie die brasilianische Landlosenbewegung MST, die mexikanischen ZapatistInnen der FZLN, die nigerianische Ogoni-Bewegung MOSOP, KRRS aus Indien oder die nicaraguanischen SandinistInnen der CST, aber auch unbekanntere wie die der philippinischen Bauern und Bäuerinnen (KMP) oder der neuseeländischen Maori-Bewegung für ein unabhängiges Aotearoa. PGA soll eine Plattform darstellen für alle Basisgruppen und -bewegungen, die ihre Wut über die verheerenden Auswirkungen der Globalisierung äußern wollen und sich gegen die Vorherrschaft des Kapitals und die einseitige politische Ausrichtung nach wirtschaftlichen Interessen auflehnen. Es ist als Instrument gedacht für Informationsvermittlung, Koordination von Aktivitäten und gegenseitiger Unterstützung auf globaler Ebene. Das Ziel ist, eine größtmögliche Anzahl von Menschen und Organisationen zu aktivem Handeln gegen "Frei"handel zu bewegen und eine internationale Verknüpfung zu ermöglichen.

PGA ist keine Organisation, sondern ein Koordinationsbündnis. Es hat keine Mitgliedschaft und wird weder von Einzelpersonen, noch von Organisationen repräsentiert. Es gibt lediglich das "Einberufungs-Komitee", welches anstehende Entscheidungen trifft und die jeweils nächste PGA-Konferenz organisiert, die in jedem Jahr stattfinden soll, in dem WTO-Ministerkonferenzen stattfinden, um Proteste gegen diese vorzubereiten. Das Komitee wird auf jeder Konferenz neu gewählt. Das Bündnis ist jederzeit offen für neue Gruppen, die Teil der PGA-Idee sein wollen. Sie sollten lediglich einige Grundsätze und das Manifest mittragen können, die auf der PGA-Gründungskonferenz im Februar 1998 verabschiedet wurden.

DIE GRUNDSÄTZE:

1. Eindeutige Ablehnung aller Institutionen und Abkommen, die von multinationalen Konzernen und Spekulanten aufgebaut wurden, um den Menschen jegliche Macht zu entreißen und in ihren eigenen Händen zu konzentrieren, wie die Welthandelsorganisation (WTO) und andere Freihandelsabkommen (APEC, EU, NAFTA ...).

2. Eine klare Konfrontationshaltung, da wir davon überzeugt sind, daß Lobbyismus keine größeren Auswirkungen auf solche undemokratischen und einseitig bevorteilenden Organisationen haben kann, in welchen transnationale Konzerne die einzigen politischen Entscheidungsträger sind.

3. Aufruf zum gewaltfreien zivilen Ungehorsam und zur Bildung lokaler Alternativen (politische Alternativen, alternative Wirtschaftsformen, etc.) als Antwort auf das Vorgehen von Regierungen und Großkonzernen.

4. Die Idee einer Organisationsstruktur, die auf Dezentralisation und Autonomie basiert.

Das Programm der PGA fordert die Rückführung der Entscheidungskompetenzen an die Menschen, ihr Manifest verbindet die Vision von einer Welt, in der Menschen selbstbestimmt und frei leben können, ohne Umweltzerstörung und Unterdrückungsstrukturen, mit einem konkreten Aufruf zum Handeln, zu zivilem Ungehorsam und konstruktiven Aktionen.

Eine Broschüre mit dem Manifest und weitere Informationen könnt ihr beziehen über:
Play Fair Europe!
Turmstr. 3
52072 Aachen
Fon: 0241 - 80 37 92
Fax: 0241 - 88 88 394
eMail: jorge@asta.rwth-aachen.de
oder über freier zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs)
Reuterstr. 44
53113 Bonn
Fon: 0228 - 262 119
Fax: 0228 - 242 03 88
eMail: fzs@studis.de
http://studis.de/fzs/
oder über die Internet-Seite der PGA:
http://www.apg.org

Wir haben nur den ersten Schritt getan – der Kampf der Karawane wird weitergehen!

Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, die am 15. August begonnen hatte, wird durch 45 Städte gegangen sein, wenn sie in Köln mit einer bundesweiten Demonstration und einem Kongress am 19./20. September zuende geht. Das Projekt, das vom Internationalen Menschenrechtsverein Bremen koordiniert wurde, wurde bundesweit unterstützt von Flüchtlingsorganisationen wie Yek-Kom, WTM, IFIR, ADHF, The Voice und von den Gruppen der Kampagne "Kein Mensch ist illegal", von Frauen- und Lesbenorganisationen und dem Anti-Rassismus Büro Bremen.

Als wir dies geschrieben haben, nach 18 Tagen auf Tour, hatte die Karawane beständig an Zuversicht und Bewußtsein gewonnen. Während dieser 18 Tage haben wir mehr als 10.000 Leute getroffen, die gekommen waren, um die Karawane zu sehen, und ebenso hunderte von Organisationen. In jeder einzelnen Stadt haben wir auf der Straße die Probleme von Flüchtlingen und MigrantInnen zum Ausdruck gebracht. Wir haben gegen Abschiebungen, gefängnisähnliche Flüchtlingslager, für die Anerkennung frauenspezifischer Flüchtlingsgründe protestiert und unseren Widerstand gegen alle Formen von Rassismus zum Ausdruck gebracht.

Jene von uns, die mehrere Tage im Bus mitgereist sind, egal ob Flüchtling, MigrantIn oder Deutsche/r, haben die aufregende Geburt einer neuen Bewegung gespürt. Die "Kerngruppe" der Karawane besteht im Moment aus Leuten aus Kurdistan, der Türkei, Nigeria, dem Iran, der Elfenbeinküste, Sierrra Leone, Togo, Zaire-congo, Tamil Eelam, Sri Lanka, Indien, Chile sowie fortschrittlichen Leuten aus England, den USA und natürlich aus Deutschland. Viele andere Leute, beispielsweise aus Vietnam, dem Kosovo, aus Afghanistan, Rußland sowie den meisten lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern haben an den Demonstrationen in den verschiedenen Städten teilgenommen. Zahlreiche Flüchtlinge der unterschiedlichsten Herkunft haben sich zu dem Gefühl der Kraft der Einheit geäußert.

Beobachter haben ihre Überraschung darüber ausgedrückt, daß Leute mit unterschiedlichen Kulturen und ideologischen Ansichten zusammenarbeiten können.

Die *Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland* (Yek-Kom) hat es so ausgedrückt: "In der Vergangenheit hatten die verschiedenen Vereine und Föderationen der Flüchtinge und MigrantInnen unterschiedlichster Nationalität wenig Kontakt miteinander. Jede Gruppe ist mit ihren eigenen Problemen und eigenen Mitgliedern beschäftigt und mit den Problemen in ihren Herkunftsländern und jede Gruppe hat ihre eigenen täglichen Aufgaben und den Propagandakampf, den sie selber auszutragen haben. Wir hoffen, daß sich dies mit der Karawane längerfristig ändern wird. Viele Probleme sind genauer betrachtet allgemeine Probleme." Das *World Tamil Movement* sagt es folgendermaßen: "Obwohl die Grundlagen des Rassismus in Deutschland im wesentlichen die gleichen sind (wie auf Sri Lanka gegen die Tamilen), sind die Bedingungen für den Kampf verschieden. Hier sind es nicht nur wir, alle Flüchtlinge und MigrantInnen sehen sich demselben Problem gegenüber. Wir können nicht alleine kämpfen, deshalb unterstützen wir dieses Vorhaben und sind stolz darauf, an der Karawane teilzunehmen und teilzuhaben am Aufbau einer vereinten politischen Allianz gegen Rassismus."

Alle am Karawaneprojekt teilnehmenden Flüchtlingsorganisationen haben ähnliche Empfindungen ausgedrückt.

Obwohl die Allianz sehr kraftvoll sein kann, müssen wir uns den Bedingungen bewußt sein, unter denen sie stattfindet. Im Zuge der Karawane konnten wir feststellen, daß es einen wachsenden Konsens unter der deutschen Bevölkerung gibt, der sich deutlich gegen Flüchtlinge und MigrantInnen richtet. Rechtsgerichtete Politik bestimmt die Art, in der die Mehrheit der Deutschen Flüchtlinge und MigrantInnen sieht. Und weil Flüchtlinge und MigrantInnen keinen Zugang zu parlamentarischen Kanälen haben, vervollständigt sich die Polarisierung zwischen der deutschen Bevölkerung und den Flüchtlingen. Es muß akzeptiert werden, daß die Anzahl der überzeugten AntirassistInnen innerhalb der deutschen Bevölkerung nur gering ist, und daß ihre politische Basis schrumpft. Mittels dieser neuen Allianz aus Flüchtlingen, MigrantInnen und deutschen antirassistischen Kräften müssen wir sorgfältig an einer Strategie arbeiten, um aus der Isolation auszubrechen. Auf der einen Seite müssen wir zu unseren Prinzipien stehen und dürfen keine Kompromisse mit dem Rassismus eingehen, auf der anderen Seite müssen wir neue, politisch wirkungsvolle Slogans ausarbeiten, um Teile der deutschen Bevölkerung für unsere Seite zu gewinnen. Vor allem aber muß die Karawane praktische Erfolge erringen, um ihre Wirksamkeit zu beweisen. In diesem Sinne haben wir die Flüchtlinge in den einzelnen Städten gebeten, ihre dringensten Probleme aufzuschreiben, so daß die Karawane als ganzes dies aufgreifen kann.

Flüchtlinge aus der Kerngruppe der Karawane haben wiederholt offensiv erklärt, daß die Politik Deutschlands und anderer reicher Industrienationen den Grund für die Flucht darstellt. Wir müssen offensiv die Behauptung der herrschenden Politiker zurückweisen, daß Flüchtlinge der Grund für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme in Deutschland sind. Wir müssen zeigen, daß es nicht wahr ist, daß die sozial-ökonomischen Probleme in Deutschland von Flüchtlingen erzeugt werden, sondern von dem ökonomischen System, demselben System, welches uns gezwungen hat, unsere Heimat zu verlassen.

Obwohl jede Stadt, durch die wir gezogen sind, wohl organisiert war und wir herzlich empfangen wurden, so waren die politisch bedeutensten Orte doch jene, wo die lokalen Gruppen systematisch in den Flüchtlingsunterkünften arbeiten. In zahlreichen Orten, wo dies geschehen war, kamen die Flüchtlinge in großer Anzahl. Dies waren auch die Orte, wo Flüchtlinge mit ihren Forderungen auf die Karawane zugingen, ihre spezifischen lokalen Probleme betreffend. Wir haben herausgefunden, daß die Bildung von Vertrauen zwischen Flüchtlingen und den antirassistischen Kräften in Deutschland die Voraussetzung für Erfolg ist. Vielen ist klar, daß die Karawane ein wirkungsvolles Projekt ist, und das es nicht ein auf fünf Wochen beschränktes Projekt bleiben kann, sondern ein langfristiges Vorhaben werden sollte.

Es lebe die Karawane!

---

gekürzt aus: Morgengrauen. Antirassistische Zeitung Dasselstr. 75-77, 50674 Köln Nr. 71, September 1998

Rezensionen

Bernd Hüttner

Hilfreich und flach

Jörg Bergstedt unterzieht in seinem Buch die Umwelt- und Naturschutzbewegung einer herben Kritik: Sie habe sich entradikalisiert, setze nicht mehr auf den Druck der Straße, klüngle mit den Mächtigen in Staat und Industrie, ja sei sogar von ihnen abhängig. Diese Vorwürfe belegt er mit einer erklecklichen Anzahl von Quellen und Zitaten. Er behandelt dabei die Ziele, die Organisationsstrukturen und teilweise auch die inhaltlichen Arbeitsfelder der Umweltbewegung. Mitberücksichtigt werden auch die Kommunebewegung, die Grünen, Alternativbetriebe und die Bewegung aus der der Autor kommt, die Jugendumweltbewegung.

Nur, es bleibt die Frage: Hat man das nicht alles schon irgendwie gewusst bzw. sich denken können? Daß der BUND eben kein linker Verband ist? Daß es mit Greenpeace auch nicht so das wahre ist? Daß der Umweltbereich, wie jeder andere auch, ein Sprungbrett für Karrieren ist? Daß mit der Nachhaltigkeit auch nicht die sozialökologische Wende kommt? Warum also dazu ein dickes Buch schreiben?

Das Buch stellt vieles nochmal schön zusammen (das ist nützlich), listet die einzelnen Stationen der letzten Zeit (Deutscher Umwelttag 1992, Ökologische Steuerreform, Nachhaltigkeit) auf, und auch mit dem Sach- und Personenregister lässt es sich prima arbeiten. Nur, Bergstedt tut, ganz der enttäuschte Liebhaber, als sei das alles völlig neu, oder in den 70er oder 80er Jahren anders gewesen. Sicher war damals alles ein bißchen bewegter und auch ziviler Ungehorsam und autonome BauzaunsägerInnen setzten die auch schon damals etablierten Umweltverbände unter Druck. So what?

Bergstedts Buch ist eine persönliche Abrechnung. Das wäre gut, wenn sie als solche geschrieben wäre. Nur, und das ist immer schlecht, kommt sie im "neutralen", faktenreichen Gewand daher. Dies ist eine unglückliche Vermischung, die auch prompt schief geht. Seine Anteile der persönlichen Abrechnung sind verschleiert: Einige Ereignisse, die ihm selbst widerfahren sind, werden genannt, aber nicht als solche gekennzeichnet. Die Repräsentativität von Quellen, Fakten oder auch nur Zitaten ist nicht gewährleistet. In der theoretischen Analyse oder gar nur politischen Einschätzung rächt sich, daß Bergstedt auch über keine (Gesellschafts-) Theorie verfügt. Sie hätte ihm, z.B. in Form der Fordismustheorie erklären können, warum vieles passiert (ist), das ihn ziemlich überrascht (hat). So kann er nur "Verrat" rufen, hilflos von "Filz" und Leuten, die "im Hintergrund die Fäden ziehen", sprechen. Als Alternative kann er nur eine Basishuberei und einen diffusen Anarchismus bieten. Ein angekündigter Band 2 will sich Perspektiven, Alternativen und den Möglichkeiten einer Erneuerung der Umweltbewegung widmen. Da dem Buch, wie Bergstedt im Editorial schreibt, seine Fehler und Irrtümer in Quellen und Zitaten nicht vorgeworfen werden sollen, sei aus der Anzahl der den *BUKO/alaska* betreffenden nur einer herausgegriffen. Der Text von Heinz-Jürgen Stolz im Buch "Zeitgeist mit Gräten" heißt Subsistenz im Weltsystem, nicht, wie Bergstedt schreibt (S. 173), Subsistenz im Welt*raum*. Wobei ein Text *dazu* natürlich sehr spannend wäre...

Jörg Bergstedt: Agenda, Expo, Sponsoring. Recherchen im Naturschutzfilz, Bd. 1, IKO Verlag Frankfurt 1998, 400 S., 39,80 DM

Short Cut

Bernd Hüttner

Das Leben ändern - 1968

Bald ist das Jubiläumsjahr "1968" geschafft. Eine Unmenge meist schlechter Bücher ist erschienen und auch sonst ist das Thema in der Kulturindustrie zum x-ten Mal verwertet worden. Die ProtagonistInnen von damals sind heute meist auf der Seite zu finden, die im zivilgesellschaftlichen Deckmäntelchen eher noch einer Verschärfung der Verhältnisse das Wort redet. Dies lässt sich nicht nur bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, kommunaler Sparpolitik, nachhaltiger Entwicklung oder bei der Einführung eines postmodernen Arbeitsdienstes in Form der Bürgerarbeit nachweisen. Was "1968" *wirklich* war, ist nicht festzustellen. Die sog. Studentenrevolte wird - und da sind sich dann radikallinke (negativ) und zivilgesellschaftliche (positiv) Positionen seltsamerweise einig - oft eindimensional nur als Beginn einer Modernisierung des Kapitalismus und des Patriarchats begriffen. Was "1968" *auch* war, ist heute meist vergessen.

Lutz Schulenberg, seit Anfang der 70er Jahre sozialrevolutionärer Verleger in Hamburg will "1968" als Kulturrevolution gegen die genannten verkürzenden Sichtweisen, gegen die Mode und die "akademischen Sterndeuter" verteidigen. Er hat in einem umfangreichen Werk eine Vielzahl von Texten, Flugblättern und Berichten aus der Zeit von 1967 bis 1969 zusammengestellt. *Das Leben ändern, die Welt verändern* ist ein umfangreiches, lesenwertes Pamphlet aus der (damaligen) Welt des Widerstandes gegen Ware, Arbeit und Krieg.

In ihm finden sich Berichte aus Fabriken, aus besetzten Universitäten, Berichte von Strassenkämpfen, internationalistische Dokumente, Reden von Funktionären der Studentenrevolte und Reiseberichte von Unbekannten (und unbekannt Gebliebenen), Texte aus der gerade entstehenden Zweiten Frauenbewegung, Flugblätter aus vielerlei Bezügen und von verschiedenen Orten. Die Texte zeigen deutlich drei Tatsachen, die mensch sich heute wieder ins Gedächtnis rufen muß: "1968" war eine zutiefst internationale und internationalistische Angelegenheit, Aufruhr und Unmut gab es (fast) auf dem ganzen Globus. Es war zweitens auch eine Sache der arbeitenden Menschen, des Kampfs von ArbeiterInnen gegen die Fabrik und die entwürdigende Arbeit. Und sie war - last but not least - eine Kulturrevolution gegen Autorität, Staat und Spießigkeit, ein Umbruch, der auch Alltag und Sexualität mit einschloß, bzw. einschließen sollte.

Schulenberg will kein repräsentatives Bild von "1968" geben, dies wäre auch unmöglich. Er wertet durch die Auswahl der Texte, und geht auf die Zeit der dogmatischen Parteiversuche ab 1969 und ihre Ursachen ausdrücklich nicht ein. Seine Lehren aus "1968" sind: Eine Bewegung muß radikal und heterogen, sie muß im wahrsten Sinne des Wortes überall sein. Schulenbergs Textauswahl ist tendenziell verklärend, da sie einer Vorstellung von Rebellion huldigt, aus der dann schon das Richtige, vor allem die richtigen Inhalte, erwachsen wird. Daß dies nicht zwangsläufig so sein muß, zeigt z.B. schon allein die Geschichte der Linken, die voll ist von autoritären Verkrustungen und patriarchalen Verkürzungen. Einer radikalen Linken sollte es um Revolution und nicht nur um Rebellion gehen.

Lutz Schulenberg (Hrsg.): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte. Edition Nautilus Hamburg 1998, 480 S., 39,80 DM

SHORT CUT

Christoph Spehr

'Kommunismus=Nationalsozialismus x 4'

Kein Historikerstreit, sondern ein Anlaß für eine notwendige linke Debatte: das "Schwarzbuch des Kommunismus"

Daß ein Verlag einem Autor eine Schadensersatzklage androht, um ihn dazu zu zwingen, das fertige Manuskript auch abzugeben, ist ein eher ungewöhnlicher Vorgang. Jean-Louis Margolin, der im *"Schwarzbuch des Kommunismus"* die Beiträge über China, Vietnam, Laos und Kambodscha verfaßt hat, war vom Vorwort des Herausgebers Stéphane Courtois so entsetzt, daß er nicht zwischen dieselben Buchdeckel gebunden werden wollte wie dieser - vergeblich. Ihm blieb nur noch, sich gemeinsam mit Nicolas Werth, Autor des Beitrags über die Sowjetunion, in der *"Le Monde"* vom *"Schwarzbuch"* und insbesondere von Courtois zu distanzieren.
Courtois' Botschaft ist in der Tat so simpel, daß auch die *BILD* gleich eine Serie mit Auszügen aus der bei *Piper* erschienenen deutschen Übersetzung des *"Schwarzbuchs"* brachte: Kommunismus ist Nationalsozialismus mal vier. Während der Nationalsozialismus "nur" 25 Mio. Menschen ermordert habe, brächte es der Kommunismus (insgesamt in diesem Jahrhundert) auf ca. 100 Mio. Tote. Das gefiel Ernst Nolte gut, der 1986 den sogenannten "Historikerstreit" vom Zaun gebrochen hatte mit der These, der Nationalsozialismus sei nur als "Reaktion" auf die Verbrechen des Kommunismus zu verstehen, letzterer also das ursprünglichere Böse. Während sich die ganz überwiegende Mehrheit der Historikerzunft und der Medien, vom Hamburger Institut für Sozialforschung über Ernst August Winkler bis hin zur *taz*, auf die Seite des *"Schwarzbuchs"* und von Courtois schlug, gehören zum Lager der Kritik etwa der Faschismushistoriker Wippermann, *konkret*-Herausgeber Gremliza und Matthias Küntzel, der zusammen mit Klaus Thörner "Goldhagen und die Linke" herausgegeben hat. Von Wippermann und Mecklenburg zusammengestellt, ist jetzt auch der Sammelband *"Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus"* erschienen.
Das Ganze ist dennoch weniger eine Neuauflage des Historikerstreits, also des Geschichtsrevisionismus mit dem Ziel der Entlastung der deutschen Geschichte durch eine Relativierung des Faschismus. Es geht um die Linke - darum, was von der Idee einer radikalen Gesellschaftsveränderung bleibt, und insbesondere vom Antifaschismus. Ulrike Ackermann vom *Institut für Sozialforschung* brachte das polemisch auf den Punkt: die "Ausblendung beziehungsweise Verharmlosung" kommuni-

stischer Verbrechen sei bis heute "identitätsstiftende Klammer im linken Diskurs. Und zwar in der Figur des Antifaschismus." Im Klartext: Wenn sich am Kapitalismus schon gar nichts mehr richtig kritisieren ließ, dann doch wenigstens, daß er den Faschismus hervorgebracht hatte; und wenn sich am Kommunismus und Sozialismus schon gar nichts mehr richtig propagieren ließ, dann doch wenigstens, daß er den Faschismus bekämpft hatte. Das funktioniert aber nur, wenn man die Verbrechen kommunistischer Regime als nicht so wichtig behandeln kann, und dagegen zielt in der Tat das Schwarzbuch.

Die Fakten sind dabei kaum strittig. Allgemein ist klar, daß Courtois' Rechnung in dieser Form fragwürdig ist: die Zahlen aus den Einzelbeiträgen sind großzügig hochgerundet; die Opfer der großen Hungersnöte in der SU und in China lassen sich nicht ohne weiteres mit den Hingerichteten und in Lagern Umgekommenen in einen Topf werfen; die SU und die osteuropäischen Regime in der Zeit nach 1956 sind repressiv, aber mit Ausnahme von Rumänien keine Fälle von Staatsterror, genausowenig wie Cuba; und das Ganze müßte man eigentlich mit der Zahl jener vergleichen, die der demokratische Kapitalismus insgesamt auf dem Gewissen hat. Allgemein ist aber auch klar, daß sich an dem, was in den Beiträgen des Schwarzbuches mit schockierenden Details ausgebreitet wird, nichts deuteln läßt. Das wird dann damit abgetan, daß das Schwarzbuch "wenig Neues" biete, und zur Ideologiekritik übergegangen. Mit dem Vorwurf, das Schwarzbuch sei eben "eine Waffe im Klassenkampf", ist es aber ebensowenig getan wie mit dem notorischen Hinweis auf die 40.000 Kinder, die täglich unter dem Regime der "freien Welt" verhungern (bei Gilles Perrault und bei Gremliza im "Kritikbuch"). Bezeichnenderweise findet sich auch derselbe Vorwurf, der gegen Goldhagen erhoben wurde: das Schwarzbuch sei getragen von einer Obszönität der Details, auf Kosten der Analyse. Überhaupt sei das Buch zu dick und ohnehin nicht lesbar.

Das Schwarzbuch ist nicht zu dick, und man kann und muß es lesen. Vor allem die Beiträge von Werth und Margolin, die zusammen knapp die Hälfte des Buches ausmachen; und über die es allerdings wert ist, zu diskutieren. Werth zeichnet minutiös die Entwicklung von Gewalt und Terror in der SU 1917-1956 nach, wobei er einen quasi sozialrevolutionären Ansatz entwickelt und z.B. die kriegskommunistischen Terrormaßnahmen gegen die Bauernschaft als gezielte und geplante Politik einstuft, die sich nicht durch den Bürgerkrieg entschulden lasse. Neben Mangolins China-Beitrag ist vor allem sein Beitrag zu Kambodscha hervorzuheben; an dem, was auf diesen Seiten geschildert wird, muß sich eine schnell geäußerte Singularitäts-These zumindest messen lassen. Es sind, wie bei Goldha-

alaska informiert - in eigener Sache

Als Debatten der nächsten Hefte sind geplant.
223 / 11-12/98 Postmoderner Internationalismus, BUKO-Verbands-Perspektiven, ...
224 / 1-2/99 Antirassismus/Rassismus/Migration, ...
225/ 3-4/99 NGOs/EXPO/Nachhaltigkeit - Begleitheft zum BUKO 1999 in Hannover
226 / 5-6/99 "Feminismus"
Wir laden ausdrücklich zur Mitarbeit ein. Beiträge und Hinweise für die Rubriken Themen, Kontexte und Short-Cuts sind ebenfalls erwünscht.
Unfall: Die vorliegende Ausgabe 222 erscheint verspätet, da die Druckerei, in der alaska gedruckt wird, umzog.
Reinfall: Die Rubrik Neue Medien entfällt einmalig in dieser Ausgabe .
Einfall: Für Heft 225 ist ein Register der alaska-Jahrgänge 1997/98 in Vorbereitung.

Redaktion **alaska**

gen, die Fülle der Fakten und die Details, die nach neuen Sichtweisen drängen.
Zwischen diesen Beiträgen und den starken, sachlichen und nachdenklichen Aufsätzen Wippermanns im "Kritikbuch" liegt eine Diskussion, die es tatsächlich zu führen gilt. (Zwischen Gaucks "antitotalitärem Grundkonsens" und Gremlizas "Kommunismus als zuverlässigste Form des Antifaschismus" liegen dagegen nur die bequemen Fronten aus der Zeit des Kalten Kriegs.) Die Goldhagen-Debatte hat die linke Position aus einer allzuleichten Identifikation des Faschismus mit dem Kapitalismus und der Staatsräson herausgelöst. Genau diese Verschiebung macht aber die Diskussion notwendig und möglich, inwiefern die SU unter Stalin, China in den Jahren der Kulturrevolution oder Kambodscha unter Pol Pot zumindest eine hohe Ähnlichkeit mit faschistischen Verbrechen und Täter/Opfer-Strukturen aufweisen. In ähnlicher Weise sind die Parallelen kapitalistischer und kommunistischer "Entwicklungs"-katastrophen, aber auch die parallele Verlagerung der Gewalt aus den Metropolen in die Peripherie nach 1945/50, schon seit längerem Thema neuerer linker Theoriebemühungen, ob vom Standpunkt der Subsistenz, des sozialrevolutionären Ansatzes oder einer feministischen Staats- und Demokratiekritik. Es heißt nicht notwendig die Singularität von Auschwitz aufgeben, wenn man Vergleiche zuläßt und Parallelen diskutiert. Man muß es sogar, wenn man darlegen will, inwiefern eine zukünftige linke Position und Perspektive eine Antwort auf die Gesamtheit der Unterdrückungserfahrungen dieses Jahrhunderts sein kann.

Stéphane Courtois u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Piper, München 1998. 992 S. 68 DM.
Jens Mecklenburg und Wolfgang Wippermann (Hrsg.): 'Roter Holocaust'? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus. Konkret, Hamburg 1998. 296 S. 29,80 DM.

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus und Kommunikation,
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Katarina Harms
Clownin: Katharina Draheim
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck, Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

12/ 100/ 1/222/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen